

Gesetzentwurf **der Bundesregierung**

Entwurf eines Gesetzes zu dem Internationalen Übereinkommen von Hongkong von 2009 über das sichere und umweltgerechte Recycling von Schiffen (Übereinkommen von Hongkong)

A. Problem und Ziel

Am Ende der Nutzungszeit bzw. Lebensdauer eines Schiffes steht der Vorgang des Abwrackens. Das Abwracken von Schiffen erfolgt in dafür vorgesehenen Abwrackeinrichtungen. Im Vordergrund steht dabei die Verwertung der im Schiff verarbeiteten Materialien, vor allem des verarbeiteten Stahls. Der Abwrackvorgang erfolgt bisher ganz überwiegend in Abwrackeinrichtungen, die hohe Ankaufpreise bieten, jedoch in den Bereichen Umweltschutz, Arbeitsschutz und Arbeitssicherheit nur sehr niedrige Standards einhalten. Im Zeitraum 2006 bis 2015 wurden 97 Prozent der weltweit recycelten Schiffe in Abwrackeinrichtungen in Bangladesch, China, Indien, Pakistan und der Türkei abgewrackt.

Um die Arbeitsbedingungen und den Umweltschutz beim Abwracken von Schiffen zu verbessern, sieht das Internationale Übereinkommen von Hongkong von 2009 über das sichere und umweltgerechte Recycling von Schiffen (Übereinkommen von Hongkong) insbesondere Folgendes vor:

- die Verwendung von als gefährlich eingestuften Materialien beim Schiffsbau wird beschränkt oder verboten;
- verbaute als gefährlich eingestufte Materialien sollen sich lokalisieren und nachverfolgen lassen;
- vor Beginn der Abwrackarbeiten muss ein schiffsspezifischer Recyclingplan behördlich genehmigt werden;

- das Abwracken darf nur in einer zugelassenen Abwrackeinrichtung und unter Einhaltung bestimmter Regelungen erfolgen.

B. Lösung

Durch das Vertragsgesetz sollen die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen nach Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes für den Beitritt zu dem Übereinkommen von Hongkong herbeigeführt werden.

C. Alternativen

Der Verzicht auf die Ratifikation wäre verbunden mit Nachteilen für die Umwelt und die Sicherheit und Gesundheit von Arbeitern in Abwrackeinrichtungen sowie für die Glaubwürdigkeit Deutschlands als völkerrechtlicher Vertragspartner.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Keine.

E. Erfüllungsaufwand

Der für die Durchführung des Übereinkommens von Hongkong erhöhte Personalmehrbedarf beim Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie (BSH) und bei der Berufsgenossenschaft Verkehrswirtschaft Post – Logistik Telekommunikation (BG Verkehr), Dienststelle Schiffssicherheit, wurde bereits im Zusammenhang mit der Vierten Verordnung zur Änderung umweltrechtlicher Vorschriften in der Seeschifffahrt vom 20. Februar 2018 (BGBl. I S. 210) dargelegt.

Der Mehrbedarf von einer Vollzeitstelle und einer halben Stelle des gehobenen Dienstes bei der Dienststelle Schiffssicherheit für die Erfüllung flaggenstaatlicher Aufgaben wird über Gebühreneinnahmen finanziert. Der Mehrbedarf der Dienststelle Schiffssicherheit für die Erfüllung hafenstaatlicher Aufgaben liegt bei insgesamt 68 Stunden des höheren und gehobenen Dienstes (A12, A13 und A15) jährlich. Er wird im Haushalt der BG Verkehr eingespart.

Das Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie benötigt eine zusätzliche Stelle des höheren Dienstes (A13). Der Mehrbedarf an Sach- und Personalmitteln wird finanziell und stellenmäßig im Einzelplan 12 ausgeglichen.

F. Weitere Kosten

Dieses Gesetz verursacht für die Wirtschaft keine weiteren Kosten. Selbst wenn Deutschland das Übereinkommen von Hongkong nicht ratifiziert, werden die wesentlichen Verpflichtungen für Deutschland über die Verordnung (EU) Nr. 1257/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. November 2013 über das Recycling von Schiffen und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1013/2006 und der Richtlinie 2009/16/EG (ABl. L 330 vom 10.12.2013, S. 1) spätestens am 31. Dezember 2018 verbindlich. Die für Deutschland vorgezogene und übergangsweise Anwendung der unionsrechtlichen Vorschriften erfolgte durch entsprechende Änderung der See-Umweltverhaltensverordnung im Rahmen der Vierten Verordnung zur Änderung umweltrechtlicher Vorschriften in der Seeschifffahrt.

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
DIE BUNDESKANZLERIN

Berlin, 24. September 2018

An den
Präsidenten des
Deutschen Bundestages
Herrn Dr. Wolfgang Schäuble
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Sehr geehrter Herr Präsident,

hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Internationalen Übereinkommen von
Hongkong von 2009 über das sichere und umweltgerechte Recycling von
Schiffen (Übereinkommen von Hongkong)

mit Begründung und Vorblatt (Anlage).

Ich bitte, die Beschlussfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur.

Der Bundesrat hat in seiner 970. Sitzung am 21. September 2018 beschlossen,
gegen den Gesetzentwurf gemäß Artikel 76 Absatz 2 des Grundgesetzes keine
Einwendungen zu erheben.

Mit freundlichen Grüßen



Entwurf

Gesetz

**zu dem Internationalen Übereinkommen von Hongkong von 2009
über das sichere und umweltgerechte Recycling von Schiffen
(Übereinkommen von Hongkong)**

Vom

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zu dem Internationalen Übereinkommen von Hongkong von 2009 über das sichere und umweltgerechte Recycling von Schiffen (Übereinkommen von Hongkong) wird zugestimmt. Das Übereinkommen von Hongkong wird nachstehend mit einer amtlichen deutschen Übersetzung veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem das Übereinkommen nach seinem Artikel 17 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf das Übereinkommen ist Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes anzuwenden, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht. Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 84 Absatz 1 Satz 5 und 6 des Grundgesetzes erforderlich, da das Verwaltungsverfahren der Länder, soweit sie für die Ausführung u. a. im Hinblick auf die Zulassung von Abwrackeinrichtungen und die Informationspflichten nach dem Übereinkommen zuständig sind, geregelt wird.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, zu dem das Übereinkommen nach seinem Artikel 17 Absatz 1 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Schlussbemerkung

Die Kosten für die Wirtschaft und die Auswirkungen auf das Preisniveau wurden bereits im Rahmen der Vierten Verordnung zur Änderung umweltrechtlicher Vorschriften in der Seeschifffahrt berücksichtigt. Mit dieser Verordnung sind die nationalen Bestimmungen für die Umsetzung des Übereinkommens von Hongkong geschaffen worden sowie auch die ergänzenden Vorschriften für die Umsetzung der Verordnung (EU) Nr. 1257/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. November 2013 über das Recycling von Schiffen und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1013/2006 und der Richtlinie 2009/16/EG (ABl. L 330 vom 10.12.2013, S. 1), die die wesentlichen Verpflichtungen des Übereinkommens von Hongkong unionsrechtlich umsetzt.

Die Vorgaben des Übereinkommens von Hongkong dienen dem Ziel des Schutzes der natürlichen Lebensgrundlagen und der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit im Sinne der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie. Berücksichtigt werden vor allem die Managementregeln zu 3. – Die Freisetzung von Stoffen oder Energie darf auf Dauer nicht größer sein als die Anpassungsfähigkeit der Ökosysteme – z. B. des Klimas, der Wälder und der Ozeane – und zu 4. – Gefahren und unvermeidbare Risiken für die menschliche Gesundheit sind zu vermeiden.

Indem die Freisetzung von Gefahr- und Schadstoffen für Mensch und Umwelt begrenzt wird, werden außerdem die Nachhaltigkeitsindikatoren zu 5. – Arten erhalten – Lebensräume schützen – und zu 14. – Gesundheit – umgesetzt. Das Übereinkommen wirkt sich langfristig positiv auf die Arbeits- und Umweltbedingungen in den vornehmlich für das Schiffsrecycling in Anspruch genommenen Ländern aus. Damit ist auch der Nachhaltigkeitsindikator zu 20. – Nachhaltige Entwicklung weltweit unterstützen – berücksichtigt.

Die gleichstellungspolitischen Auswirkungen wurden geprüft. Das Gesetz unterscheidet nicht zwischen Männern und Frauen. Er wirkt sich in gleicher Weise auf die Geschlechter aus. Die Relevanzprüfung in Bezug auf Gleichstellungsfragen fällt somit negativ aus.

Internationales Übereinkommen
von Hongkong von 2009
über das sichere und umweltgerechte Recycling von Schiffen

Hong Kong International Convention
for the Safe and Environmentally
Sound Recycling of Ships, 2009

Convention internationale de Hong Kong
pour le recyclage sûr et écologiquement
rationnel des navires, 2009

(Übersetzung)

<p>The parties to this convention,</p> <p>noting the growing concerns about safety, health, the environment and welfare matters in the ship recycling industry,</p> <p>recognizing that recycling of ships contributes to sustainable development and, as such, is the best option for ships that have reached the end of their operating life,</p> <p>recalling resolution A.962(23), adopted by the Assembly of the International Maritime Organization (Guidelines on Ship Recycling); amendments to the Guidelines adopted by resolution A.980(24); Decision VI/24 of the Sixth Meeting of the Conference of the Parties to the Basel Convention on the Control of Transboundary Movements of Hazardous Wastes and their Disposal, which adopted Technical Guidelines for the Environmentally Sound Management of the Full and Partial Dismantling of Ships; and the Guidelines approved by the 289th session of the Governing Body of the International Labour Office (Safety and Health in Shipbreaking: Guidelines for Asian countries and Turkey),</p> <p>recalling also resolution A.981(24), by which the Assembly of the International Maritime Organization requested the Organization's Marine Environment Protection Committee to develop a legally-binding instrument on ship recycling,</p> <p>noting also the role of the International Labour Organization in protecting the occupational safety and health of workers involved in ship recycling,</p>	<p>Les Parties à la présente Convention,</p> <p>notant les préoccupations croissantes à l'égard des questions de sécurité, de santé, d'environnement et de bien-être dans l'industrie du recyclage des navires,</p> <p>reconnaissant que le recyclage des navires contribue au développement durable et qu'en tant que tel, il constitue la meilleure solution pour les navires ayant atteint la fin de leur vie opérationnelle,</p> <p>rappelant la résolution A.962(23), adoptée par l'Assemblée de l'Organisation maritime internationale (Directives sur le recyclage des navires), les amendements à ces directives qui ont été adoptés par la résolution A.980(24), la décision VI/24 de la sixième réunion de la Conférence des Parties à la Convention de Bâle sur le contrôle des mouvements transfrontières de déchets dangereux et de leur élimination, qui a adopté les Directives techniques pour la gestion écologiquement rationnelle du démantèlement intégral ou partiel des navires, et les Principes directeurs approuvés par le Conseil d'administration du Bureau international du Travail à sa 289ème session (Sécurité et santé dans le secteur de la démolition de navires: Principes directeurs pour les pays d'Asie et la Turquie),</p> <p>rappelant aussi la résolution A.981(24), par laquelle l'Assemblée de l'Organisation maritime internationale invitait le Comité de la protection du milieu marin de l'Organisation à élaborer un instrument ayant force obligatoire sur le recyclage des navires,</p> <p>notant également le rôle que joue l'Organisation internationale du Travail en protégeant la sécurité et la santé au travail des travailleurs participant au recyclage des navires,</p>	<p>Die Vertragsparteien dieses Übereinkommens –</p> <p>in Anbetracht der wachsenden Besorgnis über die Sicherheit, die Gesundheit, die Umwelt und soziale Fragen in der Schiffsrecyclingindustrie;</p> <p>in der Erkenntnis, dass das Recycling von Schiffen einen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung leistet und somit die beste Lösung für Schiffe darstellt, die am Ende ihrer Betriebsdauer angelangt sind;</p> <p>unter Hinweis auf die von der Versammlung der Internationalen Seeschiffahrts-Organisation angenommene Entschliebung A.962(23) (Richtlinien zum Recycling von Schiffen), die mit der Entschliebung A.980(24) angenommenen Änderungen der Richtlinien, den Beschluss VI/24 der sechsten Tagung der Konferenz der Vertragsparteien des Basler Übereinkommens über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle und ihrer Entsorgung, auf der Technische Richtlinien für die umweltgerechte Behandlung bei der vollständigen und der teilweisen Zerlegung von Schiffen angenommen wurden, sowie auf die auf der 289. Tagung des Verwaltungsrats der Internationalen Arbeitsorganisation genehmigten Leitlinien (Sicherheit und Gesundheit beim Abwracken von Schiffen: Leitlinien für asiatische Länder und die Türkei);</p> <p>ferner unter Hinweis auf die Entschliebung A.981(24), durch die die Versammlung der Internationalen Seeschiffahrts-Organisation den Ausschuss der Organisation für den Schutz der Meeresumwelt aufgefordert hat, eine rechtsverbindliche Übereinkunft für das Recycling von Schiffen auszuarbeiten;</p> <p>ferner in Anbetracht der Rolle der Internationalen Arbeitsorganisation bei der Gewährleistung von Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz der Arbeiter, die mit dem Recycling von Schiffen zu tun haben;</p>
--	---	--

noting further the role of the Basel Convention on the Control of Transboundary Movements of Hazardous Wastes and their Disposal in protecting human health and the environment against the adverse effects which may result from such wastes,

mindful of the precautionary approach set out in Principle 15 of the Rio Declaration on Environment and Development and referred to in resolution MEPC.67(37), adopted by the Organization's Marine Environment Protection Committee on 15 September 1995,

mindful also of the need to promote the substitution of hazardous materials in the construction and maintenance of ships by less hazardous, or preferably, non-hazardous materials, without compromising the ships' safety, the safety and health of seafarers and the ships' operational efficiency,

resolved to effectively address, in a legally-binding instrument, the environmental, occupational health and safety risks related to ship recycling, taking into account the particular characteristics of maritime transport and the need to secure the smooth withdrawal of ships that have reached the end of their operating lives,

considering that these objectives may best be achieved by the conclusion of an international Convention for the Safe and Environmentally Sound Recycling of Ships,

have agreed as follows:

Article 1

General obligations

1 Each Party to this Convention undertakes to give full and complete effect to its provisions in order to prevent, reduce, minimize and, to the extent practicable, eliminate accidents, injuries and other adverse effects on human health and the environment caused by Ship Recycling, and enhance ship safety, protection of human health and the environment throughout a ship's operating life.

2 No provision of this Convention shall be interpreted as preventing a Party from taking, individually or jointly, more stringent measures consistent with international law, with respect to the safe and environmentally sound recycling of ships, in order to prevent, reduce or minimize any adverse effects on human health and the environment.

notant en outre le rôle que joue la Convention de Bâle sur le contrôle des mouvements transfrontières de déchets dangereux et de leur élimination en protégeant la santé humaine et l'environnement contre les effets nocifs qui peuvent résulter de ces déchets,

ayant à l'esprit l'approche de précaution énoncée au Principe 15 de la Déclaration de Rio sur l'environnement et le développement et mentionnée dans la résolution MEPC.67(37), que le Comité de la protection du milieu marin de l'Organisation a adoptée le 15 septembre 1995,

ayant aussi à l'esprit la nécessité de promouvoir le remplacement des matières potentiellement dangereuses utilisées dans la construction et l'entretien des navires par des matières moins potentiellement dangereuses ou, de préférence, des matières qui ne sont pas potentiellement dangereuses, sans compromettre la sécurité des navires, la sécurité et la santé des gens de mer et l'efficacité de l'exploitation des navires,

résolues à remédier efficacement, dans un instrument ayant force obligatoire, aux risques pour l'environnement et pour la sécurité et la santé au travail qui sont liés au recyclage des navires, tout en prenant en considération les caractéristiques particulières du transport par mer et la nécessité de garantir le bon déroulement du retrait des navires qui ont atteint la fin de leur vie opérationnelle,

considérant que le meilleur moyen d'atteindre ces objectifs est d'adopter une convention internationale pour le recyclage sûr et écologiquement rationnel des navires,

sont convenues de ce qui suit:

Article Premier

Obligations générales

1 Chaque Partie à la présente Convention s'engage à donner plein et entier effet à ses dispositions afin de prévenir, de limiter, de réduire au minimum et, dans la mesure où cela est possible dans la pratique, d'éliminer les accidents, lésions corporelles et autres effets dommageables du recyclage des navires sur la santé de l'homme et sur l'environnement et de renforcer la sécurité des navires, la protection de la santé de l'homme et de l'environnement pendant toute la vie opérationnelle d'un navire.

2 Aucune disposition de la présente Convention ne doit être interprétée comme empêchant une Partie de prendre, individuellement ou conjointement avec d'autres Parties, des mesures plus rigoureuses conformes au droit international, en matière de recyclage sûr et écologiquement rationnel des navires, afin de prévenir, de limiter ou de réduire au minimum tout effet dommageable sur la santé de l'homme et sur l'environnement.

ferner in Anbetracht der Rolle des Basler Übereinkommens über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle und ihrer Entsorgung für den Schutz der menschlichen Gesundheit und der Umwelt vor den nachteiligen Auswirkungen, die solche Abfälle haben können;

eingedenk des Vorsorgeprinzips, das in Grundsatz 15 der Erklärung von Rio über Umwelt und Entwicklung niedergelegt ist und auf das die am 15. September 1995 vom Ausschuss der Organisation für den Schutz der Meeresumwelt angenommene Entschließung MEPC.67(37) Bezug nimmt;

ferner eingedenk der Notwendigkeit, darauf hinzuwirken, dass beim Bau und bei der Instandhaltung von Schiffen gefährliche Materialien durch weniger gefährliche oder vorzugsweise nicht gefährliche Materialien ersetzt werden, ohne dass dabei die Schiffssicherheit, die Sicherheit und Gesundheit der Seeleute sowie die Effizienz der Betriebsabläufe des Schiffes beeinträchtigt werden;

entschlossen, die mit dem Recycling von Schiffen verbundenen Gefahren für die Umwelt, den Gesundheitsschutz und die Arbeitssicherheit in einer rechtsverbindlichen Übereinkunft wirksam zu regeln und dabei die Besonderheiten des Seeverkehrs und die Notwendigkeit zu berücksichtigen, eine reibungslose Außerbetriebnahme von Schiffen sicherzustellen, die das Ende ihrer Betriebsdauer erreicht haben;

in der Erwägung, dass diese Ziele am besten durch den Abschluss eines internationalen Übereinkommens über das sichere und umweltgerechte Recycling von Schiffen erreicht werden können –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Allgemeine Verpflichtungen

1 Jede Vertragspartei dieses Übereinkommens verpflichtet sich, den Bestimmungen des Übereinkommens in vollem Umfang Wirksamkeit zu verleihen, damit durch das Recycling von Schiffen verursachte Unfälle, Verletzungen und andere nachteilige Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit und die Umwelt verhütet, verringert, auf ein Mindestmaß beschränkt und, soweit praktisch durchführbar, behoben und die Schiffssicherheit sowie der Schutz der menschlichen Gesundheit und der Umwelt während der gesamten Betriebsdauer eines Schiffes verbessert werden.

2 Dieses Übereinkommen ist nicht so auszulegen, als hindere es eine Vertragspartei daran, einzeln oder mit anderen zusammen mit dem Völkerrecht im Einklang stehende strengere Maßnahmen im Hinblick auf das sichere und umweltgerechte Recycling von Schiffen zu treffen, um nachteilige Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit und die Umwelt zu verhüten, zu verringern oder auf ein Mindestmaß zu beschränken.

3 Parties shall endeavour to co-operate for the purpose of effective implementation of, compliance with and enforcement of this Convention.

4 The Parties undertake to encourage the continued development of technologies and practices which contribute to safe and environmentally sound Ship Recycling.

5 The Annex to this Convention forms an integral part of it. Unless expressly provided for otherwise, a reference to this Convention constitutes at the same time a reference to its Annex.

3 Les Parties s'efforcent de coopérer aux fins de garantir la mise en œuvre, le respect et la mise en application effectifs de la présente Convention.

4 Les Parties s'engagent à favoriser le développement continu de techniques et de pratiques qui contribuent au recyclage sûr et écologiquement rationnel des navires.

5 L'Annexe à la présente Convention fait partie intégrante de celle-ci. Sauf disposition expresse contraire, toute référence à la présente Convention constitue en même temps une référence à son annexe.

3 Die Vertragsparteien sind bestrebt, zum Zweck der wirksamen Durchführung, Einhaltung und Durchsetzung dieses Übereinkommens zusammenzuarbeiten.

4 Die Vertragsparteien verpflichten sich, die weitere Entwicklung von Technologien und Verfahrensweisen zu fördern, die zu einem sicheren und umweltgerechten Recycling von Schiffen beitragen.

5 Die Anlage dieses Übereinkommens ist Bestandteil des Übereinkommens. Sofern nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist, gilt eine Bezugnahme auf das Übereinkommen gleichzeitig als Bezugnahme auf seine Anlage.

Article 2 Definitions

For the purposes of this Convention, unless expressly provided otherwise:

1 "Convention" means the Hong Kong International Convention for the Safe and Environmentally Sound Recycling of Ships, 2009.

2 "Administration" means the Government of the State whose flag the ship is entitled to fly, or under whose authority it is operating.

3 "Competent Authority(ies)" means a governmental authority or authorities designated by a Party as responsible, within specified geographical area(s) or area(s) of expertise, for duties related to Ship Recycling Facilities operating within the jurisdiction of that Party as specified in this Convention.

4 "Organization" means the International Maritime Organization.

5 "Secretary-General" means the Secretary-General of the Organization.

6 "Committee" means the Marine Environment Protection Committee of the Organization.

7 "Ship" means a vessel of any type whatsoever operating or having operated in the marine environment and includes submersibles, floating craft, floating platforms, self elevating platforms, Floating Storage Units (FSUs), and Floating Production Storage and Offloading Units (FPSOs), including a vessel stripped of equipment or being towed.

8 "Gross tonnage" means the gross tonnage (GT) calculated in accordance with the tonnage measurement regulations contained in Annex I to the International Convention on Tonnage Measurement of Ships, 1969, or any successor convention.

Article 2 Définitions

Aux fins de la présente Convention, sauf disposition expresse contraire:

1 «Convention» désigne la Convention internationale de Hong Kong pour le recyclage sûr et écologiquement rationnel des navires, 2009.

2 «Administration» désigne le Gouvernement de l'État dont le navire est autorisé à battre le pavillon ou sous l'autorité duquel il est exploité.

3 «Autorité ou Autorités compétentes» désigne l'autorité ou les autorités gouvernementales désignées par une Partie pour s'acquitter, dans une zone ou des zones géographiques ou un ou des domaines de compétence spécifiques, de fonctions liées aux installations de recyclage des navires dont l'exploitation relève de la juridiction de cette Partie, telles que spécifiées dans la présente Convention.

4 «Organisation» désigne l'Organisation maritime internationale.

5 «Secrétaire général» désigne le Secrétaire général de l'Organisation.

6 «Comité» désigne le Comité de la protection du milieu marin de l'Organisation.

7 «Navire» désigne un bâtiment, de quelque type que ce soit, exploité ou ayant été exploité en milieu marin et englobe les engins submersibles, les engins flottants, les plates-formes flottantes, les plates-formes auto-élévatrices, les unités flottantes de stockage (FSU) et les unités flottantes de production, de stockage et de déchargement (FPSO), y compris un navire qui a été désarmé ou est remorqué.

8 «Jauge brute» désigne la jauge brute calculée conformément aux règles sur le jaugeage énoncées à l'Annexe I de la Convention internationale de 1969 sur le jaugeage des navires, ou dans toute convention qui lui succéderait.

Artikel 2 Begriffsbestimmungen

Im Sinne dieses Übereinkommens haben, sofern nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist, die nachstehenden Ausdrücke folgende Bedeutung:

1 Der Ausdruck „Übereinkommen“ bezeichnet das Internationale Übereinkommen von Hongkong von 2009 über das sichere und umweltgerechte Recycling von Schiffen.

2 Der Ausdruck „Verwaltung“ bezeichnet die Regierung des Staates, dessen Flagge zu führen das Schiff berechtigt ist oder unter dessen Hoheitsgewalt das Schiff betrieben wird.

3 Der Ausdruck „zuständige Behörde“ beziehungsweise „zuständige Behörden“ bezeichnet eine oder mehrere von einer Vertragspartei bestimmte staatliche Behörden, die innerhalb eines oder mehrerer genau bezeichneten geographischen Gebiete oder auf einem oder mehreren genau festgelegten Fachgebieten für die in diesem Übereinkommen aufgeführten Aufgaben im Zusammenhang mit den Abwrackeinrichtungen zuständig sind, die im Hoheitsbereich dieser Vertragspartei betrieben werden.

4 Der Ausdruck „Organisation“ bezeichnet die Internationale Seeschifffahrts-Organisation.

5 Der Ausdruck „Generalsekretär“ bezeichnet den Generalsekretär der Organisation.

6 Der Ausdruck „Ausschuss“ bezeichnet den Ausschuss der Organisation für den Schutz der Meeresumwelt.

7 Der Ausdruck „Schiff“ bezeichnet ein Fahrzeug beliebiger Art, das in der Meeresumwelt betrieben wird oder wurde, und umfasst Unterwassergeräte, schwimmendes Gerät, schwimmende Plattformen, Hubplattformen, schwimmende Lagereinheiten sowie schwimmende Produktions-, Lager- und Verladeeinheiten, einschließlich Fahrzeuge ohne Ausrüstung und geschleppte Fahrzeuge.

8 Der Ausdruck „Bruttoraumzahl“ bezeichnet die nach den Vermessungsregeln in Anlage I des Internationalen Schiffsvermessungs-Übereinkommens von 1969 oder in einem etwaigen Nachfolge-Übereinkommen berechnete Bruttoraumzahl.

9 “Hazardous Material” means any material or substance which is liable to create hazards to human health and/or the environment.

10 “Ship Recycling” means the activity of complete or partial dismantling of a ship at a Ship Recycling Facility in order to recover components and materials for reprocessing and re-use, whilst taking care of hazardous and other materials, and includes associated operations such as storage and treatment of components and materials on site, but not their further processing or disposal in separate facilities.

11 “Ship Recycling Facility” means a defined area that is a site, yard or facility used for the recycling of ships.

12 “Recycling Company” means the owner of the Ship Recycling Facility or any other organization or person who has assumed the responsibility for operation of the Ship Recycling activity from the owner of the Ship Recycling Facility and who on assuming such responsibility has agreed to take over all duties and responsibilities imposed by this Convention.

9 «Matière potentiellement dangereuse» désigne toute matière ou substance susceptible de mettre en danger la santé de l’homme et/ou l’environnement.

10 «Recyclage de navires» désigne l’activité qui consiste à démanteler en totalité ou en partie un navire dans une installation de recyclage afin d’en récupérer les éléments et les matières pouvant être retraités ou réutilisés, tout en prenant soin des matières potentiellement dangereuses et de toute autre matière, et inclut toutes les opérations qui se rapportent à cette activité, telles que l’entreposage et le traitement sur place des éléments et matières, mais non leur traitement ultérieur ou leur élimination dans des installations distinctes.

11 «Installation de recyclage des navires» désigne une zone définie qui est un site, un chantier ou une installation utilisé pour le recyclage de navires.

12 «Compagnie de recyclage» désigne le propriétaire de l’installation de recyclage des navires ou tout autre organisme ou personne auquel le propriétaire de l’installation a confié la responsabilité de l’exécution de l’activité de recyclage des navires et qui, en assumant cette responsabilité, a accepté de s’acquitter de toutes les tâches et obligations imposées par la présente Convention.

9 Der Ausdruck „gefährliche Materialien“ bezeichnet alle Materialien oder Stoffe, die eine Gefahr für die menschliche Gesundheit und/oder die Umwelt darstellen können.

10 Der Ausdruck „Recycling von Schiffen“ bezeichnet die vollständige oder teilweise Zerlegung eines Schiffes in einer Abwrackeinrichtung zwecks Rückgewinnung von Bauteilen und Materialien zur Wiederaufbereitung und Wiederverwendung, wobei auf gefährliche und sonstige Materialien zu achten ist, und schließt damit zusammenhängende Verfahren wie die Lagerung und Behandlung von Bauteilen und Materialien vor Ort ein, jedoch nicht ihre weitere Verarbeitung oder Entsorgung in gesonderten Anlagen.

11 Der Ausdruck „Abwrackeinrichtung“ bezeichnet einen abgegrenzten Bereich, bei dem es sich um ein Gelände, eine Werft oder eine Einrichtung handelt, die für das Recycling von Schiffen genutzt werden.

12 Der Ausdruck „Recyclingunternehmen“ bezeichnet den Eigentümer der Abwrackeinrichtung oder eine sonstige Stelle oder Person, die vom Eigentümer der Abwrackeinrichtung die Verantwortung für deren Betrieb übernommen hat und die sich durch die Übernahme dieser Verantwortung damit einverstanden erklärt hat, alle durch dieses Übereinkommen auferlegten Pflichten und Verantwortlichkeiten zu übernehmen.

Article 3

Application

1 Unless expressly provided otherwise in this Convention, this Convention shall apply to:

- .1 ships entitled to fly the flag of a Party or operating under its authority;
- .2 Ship Recycling Facilities operating under the jurisdiction of a Party.

2 This Convention shall not apply to any warships, naval auxiliary, or other ships owned or operated by a Party and used, for the time being, only on government non-commercial service. However, each Party shall ensure, by the adoption of appropriate measures not impairing operations or operational capabilities of such ships owned or operated by it, that such ships act in a manner consistent with this Convention, so far as is reasonable and practicable.

3 This Convention shall not apply to ships of less than 500 GT or to ships operating throughout their life only in waters subject to the sovereignty or jurisdiction of the State whose flag the ship is entitled to fly. However, each Party shall ensure, by the adoption of appropriate measures, that such

Article 3

Champ d’application

1 Sauf disposition expresse contraire de la présente Convention, celle-ci s’applique:

- .1 aux navires autorisés à battre le pavillon d’une Partie ou exploités sous son autorité;
- .2 aux installations de recyclage des navires dont l’exploitation relève de la juridiction d’une Partie.

2 La présente Convention ne s’applique pas aux navires de guerre, aux navires de guerre auxiliaires ou autres navires appartenant à une Partie ou exploités par elle et exclusivement utilisés, à l’époque considérée, pour un service public non commercial. Cependant, chaque Partie doit s’assurer, en prenant des mesures appropriées qui ne compromettent pas les opérations ou la capacité opérationnelle des navires de ce type lui appartenant ou exploités par elle, que ceux-ci agissent d’une manière compatible avec la présente Convention, pour autant que cela soit raisonnable et possible dans la pratique.

3 La présente Convention ne s’applique pas aux navires d’une jauge brute inférieure à 500 ni aux navires qui sont exploités pendant toute leur vie uniquement dans des eaux relevant de la souveraineté ou de la juridiction de l’État dont ils sont autorisés à battre le pavillon. Cependant, chaque Partie

Artikel 3

Anwendungsbereich

1 Sofern in diesem Übereinkommen nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist, findet das Übereinkommen Anwendung

- .1 auf Schiffe, die die Flagge einer Vertragspartei zu führen berechtigt sind oder unter der Hoheitsgewalt einer Vertragspartei betrieben werden;
- .2 auf Abwrackeinrichtungen, die im Hoheitsbereich einer Vertragspartei betrieben werden.

2 Dieses Übereinkommen findet keine Anwendung auf Kriegsschiffe, Flottenhilfsschiffe oder sonstige einer Vertragspartei gehörende oder von ihr eingesetzte Schiffe, die zum gegebenen Zeitpunkt im Staatsdienst ausschließlich für andere als Handelszwecke genutzt werden. Jedoch stellt jede Vertragspartei durch geeignete, den Betrieb oder die Betriebsfähigkeit nicht beeinträchtigende Maßnahmen sicher, dass derartige ihr gehörende oder von ihr eingesetzte Schiffe soweit zumutbar und durchführbar in Übereinstimmung mit diesem Übereinkommen handeln.

3 Dieses Übereinkommen findet keine Anwendung auf Schiffe mit einer Bruttoraumzahl von weniger als 500 oder auf Schiffe, die während ihrer gesamten Betriebsdauer nur in Gewässern betrieben werden, die der Souveränität oder Hoheitsgewalt des Staates unterliegen, dessen Flagge zu führen

ships act in a manner consistent with this Convention, so far as is reasonable and practicable.

4 With respect to ships entitled to fly the flag of non-Parties to this Convention, Parties shall apply the requirements of this Convention as may be necessary to ensure that no more favourable treatment is given to such ships.

Article 4

Controls related to Ship Recycling

1 Each Party shall require that ships entitled to fly its flag or operating under its authority comply with the requirements set forth in this Convention and shall take effective measures to ensure such compliance.

2 Each Party shall require that Ship Recycling Facilities under its jurisdiction comply with the requirements set forth in this Convention and shall take effective measures to ensure such compliance.

Article 5

Survey and certification of ships

Each Party shall ensure that ships flying its flag or operating under its authority and subject to survey and certification are surveyed and certified in accordance with the regulations in the Annex.

Article 6

Authorization of Ship Recycling Facilities

Each Party shall ensure that Ship Recycling Facilities that operate under its jurisdiction and that recycle ships to which this Convention applies, or ships treated similarly pursuant to Article 3.4 of this Convention, are authorized in accordance with the regulations in the Annex.

Article 7

Exchange of information

For the Ship Recycling Facilities authorized by a Party, such Party shall provide to the Organization, if requested, and to those Parties which request it, relevant information, in regard to this Convention, on which its decision for authorization was based. The information shall be exchanged in a swift and timely manner.

doit s'assurer, en prenant des mesures appropriées, que de tels navires agissent d'une manière compatible avec la présente Convention, pour autant que cela soit raisonnable et possible dans la pratique.

4 Dans le cas des navires autorisés à battre le pavillon d'États non Parties à la présente Convention, les Parties appliquent les prescriptions de la présente Convention dans la mesure nécessaire pour que ces navires ne bénéficient pas d'un traitement plus favorable.

Article 4

Mesures de contrôle relatives au recyclage des navires

1 Chaque Partie exige que les navires autorisés à battre son pavillon ou exploités sous son autorité respectent les prescriptions énoncées dans la présente Convention et prend des mesures effectives pour garantir ce respect.

2 Chaque Partie exige que les installations de recyclage des navires relevant de sa juridiction respectent les prescriptions énoncées dans la présente Convention et prend des mesures effectives pour garantir ce respect.

Article 5

Visites et délivrance des certificats

Chaque Partie veille à ce que les navires qui battent son pavillon ou sont exploités sous son autorité et qui doivent faire l'objet de visites et obtenir des certificats soient soumis aux visites et obtiennent les certificats prévus aux termes des règles de l'Annexe.

Article 6

Autorisation donnée aux installations de recyclage des navires

Chaque Partie veille à ce que les installations de recyclage des navires dont l'exploitation relève de sa juridiction et qui recyclent des navires auxquels s'applique la présente Convention ou des navires soumis au même traitement en vertu de l'article 3.4 de la présente Convention obtiennent l'autorisation de la manière prescrite dans les règles de l'Annexe.

Article 7

Échange d'informations

Si des installations de recyclage de navires obtiennent l'autorisation d'une Partie, cette Partie communique à l'Organisation, si celle-ci le demande, et aux Parties qui en font la demande les informations pertinentes, au regard de la présente Convention, sur la base desquelles elle a pris la décision d'accorder une autorisation. Les informations sont échangées promptement et en temps opportun.

das Schiff berechtigt ist. Jedoch stellt jede Vertragspartei durch geeignete Maßnahmen sicher, dass derartige Schiffe soweit zumutbar und durchführbar in Übereinstimmung mit diesem Übereinkommen handeln.

4 In Bezug auf Schiffe, die die Flagge von Nichtvertragsparteien dieses Übereinkommens zu führen berechtigt sind, wenden die Vertragsparteien die Vorschriften des Übereinkommens an, soweit dies nötig ist, um sicherzustellen, dass diesen Schiffen keine günstigere Behandlung zuteil wird.

Artikel 4

Kontrollen im Zusammenhang mit dem Recycling von Schiffen

1 Jede Vertragspartei schreibt vor, dass Schiffe, die ihre Flagge zu führen berechtigt sind oder unter ihrer Hoheitsgewalt betrieben werden, die in diesem Übereinkommen festgelegten Vorschriften einzuhalten haben und ergreift wirksame Maßnahmen, um die Einhaltung dieser Vorschriften sicherzustellen.

2 Jede Vertragspartei schreibt vor, dass Abwrackeinrichtungen in ihrem Hoheitsbereich die in diesem Übereinkommen festgelegten Vorschriften einzuhalten haben und ergreift wirksame Maßnahmen, um die Einhaltung dieser Vorschriften sicherzustellen.

Artikel 5

Besichtigungen und Zeugniserteilung

Jede Vertragspartei stellt sicher, dass Besichtigungen von Schiffen und die Erteilung von Zeugnissen an Schiffe, die ihre Flagge führen oder unter ihrer Hoheitsgewalt betrieben werden und der Besichtigung und der Erteilung von Zeugnissen unterliegen, nach den Regeln in der Anlage erfolgen.

Artikel 6

Zulassung von Abwrackeinrichtungen

Jede Vertragspartei stellt sicher, dass Abwrackeinrichtungen, die in ihrem Hoheitsbereich betrieben werden und in denen Schiffe recycelt werden, auf die dieses Übereinkommen Anwendung findet, oder Schiffe, die nach Artikel 3 Absatz 4 entsprechend behandelt werden, nach den Regeln in der Anlage zugelassen worden sind.

Artikel 7

Austausch von Informationen

Für Abwrackeinrichtungen, die von einer Vertragspartei zugelassen worden sind, stellt diese Vertragspartei der Organisation auf deren Ersuchen sowie denjenigen Vertragsparteien, die darum ersuchen, die einschlägigen Angaben in Bezug auf dieses Übereinkommen zur Verfügung, auf die ihre Entscheidung für eine Zulassung gegründet war. Der Austausch von Informationen erfolgt rasch und rechtzeitig.

Article 8**Inspection of ships**

1 A ship to which this Convention applies may, in any port or offshore terminal of another Party, be subject to inspection by officers duly authorized by that Party for the purpose of determining whether the ship is in compliance with this Convention. Except as provided in paragraph 2, any such inspection is limited to verifying that there is on board either an International Certificate on Inventory of Hazardous Materials or an International Ready for Recycling Certificate, which, if valid, shall be accepted.

2 Where a ship does not carry a valid certificate or there are clear grounds for believing that:

- .1 the condition of the ship or its equipment does not correspond substantially with the particulars of the certificate, and/or Part I of the Inventory of Hazardous Materials; or
- .2 there is no procedure implemented on board the ship for the maintenance of Part I of the Inventory of Hazardous Materials;

a detailed inspection may be carried out taking into account guidelines developed by the Organization.

Article 9**Detection of violations**

1 Parties shall co-operate in the detection of violations and the enforcement of the provisions of this Convention.

2 When there is sufficient evidence that a ship is operating, has operated or is about to operate in violation of any provision in this Convention, a Party holding the evidence may request an investigation of this ship when it enters the ports or offshore terminals under the jurisdiction of another Party. The report of such an investigation shall be sent to the Party requesting it, to the Administration of the ship concerned and to the Organization, so that action may be taken as appropriate.

3 If the ship is detected to be in violation of this Convention, the Party carrying out the inspection may take steps to warn, detain, dismiss, or exclude the ship from its ports. A Party taking such action shall immediately inform the Administration of the ship concerned and the Organization.

Article 8**Inspection des navires**

1 Un navire auquel s'applique la présente Convention peut, dans tout port ou terminal au large d'une autre Partie, être inspecté par des agents dûment autorisés par cette Partie aux fins de déterminer s'il satisfait à la présente Convention. Sauf dans les cas prévus au paragraphe 2, une inspection de ce type se limite à vérifier qu'il y a à bord un certificat international en cours de validité attestant que le navire possède un Inventaire des matières potentiellement dangereuses ou bien un certificat international en cours de validité attestant que le navire est prêt pour le recyclage, auquel cas ces certificats doivent être acceptés.

2 Si le navire ne possède pas de certificat en cours de validité ou s'il existe de bonnes raisons de penser que:

- .1 l'état du navire ou de son équipement ne correspond pas en substance aux indications du certificat et/ou de la Partie I de l'Inventaire des matières potentiellement dangereuses; ou
- .2 aucune procédure n'est mise en œuvre à bord du navire pour tenir à jour la Partie I de l'Inventaire des matières potentiellement dangereuses,

une inspection approfondie peut être effectuée compte tenu des directives élaborées par l'Organisation.

Article 9**Recherche des infractions**

1 Les Parties coopèrent à la recherche des infractions et à la mise en œuvre des dispositions de la présente Convention.

2 Lorsqu'il y a suffisamment de preuves qu'un navire est exploité, a été exploité ou est sur le point d'être exploité en violation d'une disposition de la présente Convention, une Partie qui détient ces preuves peut demander que ce navire soit inspecté à son entrée dans un port ou un terminal au large relevant de la juridiction d'une autre Partie. Le rapport de l'inspection est adressé à la Partie qui a demandé l'inspection, à l'Administration dont relève le navire en cause et à l'Organisation afin que chacune puisse prendre les mesures qu'elle juge appropriées.

3 S'il est constaté que le navire enfreint la présente Convention, la Partie qui procède à l'inspection peut prendre des dispositions pour mettre en garde le navire, le retenir, ordonner son départ ou l'exclure de ses ports. Une Partie qui prend ces mesures doit en informer immédiatement l'Administration du navire en cause et l'Organisation.

Artikel 8**Überprüfungen von Schiffen**

1 Ein Schiff, auf das dieses Übereinkommen Anwendung findet, kann in jedem Hafen und an jedem Offshore-Umschlagplatz einer anderen Vertragspartei durch von dieser Vertragspartei ordnungsgemäß ermächtigte Bedienstete überprüft werden, damit festgestellt werden kann, ob das Schiff dieses Übereinkommen einhält. Vorbehaltlich des Absatzes 2 ist eine derartige Überprüfung auf die Feststellung beschränkt, dass sich an Bord entweder ein Internationales Zeugnis über das Bestandsverzeichnis der gefährlichen Materialien oder ein Internationales Zeugnis über die Recyclingfähigkeit befindet, das, falls es gültig ist, anzuerkennen ist.

2 Führt das Schiff kein gültiges Zeugnis mit oder bestehen triftige Gründe für die Annahme, dass

- .1 der Zustand des Schiffes oder seiner Ausrüstung im Wesentlichen den Eintragungen in dem Zeugnis und/oder in Teil I des Bestandsverzeichnisses der gefährlichen Materialien nicht entspricht oder
- .2 an Bord des Schiffes kein Verfahren angewandt wird, um Teil I des Bestandsverzeichnisses der gefährlichen Materialien stets auf den neuesten Stand zu bringen,

so kann unter Berücksichtigung der von der Organisation ausgearbeiteten Richtlinien eine gründliche Überprüfung durchgeführt werden.

Artikel 9**Aufdecken von Verstößen**

1 Die Vertragsparteien arbeiten bei der Aufdeckung von Verstößen und bei der Durchsetzung dieses Übereinkommens zusammen.

2 Liegen ausreichende Beweise dafür vor, dass ein Schiff unter Verstoß gegen eine Bestimmung dieses Übereinkommens betrieben wird, betrieben worden ist oder demnächst betrieben wird, so kann eine Vertragspartei, der die Beweise vorliegen, eine Untersuchung dieses Schiffes verlangen, wenn es Häfen oder Offshore-Umschlagplätze anläuft, die der Hoheitsgewalt einer anderen Vertragspartei unterliegen. Der Bericht über diese Untersuchung wird der ersuchenden Vertragspartei, der für das betreffende Schiff zuständigen Verwaltung und der Organisation zugeleitet, damit geeignete Maßnahmen ergriffen werden können.

3 Wird festgestellt, dass das Schiff gegen dieses Übereinkommen verstößt, so kann die die Überprüfung durchführende Vertragspartei Maßnahmen ergreifen, um gegen das Schiff eine Verwarnung auszusprechen, das Schiff festzuhalten, es aus ihren Häfen zu verweisen oder ihm ein Anlaufen ihrer Häfen zu verbieten. Eine Vertragspartei, die diese Maßnahmen ergreift, muss die für das betreffende Schiff zuständige

4 If a request for an investigation is received from any Party, together with sufficient evidence that a Ship Recycling Facility is operating, has operated or is about to operate in violation of any provision of this Convention, a Party should investigate this Ship Recycling Facility operating under its jurisdiction and make a report. The report of any such investigation shall be sent to the Party requesting it, including information on action taken or to be taken, if any, and to the Organization for appropriate action.

4 Toute Partie devrait inspecter une installation de recyclage de navires dont l'exploitation relève de sa juridiction et établir un rapport si elle reçoit d'une autre Partie une demande d'enquête accompagnée de suffisamment de preuves attestant que l'installation de recyclage des navires est exploitée, a été exploitée ou est sur le point d'être exploitée en violation d'une disposition quelconque de la présente Convention. Le rapport de cette enquête est adressé à la Partie qui a demandé l'enquête, accompagné de renseignements sur les mesures qui ont été prises ou qui pourraient être prises, et à l'Organisation pour qu'elle prenne les mesures appropriées.

Verwaltung und die Organisation unverzüglich darüber unterrichten.

4 Erhält eine Vertragspartei von einer anderen Vertragspartei ein Ersuchen um Untersuchung samt ausreichenden Beweisen, dass eine Abwrackeinrichtung unter Verstoß gegen eine Bestimmung dieses Übereinkommens betrieben wird, betrieben worden ist oder demnächst betrieben wird, so soll sie diese in ihrem Hoheitsbereich betriebene Abwrackeinrichtung untersuchen und einen Bericht erstellen. Der Bericht über diese Untersuchung, einschließlich Angaben zu den gegebenenfalls ergriffenen oder zu ergreifenden Maßnahmen, wird der ersuchenden Vertragspartei und der Organisation zugeleitet, damit geeignete Maßnahmen ergriffen werden können.

Article 10 Violations

1 Any violation of the requirements of this Convention shall be prohibited by national laws and:

- .1 in the case of a ship, sanctions shall be established under the law of the Administration, wherever the violation occurs. If the Administration is informed of such a violation by a Party, it shall investigate the matter and may request the reporting Party to furnish additional evidence of the alleged violation. If the Administration is satisfied that sufficient evidence is available to enable proceedings to be brought in respect of the alleged violation, it shall cause such proceedings to be taken as soon as possible, in accordance with its law. The Administration shall promptly inform the Party that reported the alleged violation, as well as the Organization, of any action taken. If the Administration has not taken any action within one year after receiving the information, it shall inform the Party which reported the alleged violation, and the Organization, of the reasons why no action has been taken;

- .2 in the case of a Ship Recycling Facility, sanctions shall be established under the law of the Party having jurisdiction over the Ship Recycling Facility. If the Party is informed of such a violation by another Party, it shall investigate the matter and may request the reporting Party to furnish additional evidence of the alleged violation. If the Party is satisfied that sufficient evidence is available to enable proceedings to be brought in respect of the alleged violation, it shall cause such proceedings to be taken as soon as possible, in accordance with its law. The Party shall promptly inform the Party that reported the alleged violation, as well as the Organization, of any action taken. If the Party has not taken any action within one year after receiving the information, it shall inform the Party

Article 10 Infractions

1 Toute infraction aux prescriptions de la présente Convention doit être interdite en vertu de la législation nationale et:

- .1 dans le cas d'un navire en infraction, des sanctions doivent être prévues par la législation de l'Administration dont relève le navire en cause, quel que soit le lieu où l'infraction est commise. Si l'Administration est informée par une Partie d'une telle infraction, elle effectue une enquête et peut demander à la Partie qui l'a informée de lui fournir des preuves supplémentaires de l'infraction présumée. Si l'Administration est convaincue qu'il existe des preuves suffisantes pour lui permettre d'engager des poursuites au titre de l'infraction présumée, elle engage ces poursuites le plus tôt possible conformément à sa législation. L'Administration informe rapidement la Partie qui a signalé l'infraction présumée, ainsi que l'Organisation, de toute mesure prise. Si l'Administration n'a pris aucune mesure dans un délai d'un an à compter de la réception des renseignements, elle informe la Partie qui a signalé l'infraction présumée et l'Organisation des raisons pour lesquelles elle n'a pris aucune mesure;

- .2 dans le cas d'une installation de recyclage de navires en infraction, des sanctions doivent être prévues par la législation de la Partie dont relève l'installation de recyclage de navires en cause. Si cette Partie est informée d'une telle infraction par une autre Partie, elle effectue une enquête et peut demander à la Partie qui l'a informée de lui fournir des preuves supplémentaires de l'infraction présumée. Si elle est convaincue qu'il existe des preuves suffisantes pour lui permettre d'engager des poursuites au titre de l'infraction présumée, elle engage ces poursuites le plus tôt possible conformément à sa législation. Elle informe rapidement la Partie qui a signalé l'infraction présumée, ainsi que l'Organisation, de toute mesure prise. Si elle n'a pris aucune mesure dans un délai

Artikel 10 Verstöße

1 Jeder Verstoß gegen die Vorschriften dieses Übereinkommens ist nach dem innerstaatlichen Recht zu verbieten und,

- .1 im Fall eines Schiffes, nach dem Recht der Verwaltung unter Strafe zu stellen, gleichviel, wo der Verstoß begangen wird. Wird die Verwaltung von einer Vertragspartei von einem derartigen Verstoß unterrichtet, so untersucht sie die Angelegenheit und kann die meldende Vertragspartei ersuchen, zusätzliche Beweise für den mutmaßlichen Verstoß vorzulegen. Ist die Verwaltung überzeugt, dass ausreichende Beweise vorliegen, um ein Verfahren wegen des mutmaßlichen Verstoßes einzuleiten, so veranlasst sie, dass ein solches Verfahren so bald wie möglich nach ihrem Recht eingeleitet wird. Die Verwaltung unterrichtet die Vertragspartei, die den mutmaßlichen Verstoß gemeldet hat, sowie die Organisation umgehend über die von ihr ergriffenen Maßnahmen. Hat die Verwaltung innerhalb eines Jahres nach erfolgter Unterrichtung keine Maßnahmen ergriffen, so unterrichtet sie die Vertragspartei, die den mutmaßlichen Verstoß gemeldet hat, und die Verwaltung über die Gründe, weshalb keine Maßnahmen ergriffen wurden;

- .2 im Fall einer Abwrackeinrichtung, nach dem Recht der Vertragspartei, deren Hoheitsgewalt die Abwrackeinrichtung unterliegt, unter Strafe zu stellen. Wird die Vertragspartei von einer anderen Vertragspartei von einem derartigen Verstoß unterrichtet, so untersucht sie die Angelegenheit und kann die meldende Vertragspartei ersuchen, zusätzliche Beweise für den mutmaßlichen Verstoß vorzulegen. Ist die Vertragspartei überzeugt, dass ausreichende Beweise vorliegen, um ein Verfahren wegen des mutmaßlichen Verstoßes einzuleiten, so veranlasst sie, dass ein solches Verfahren so bald wie möglich nach ihrem Recht eingeleitet wird. Die Vertragspartei unterrichtet die Vertragspartei, die den mutmaßlichen Verstoß gemeldet hat, sowie die Organisation umgehend

which reported the alleged violation, and the Organization, of the reasons why no action has been taken.

d'un an à compter de la réception des renseignements, elle informe la Partie qui a signalé l'infraction présumée et l'Organisation des raisons pour lesquelles elle n'a pris aucune mesure.

über die von ihr ergriffenen Maßnahmen. Hat die Vertragspartei innerhalb eines Jahres nach erfolgter Unterrichtung keine Maßnahmen ergriffen, so unterrichtet sie die Vertragspartei, die den mutmaßlichen Verstoß gemeldet hat, und die Verwaltung über die Gründe, weshalb keine Maßnahmen ergriffen wurden.

2 Any violation of the requirements of this Convention within the jurisdiction of any Party shall be prohibited and sanctions shall be established under the law of that Party. Whenever such a violation occurs, that Party shall either:

2 Toute infraction aux prescriptions de la présente Convention dans la juridiction d'une Partie est interdite et fait l'objet de sanctions en vertu de la législation de cette Partie. Chaque fois qu'une telle infraction se produit, la Partie doit:

2 Jeder Verstoß gegen die Vorschriften dieses Übereinkommens im Hoheitsbereich einer Vertragspartei ist nach dem Recht der betreffenden Vertragspartei zu verbieten und unter Strafe zu stellen. Sobald ein derartiger Verstoß begangen wird, wird die betreffende Vertragspartei

.1 cause proceedings to be taken in accordance with its law; or

.1 soit engager des poursuites conformément à sa législation;

.1 entweder veranlassen, dass ein Verfahren nach ihrem Recht eingeleitet wird, oder

.2 furnish to the Administration of the ship such information and evidence as may be in its possession that a violation has occurred.

.2 soit fournir à l'Administration dont relève le navire en cause les renseignements et les preuves qu'elle pourrait détenir attestant qu'il y a eu infraction.

.2 der für das Schiff zuständigen Verwaltung alle in ihrem Besitz befindlichen Informationen und Beweise dafür vorlegen, dass ein Verstoß begangen worden ist.

3 The sanctions provided for by the laws of a Party pursuant to this Article shall be adequate in severity to discourage violations of this Convention wherever they occur.

3 Les sanctions prévues par la législation d'une Partie en application du présent article doivent être, par leur rigueur, de nature à décourager les infractions à la présente Convention où qu'elles puissent être commises.

3 Die im Recht einer Vertragspartei nach Maßgabe dieses Artikels vorgeschriebenen Strafen müssen so streng sein, dass sie von Verstößen gegen dieses Übereinkommen überall gleichermaßen abschrecken.

Article 11

Undue delay or detention of ships

1 All possible efforts shall be made to avoid a ship being unduly detained or delayed under Article 8, 9 or 10 of this Convention.

2 When a ship is unduly detained or delayed under Article 8, 9 or 10 of this Convention, it shall be entitled to compensation for any loss or damage suffered.

Article 11

Retard ou retenue indus de navires

1 Il convient d'éviter, dans toute la mesure du possible, qu'un navire ne soit indûment retenu ou retardé par suite de l'application de l'article 8, 9 ou 10 de la présente Convention.

2 Un navire qui a été indûment retenu ou retardé par suite de l'application de l'article 8, 9 ou 10 de la présente Convention a droit à réparation pour les pertes ou dommages subis.

Artikel 11

Unangemessenes Aufhalten oder Festhalten von Schiffen

1 Es ist so weit wie möglich zu vermeiden, dass ein Schiff in Anwendung des Artikels 8, 9 oder 10 in unangemessener Weise fest- oder aufgehalten wird.

2 Wird ein Schiff infolge der Anwendung des Artikels 8, 9 oder 10 in unangemessener Weise fest- oder aufgehalten, so hat es Anspruch auf Ersatz des erlittenen Verlusts oder Schadens.

Article 12

Communication of information

Each Party shall report to the Organization and the Organization shall disseminate, as appropriate, the following information:

.1 a list of Ship Recycling Facilities authorized in accordance with this Convention and operating under the jurisdiction of that Party;

.2 contact details for the Competent Authority(ies), including a single contact point, for that Party;

.3 a list of the recognized organizations and nominated surveyors which are authorized to act on behalf of that Party in the administration of matters relating to the control of Ship Recycling in accor-

Article 12

Communication de renseignements

Chaque Partie fournit à l'Organisation et l'Organisation diffuse, sous la forme appropriée, les renseignements ci-après:

.1 la liste des installations de recyclage des navires qui sont autorisées conformément à la présente Convention et dont l'exploitation relève de la juridiction de cette Partie;

.2 les coordonnées de l'Autorité ou des Autorités compétentes, y compris d'un point de contact unique, de cette Partie;

.3 la liste des organismes reconnus et des inspecteurs désignés qui sont autorisés à agir pour le compte de ladite Partie dans l'administration des questions relatives au contrôle du recyclage des

Artikel 12

Übermittlung von Informationen

Jede Vertragspartei übermittelt der Organisation die folgenden Informationen und die Organisation leitet diese gegebenenfalls weiter:

.1 eine Liste der Abwrackeinrichtungen, die nach diesem Übereinkommen zugelassen worden sind und im Hoheitsbereich dieser Vertragspartei betrieben werden;

.2 Einzelheiten für die Kontaktaufnahme mit der zuständigen Behörde oder den zuständigen Behörden dieser Vertragspartei, einschließlich einer einzigen Kontaktstelle;

.3 eine Liste der anerkannten Stellen und ernannten Besichtiger, die befugt sind, bei der Verwaltung von Angelegenheiten im Zusammenhang mit der Kontrolle des Recyclings von Schiffen in Überein-

- | | | |
|---|---|--|
| <p>dance with this Convention, and the specific responsibilities and conditions of the authority delegated to the recognized organizations or nominated surveyors;</p> | <p>navires conformément à la présente Convention, les conditions spécifiques dans lesquelles l'autorité a été déléguée aux organismes reconnus ou aux inspecteurs désignés et les responsabilités spécifiques qui leur ont été confiées;</p> | <p>stimmung mit diesem Übereinkommen im Namen dieser Vertragspartei tätig zu werden, sowie die genauen Verantwortlichkeiten und Bedingungen, die mit der den anerkannten Stellen oder ernannten Besichtigern übertragenen Befugnis verbunden sind;</p> |
| <p>.4 an annual list of ships flying the flag of that Party to which an International Ready for Recycling Certificate has been issued, including the name of the Recycling Company and location of the Ship Recycling Facility as shown on the certificate;</p> | <p>.4 la liste annuelle des navires battant le pavillon de cette Partie auxquels un certificat international attestant que le navire est prêt pour le recyclage a été délivré, y compris le nom de la compagnie de recyclage et l'emplacement de l'installation de recyclage des navires qui sont indiqués sur ce certificat;</p> | <p>.4 eine jährliche Liste der die Flagge dieser Vertragspartei führenden Schiffe, denen ein Internationales Zeugnis über die Recyclingfähigkeit ausgestellt wurde, einschließlich des Namens des Recyclingunternehmens und des Standorts der Abwrackeinrichtung entsprechend der Eintragung im Zeugnis;</p> |
| <p>.5 an annual list of ships recycled within the jurisdiction of that Party;</p> | <p>.5 la liste annuelle des navires qui ont été recyclés sur le territoire relevant de la juridiction de cette Partie;</p> | <p>.5 eine jährliche Liste der im Hoheitsbereich dieser Vertragspartei recycelten Schiffe;</p> |
| <p>.6 information concerning violations of this Convention; and</p> | <p>.6 des informations sur les infractions à la présente Convention; et</p> | <p>.6 Informationen über Verstöße gegen dieses Übereinkommen;</p> |
| <p>.7 actions taken towards ships and Ship Recycling Facilities under the jurisdiction of that Party.</p> | <p>.7 les mesures prises à l'encontre des navires et des installations de recyclage des navires relevant de la juridiction de cette Partie.</p> | <p>.7 Maßnahmen, die gegen Schiffe und Abwrackeinrichtungen im Hoheitsbereich dieser Vertragspartei ergriffen wurden.</p> |

Article 13

Technical assistance and co-operation

1 Parties undertake, directly or through the Organization and other international bodies, as appropriate, in respect of the safe and environmentally sound recycling of ships, to provide support for those Parties which request technical assistance:

- .1 to train personnel;
- .2 to ensure the availability of relevant technology, equipment and facilities;
- .3 to initiate joint research and development programmes; and
- .4 to undertake other actions aimed at the effective implementation of this Convention and of guidelines developed by the Organization related thereto.

2 Parties undertake to co-operate actively, subject to their national laws, regulations and policies, in the transfer of management systems and technology in respect of the safe and environmentally sound recycling of ships.

Article 14

Dispute settlement

Parties shall settle any dispute between them concerning the interpretation or application of this Convention by negotiation or any other peaceful means agreed upon by them, which may include enquiry, mediation, conciliation, arbitration, judicial settlement, or resort to regional agencies or arrangements.

Article 13

Assistance et coopération techniques

1 Les Parties s'engagent, directement ou par le biais de l'Organisation et d'autres organismes internationaux, le cas échéant, à apporter, aux fins du recyclage sûr et écologiquement rationnel des navires, leur appui aux Parties qui demandent une assistance technique en vue de:

- .1 former du personnel;
- .2 assurer la disponibilité des techniques, du matériel et des installations pertinents;
- .3 lancer des programmes communs de recherche et de développement; et
- .4 prendre d'autres mesures visant à garantir la mise en œuvre effective de la présente Convention et des directives y relatives élaborées par l'Organisation.

2 Les Parties s'engagent à coopérer activement, sans préjudice de leur législation, de leur réglementation et de leurs politiques nationales, au transfert de systèmes de gestion et de techniques en matière de recyclage sûr et écologiquement rationnel des navires.

Article 14

Règlement des différends

Les Parties règlent tout différend survenant entre elles quant à l'interprétation ou l'application de la présente Convention par voie de négociation ou par tout autre moyen pacifique convenu entre elles, tel que enquête, médiation, conciliation, arbitrage, règlement judiciaire ou recours à des organismes ou accords régionaux.

Artikel 13

Technische Hilfe und Zusammenarbeit

1 Die Vertragsparteien verpflichten sich, unmittelbar oder gegebenenfalls über die Organisation und andere internationale Gremien hinsichtlich des sicheren und umweltgerechten Recyclings von Schiffen denjenigen Vertragsparteien Unterstützung zu gewähren, die um technische Hilfe ersuchen

- .1 für die Ausbildung von Personal;
- .2 zur Gewährleistung der Verfügbarkeit der einschlägigen Technologie, Ausrüstung und Anlagen;
- .3 zur Einleitung gemeinsamer Forschungs- und Entwicklungsvorhaben;
- .4 für andere Maßnahmen zur wirksamen Durchführung dieses Übereinkommens und der von der Organisation ausgearbeiteten damit zusammenhängenden Richtlinien.

2 Die Vertragsparteien verpflichten sich, vorbehaltlich ihrer innerstaatlichen Gesetze, sonstigen Vorschriften und Politiken, beim Transfer von Managementsystemen und Technologien im Hinblick auf das sichere und umweltgerechte Recycling von Schiffen aktiv zusammenzuarbeiten.

Artikel 14

Beilegung von Streitigkeiten

Die Vertragsparteien legen alle zwischen ihnen entstehenden Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Übereinkommens durch Verhandlung oder durch andere friedliche Mittel, auf die sie sich geeinigt haben, bei, zu denen Untersuchung, Vermittlung, Vergleich, Schiedsspruch, gerichtliche Entscheidung oder Inanspruchnahme regionaler Einrichtungen oder Abmachungen gehören können.

Article 15**Relationship
with international law and
other international agreements**

1 Nothing in this Convention shall prejudice the rights and obligations of any State under the United Nations Convention on the Law of the Sea, 1982, and under the customary international law of the sea.

2 Nothing in this Convention shall prejudice the rights and obligations of Parties under other relevant and applicable international agreements.

Article 16**Signature, ratification,
acceptance, approval and accession**

1 This Convention shall be open for signature by any State at the Headquarters of the Organization from 1 September 2009 to 31 August 2010 and shall thereafter remain open for accession by any State.

2 States may become Parties to this Convention by:

- .1 signature not subject to ratification, acceptance, or approval; or
- .2 signature subject to ratification, acceptance, or approval, followed by ratification, acceptance or approval; or
- .3 accession.

3 Ratification, acceptance, approval or accession shall be effected by the deposit of an instrument to that effect with the Secretary-General.

4 If a State comprises two or more territorial units in which different systems of law are applicable in relation to matters dealt with in this Convention, it may at the time of signature, ratification, acceptance, approval, or accession declare that this Convention shall extend to all its territorial units or only to one or more of them and may modify this declaration by submitting another declaration at any time.

5 A declaration under paragraph 4 shall be notified to the Secretary-General in writing and shall state expressly the territorial unit or units to which this Convention applies.

6 A State at the time it expresses its consent to be bound by this Convention shall declare whether it requires explicit or tacit approval of the Ship Recycling Plan before a ship may be recycled in its authorized Ship Recycling Facility(ies). This declaration may be revised thereafter by notification to the Secretary-General. Such revision shall specify the effective date of the revision.

Article 15**Rapport avec
le droit international
et d'autres accords internationaux**

1 Aucune disposition de la présente Convention ne porte atteinte aux droits et obligations qu'a tout État en vertu de la Convention des Nations Unies sur le droit de la mer de 1982 et du droit international coutumier de la mer.

2 Aucune disposition de la présente Convention ne porte atteinte aux droits et obligations qu'ont les Parties en vertu d'autres accords internationaux pertinents et applicables.

Article 16**Signature, ratification,
acceptation, approbation et adhésion**

1 La présente Convention est ouverte à la signature de tout État au Siège de l'Organisation du 1^{er} septembre 2009 au 31 août 2010 et reste ensuite ouverte à l'adhésion.

2 Les États peuvent devenir Parties à la présente Convention par:

- .1 signature sans réserve quant à la ratification, l'acceptation ou l'approbation; ou
- .2 signature sous réserve de ratification, d'acceptation ou d'approbation, suivie de ratification, d'acceptation ou d'approbation; ou
- .3 adhésion.

3 La ratification, l'acceptation, l'approbation ou l'adhésion s'effectuent par le dépôt d'un instrument à cet effet auprès du Secrétaire général.

4 Si un État comporte deux ou plusieurs unités territoriales dans lesquelles des régimes juridiques différents sont applicables pour ce qui est des questions traitées dans la présente Convention, il peut, au moment de la signature, de la ratification, de l'acceptation, de l'approbation ou de l'adhésion, déclarer que la présente Convention s'applique à l'ensemble de ses unités territoriales ou seulement à une ou plusieurs d'entre elles et il peut modifier cette déclaration en présentant une autre déclaration à tout moment.

5 Une déclaration faite en vertu du paragraphe 4 est notifiée par écrit au Secrétaire général et mentionne expressément l'unité ou les unités territoriales auxquelles s'applique la présente Convention.

6 Au moment où il exprime son consentement à être lié par la présente Convention, un État déclare s'il exige ou non que le plan de recyclage d'un navire soit expressément ou tacitement approuvé pour que ce navire puisse être recyclé dans sa ou ses installations de recyclage des navires. Cette déclaration peut, moyennant notification au Secrétaire général, être modifiée ultérieurement. Cette modification doit être accom-

Artikel 15**Verhältnis zum
Völkerrecht und zu anderen
völkerrechtlichen Übereinkünften**

1 Dieses Übereinkommen berührt nicht die Rechte und Pflichten eines Staates aus dem Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen von 1982 und nach dem völkerrechtlichen Seegewohnheitsrecht.

2 Dieses Übereinkommen berührt nicht die Rechte und Pflichten der Vertragsparteien aus anderen einschlägigen und anwendbaren völkerrechtlichen Übereinkünften.

Artikel 16**Unterzeichnung, Ratifikation,
Annahme, Genehmigung und Beitritt**

1 Dieses Übereinkommen liegt vom 1. September 2009 bis zum 31. August 2010 am Sitz der Organisation für jeden Staat zur Unterzeichnung auf und steht danach jedem Staat zum Beitritt offen.

2 Die Staaten können Vertragsparteien dieses Übereinkommens werden,

- .1 indem sie es ohne Vorbehalt der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung unterzeichnen;
- .2 indem sie es vorbehaltlich der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung unterzeichnen und später ratifizieren, annehmen oder genehmigen oder
- .3 indem sie ihm beitreten.

3 Die Ratifikation, die Annahme, die Genehmigung oder der Beitritt erfolgt durch Hinterlegung einer entsprechenden Urkunde beim Generalsekretär.

4 Ein Staat, der zwei oder mehr Gebiets-einheiten umfasst, in denen auf die in diesem Übereinkommen geregelten Fragen unterschiedliche Rechtsordnungen anzuwenden sind, kann bei der Unterzeichnung, der Ratifikation, der Annahme, der Genehmigung oder dem Beitritt erklären, dass sich das Übereinkommen auf alle seine Gebietseinheiten oder nur auf eine oder mehrere derselben erstreckt; er kann diese Erklärung jederzeit durch eine neue Erklärung ersetzen.

5 Eine Erklärung nach Absatz 4 ist dem Generalsekretär schriftlich zu notifizieren; in ihr sind ausdrücklich die Gebietseinheit oder die Gebietseinheiten anzugeben, auf die dieses Übereinkommen Anwendung findet.

6 Zu dem Zeitpunkt, zu dem ein Staat seine Zustimmung ausdrückt, durch dieses Übereinkommen gebunden zu sein, erklärt er, ob er eine ausdrückliche oder stillschweigende Genehmigung des Schiffsrecyclingplans verlangt, bevor ein Schiff in einer oder mehreren seiner zugelassenen Abwrackeinrichtungen recycelt werden darf. Diese Erklärung kann danach durch Notifikation an den Generalsekretär geändert

pagnée de la date à laquelle elle prend effet.

werden. Diese Änderung muss das Datum enthalten, an dem sie in Kraft tritt.

Article 17

Entry into force

1 This Convention shall enter into force 24 months after the date on which the following conditions are met:

- .1 not less than 15 States have either signed it without reservation as to ratification, acceptance or approval, or have deposited the requisite instrument of ratification, acceptance, approval or accession in accordance with Article 16;
- .2 the combined merchant fleets of the States mentioned in paragraph 1.1 constitute not less than 40 per cent of the gross tonnage of the world's merchant shipping; and
- .3 the combined maximum annual ship recycling volume of the States mentioned in paragraph 1.1 during the preceding 10 years constitutes not less than 3 per cent of the gross tonnage of the combined merchant shipping of the same States.

2 For States which have deposited an instrument of ratification, acceptance, approval or accession in respect of this Convention after the requirements for entry into force thereof have been met, but prior to the date of entry into force, the ratification, acceptance, approval or accession shall take effect on the date of entry into force of this Convention, or three months after the date of deposit of the instrument, whichever is the later date.

3 Any instrument of ratification, acceptance, approval or accession deposited after the date on which this Convention enters into force shall take effect three months after the date of deposit.

4 After the date on which an amendment to this Convention is deemed to have been accepted under Article 18, any instrument of ratification, acceptance, approval or accession deposited shall apply to the Convention, as amended.

Article 18

Amendments

1 This Convention may be amended by either of the procedures specified in the following paragraphs.

2 Amendments after consideration within the Organization:

- .1 Any Party may propose an amendment to this Convention. A proposed amendment shall be submitted to the Secretary-General, who shall then circulate it to the Parties and Members of the Organization at least six months prior to its consideration.

Article 17

Entrée en vigueur

1 La présente Convention entre en vigueur 24 mois après la date à laquelle les conditions ci-après sont remplies:

- .1 au moins 15 États soit l'ont signée sans réserve quant à la ratification, l'acceptation ou l'approbation, soit ont déposé l'instrument requis de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion conformément à l'article 16;
- .2 les flottes marchandes des États mentionnés au paragraphe 1.1 représentent au total au moins 40 pour cent du tonnage brut de la flotte mondiale des navires de commerce; et
- .3 le volume annuel maximal de recyclage de navires des États mentionnés au paragraphe 1.1 au cours des dix dernières années représente au total au moins 3 pour cent du tonnage brut de l'ensemble des flottes marchandes desdits États.

2 Pour les États qui ont déposé un instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation de la présente Convention, ou d'adhésion à celle-ci, après que les conditions régissant son entrée en vigueur ont été remplies mais avant la date de son entrée en vigueur, la ratification, l'acceptation, l'approbation ou l'adhésion prend effet à la date de l'entrée en vigueur de la présente Convention, ou trois mois après la date du dépôt de l'instrument, si cette dernière date est postérieure.

3 Tout instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion déposé après la date d'entrée en vigueur de la présente Convention prend effet trois mois après la date du dépôt de l'instrument.

4 Tout instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion déposé après la date à laquelle un amendement à la présente Convention est réputé avoir été accepté en vertu de l'article 18 s'applique à la présente Convention telle que modifiée.

Article 18

Amendements

1 La présente Convention peut être modifiée selon l'une des procédures décrites dans les paragraphes ci-après.

2 Amendements après examen au sein de l'Organisation:

- .1 Toute Partie peut proposer un amendement à la présente Convention. L'amendement proposé est soumis au Secrétaire général, qui le diffuse aux Parties et aux Membres de l'Organisation six mois au moins avant son examen.

Artikel 17

Inkrafttreten

1 Dieses Übereinkommen tritt 24 Monate nach dem Tag in Kraft, an dem die folgenden Voraussetzungen erfüllt sind:

- .1 Mindestens 15 Staaten haben es nach Artikel 16 ohne Vorbehalt der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung unterzeichnet oder die erforderliche Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde hinterlegt;
- .2 die Handelsflotten der in Absatz 1.1 genannten Staaten machen insgesamt mindestens 40 Prozent des Bruttoreumgehalts der Handelsflotte der Welt aus;
- .3 das Höchstvolumen des jährlichen Schiffsrecyclings der in Absatz 1.1 genannten Staaten während der vorangegangenen 10 Jahre macht insgesamt mindestens 3 Prozent des gesamten Bruttoreumgehalts der Handelsflotten dieser Staaten aus.

2 Für Staaten, die eine Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde zu diesem Übereinkommen hinterlegt haben, nachdem die Voraussetzungen für sein Inkrafttreten erfüllt sind, jedoch vor dem Tag des Inkrafttretens, wird die Ratifikation, die Annahme, die Genehmigung oder der Beitritt am Tag des Inkrafttretens dieses Übereinkommens oder drei Monate nach dem Tag der Hinterlegung der Urkunde wirksam, je nachdem, welcher Zeitpunkt der spätere ist.

3 Jede nach dem Tag des Inkrafttretens dieses Übereinkommens hinterlegte Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde wird drei Monate nach dem Tag der Hinterlegung wirksam.

4 Nach dem Tag, an dem eine Änderung dieses Übereinkommens nach Artikel 18 als angenommen gilt, gilt jede hinterlegte Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde für das Übereinkommen in seiner geänderten Fassung.

Artikel 18

Änderungen

1 Dieses Übereinkommen kann nach einem der in den folgenden Absätzen vorgesehenen Verfahren geändert werden.

2 Änderungen nach Prüfung innerhalb der Organisation:

- .1 Jede Vertragspartei kann eine Änderung dieses Übereinkommens vorschlagen. Eine vorgeschlagene Änderung wird dem Generalsekretär vorgelegt; dieser leitet sie dann spätestens sechs Monate vor ihrer Prüfung an die Vertragsparteien und an die Mitglieder der Organisation weiter.

- | | | |
|--|---|---|
| <p>.2 An amendment proposed and circulated as above shall be referred to the Committee for consideration. Parties, whether or not Members of the Organization, shall be entitled to participate in the proceedings of the Committee for consideration and adoption of the amendment.</p> | <p>.2 Un amendement proposé et diffusé de la manière prévue ci-dessus est renvoyé au Comité pour examen. Les Parties, qu'elles soient ou non Membres de l'Organisation, sont autorisées à participer aux délibérations du Comité aux fins de l'examen et de l'adoption de l'amendement.</p> | <p>.2 Eine nach Absatz 2.1 vorgeschlagene und weitergeleitete Änderung wird dem Ausschuss zur Prüfung vorgelegt. Die Vertragsparteien, gleichviel, ob sie Mitglieder der Organisation sind oder nicht, haben das Recht, sich an den Verhandlungen des Ausschusses zur Prüfung und Beschlussfassung zu beteiligen.</p> |
| <p>.3 Amendments shall be adopted by a two-thirds majority of the Parties present and voting in the Committee, on condition that at least one-third of the Parties shall be present at the time of voting.</p> | <p>.3 Les amendements sont adoptés à la majorité des deux tiers des Parties présentes et votantes au sein du Comité, à condition qu'un tiers au moins des Parties soient présentes au moment du vote.</p> | <p>.3 Änderungen werden mit Zweidrittelmehrheit der im Ausschuss anwesenden und abstimmenden Vertragsparteien beschlossen, vorausgesetzt, dass mindestens ein Drittel der Vertragsparteien zum Zeitpunkt der Abstimmung anwesend sind.</p> |
| <p>.4 Amendments adopted in accordance with subparagraph 3 shall be communicated by the Secretary-General to the Parties for acceptance.</p> | <p>.4 Les amendements adoptés conformément à l'alinéa .3 sont communiqués par le Secrétaire général aux Parties pour acceptation.</p> | <p>.4 Nach Absatz 2.3 beschlossene Änderungen werden vom Generalsekretär den Vertragsparteien zur Annahme übermittelt.</p> |
| <p>.5 An amendment shall be deemed to have been accepted in the following circumstances:</p> | <p>.5 Un amendement est réputé avoir été accepté dans les cas suivants:</p> | <p>.5 Eine Änderung gilt unter folgenden Umständen als angenommen:</p> |
| <p>.5.1 An amendment to an article of this Convention shall be deemed to have been accepted on the date on which two-thirds of the Parties have notified the Secretary-General of their acceptance of it.</p> | <p>.5.1 Un amendement à un article de la présente Convention est réputé avoir été accepté à la date à laquelle son acceptation a été notifiée au Secrétaire général par les deux tiers des Parties.</p> | <p>.5.1 Eine Änderung eines Artikels dieses Übereinkommens gilt als an dem Tag angenommen, an dem zwei Drittel der Vertragsparteien dem Generalsekretär ihre Annahme notifiziert haben.</p> |
| <p>.5.2 An amendment to the Annex shall be deemed to have been accepted at the end of a period to be determined by the Committee at the time of its adoption, which period shall not be less than ten months after the date of adoption. However, if by that date more than one-third of the Parties notify the Secretary-General that they object to the amendment, it shall be deemed not to have been accepted.</p> | <p>.5.2 Un amendement à l'Annexe est réputé avoir été accepté à l'expiration d'un délai fixé par le Comité au moment de son adoption, lequel n'est pas inférieur à dix mois après la date de son adoption. Toutefois, si dans ce délai, plus d'un tiers des Parties ont notifié au Secrétaire général qu'elles élèvent une objection contre cet amendement, celui-ci est réputé ne pas avoir été accepté.</p> | <p>.5.2 Eine Änderung der Anlage gilt nach Ablauf eines vom Ausschuss zum Zeitpunkt der Beschlussfassung festzusetzenden Zeitabschnitts als angenommen, wobei dieser Zeitabschnitt mindestens zehn Monate nach dem Zeitpunkt der Beschlussfassung betragen muss. Notifizieren jedoch bis zu diesem Tag mehr als ein Drittel der Vertragsparteien dem Generalsekretär, dass sie Einspruch gegen die Änderung einlegen, so gilt sie als nicht angenommen.</p> |
| <p>.6 An amendment shall enter into force under the following conditions:</p> | <p>.6 Un amendement entre en vigueur dans les conditions suivantes:</p> | <p>.6 Eine Änderung tritt unter folgenden Voraussetzungen in Kraft:</p> |
| <p>.6.1 An amendment to an article of this Convention shall enter into force, for those Parties that have declared that they have accepted it, six months after the date on which it is deemed to have been accepted in accordance with subparagraph .5.1.</p> | <p>.6.1 Un amendement à un article de la présente Convention entre en vigueur à l'égard des Parties qui ont déclaré l'avoir accepté six mois après la date à laquelle il est réputé avoir été accepté conformément à l'alinéa .5.1.</p> | <p>.6.1 Eine Änderung eines Artikels dieses Übereinkommens tritt für diejenigen Vertragsparteien, die erklärt haben, dass sie die Änderung angenommen haben, sechs Monate nach dem Tag in Kraft, an dem sie als nach Absatz 2.5.1 angenommen gilt.</p> |
| <p>.6.2 An amendment to the Annex shall enter into force with respect to all Parties six months after the date on which it is deemed to have been accepted, except for any Party that has:</p> | <p>.6.2 Un amendement à l'Annexe entre en vigueur à l'égard de toutes les Parties six mois après la date à laquelle il est réputé avoir été accepté, sauf à l'égard de toute Partie qui a:</p> | <p>.6.2 Eine Änderung der Anlage tritt für alle Vertragsparteien sechs Monate nach dem Tag in Kraft, an dem sie als angenommen gilt; dies gilt jedoch nicht für eine Vertragspartei, die</p> |
| <p>.6.2.1 notified its objection to the amendment in accordance with subparagraph .5.2 and that has not withdrawn such objection; or</p> | <p>.6.2.1 notifié son objection à l'amendement conformément à l'alinéa .5.2 et n'a pas retiré cette objection; ou</p> | <p>.6.2.1 nach Absatz 2.5.2 ihren Einspruch gegen die Änderung notifiziert und diesen Einspruch nicht zurückgenommen hat oder</p> |
| <p>.6.2.2 notified the Secretary-General, prior to the entry into force of such amendment, that the amendment shall enter into force for it only after a subsequent notification of its acceptance.</p> | <p>.6.2.2 notifié au Secrétaire général, avant l'entrée en vigueur de cet amendement, que celui-ci entrera en vigueur à son égard uniquement après notification ultérieure de son acceptation.</p> | <p>.6.2.2 dem Generalsekretär vor dem Inkrafttreten der Änderung notifiziert hat, dass die betreffende Änderung für sie erst nach einer späteren Notifikation ihrer Annahme in Kraft tritt.</p> |

- | | | |
|---|--|--|
| <p>.6.3 A Party that has notified an objection under subparagraph .6.2.1 may subsequently notify the Secretary-General that it accepts the amendment. Such amendment shall enter into force for such Party six months after the date of its notification of acceptance, or the date on which the amendment enters into force, whichever is the later date.</p> <p>.6.4 If a Party that has made a notification referred to in subparagraph .6.2.2 notifies the Secretary-General of its acceptance with respect to an amendment, such amendment shall enter into force for such Party six months after the date of its notification of acceptance, or the date on which the amendment enters into force, whichever is the later date.</p> <p>3 Amendment by a Conference:</p> <p>.1 Upon the request of a Party concurred in by at least one-third of the Parties, the Organization shall convene a Conference of Parties to consider amendments to this Convention.</p> <p>.2 An amendment adopted by such a Conference by a two-thirds majority of the Parties present and voting shall be communicated by the Secretary-General to all Parties for acceptance.</p> <p>.3 Unless the Conference decides otherwise, the amendment shall be deemed to have been accepted and shall enter into force in accordance with the procedures specified in paragraphs 2.5 and 2.6 respectively.</p> <p>4 Any Party that has declined to accept an amendment to the Annex shall be treated as a non-Party only for the purpose of application of that amendment.</p> <p>5 Any notification under this Article shall be made in writing to the Secretary-General.</p> <p>6 The Secretary-General shall inform the Parties and Members of the Organization of:</p> <p>.1 any amendment that enters into force and the date of its entry into force generally and for each Party; and</p> <p>.2 any notification made under this Article.</p> | <p>.6.3 Une Partie qui a notifié une objection en vertu de l'alinéa .6.2.1 peut par la suite notifier au Secrétaire général qu'elle accepte l'amendement. Cet amendement entre en vigueur à l'égard de cette Partie six mois après la date de la notification de son acceptation, ou la date d'entrée en vigueur de l'amendement, si cette dernière date est postérieure.</p> <p>.6.4 Si une Partie qui a adressé une notification visée à l'alinéa .6.2.2 notifie au Secrétaire général qu'elle accepte un amendement, cet amendement entre en vigueur à l'égard de cette Partie six mois après la date de la notification de son acceptation, ou la date d'entrée en vigueur de l'amendement, si cette dernière date est postérieure.</p> <p>3 Amendement par une conférence:</p> <p>.1 À la demande d'une Partie, appuyée par un tiers au moins des Parties, l'Organisation convoque une conférence des Parties pour examiner des amendements à la présente Convention.</p> <p>.2 Un amendement adopté par cette conférence à la majorité des deux tiers des Parties présentes et votantes est communiqué par le Secrétaire général à toutes les Parties pour acceptation.</p> <p>.3 À moins que la Conférence n'en décide autrement, l'amendement est réputé avoir été accepté et entre en vigueur conformément aux procédures décrites aux paragraphes 2.5 et 2.6 respectivement.</p> <p>4 Toute Partie qui n'a pas accepté un amendement à l'Annexe est considérée comme non Partie aux seules fins de l'application de cet amendement.</p> <p>5 Toute notification en vertu du présent article doit être adressée par écrit au Secrétaire général.</p> <p>6 Le Secrétaire général informe les Parties et les Membres de l'Organisation de:</p> <p>.1 tout amendement qui entre en vigueur et de la date de son entrée en vigueur en général et à l'égard de chaque Partie; et</p> <p>.2 toute notification faite en vertu du présent article.</p> | <p>.6.3 Eine Vertragspartei, die nach Absatz 2.6.2.1 einen Einspruch notifiziert hat, kann dem Generalsekretär später notifizieren, dass sie die Änderung annimmt. Die Änderung tritt für diese Vertragspartei sechs Monate nach dem Tag der Notifikation der Annahme durch die Vertragspartei oder an dem Tag in Kraft, an dem die Änderung in Kraft tritt, je nachdem, welcher Zeitpunkt der spätere ist.</p> <p>.6.4 Notifiziert eine Vertragspartei, die eine Notifikation nach Absatz 2.6.2.2 abgegeben hat, dem Generalsekretär ihre Annahme der Änderung, so tritt die betreffende Änderung für diese Vertragspartei sechs Monate nach dem Tag der Notifikation der Annahme durch die Vertragspartei oder an dem Tag in Kraft, an dem die Änderung in Kraft tritt, je nachdem, welcher Zeitpunkt der spätere ist.</p> <p>3 Änderung durch eine Konferenz:</p> <p>.1 Auf Antrag einer Vertragspartei, der von mindestens einem Drittel der Vertragsparteien unterstützt sein muss, beruft die Organisation eine Konferenz der Vertragsparteien zur Prüfung von Änderungen dieses Übereinkommens ein.</p> <p>.2 Eine von einer solchen Konferenz mit Zweidrittelmehrheit der anwesenden und abstimmenden Vertragsparteien beschlossene Änderung wird vom Generalsekretär allen Vertragsparteien zur Annahme zugeleitet.</p> <p>.3 Sofern die Konferenz nichts anderes beschließt, gilt die Änderung nach dem Verfahren in Absatz 2.5 als angenommen und tritt nach dem Verfahren in Absatz 2.6 in Kraft.</p> <p>4 Eine Vertragspartei, die eine Änderung der Anlage nicht angenommen hat, gilt lediglich für den Zweck der Anwendung dieser Änderung als Nichtvertragspartei.</p> <p>5 Jede Notifikation nach diesem Artikel hat in schriftlicher Form an den Generalsekretär zu erfolgen.</p> <p>6 Der Generalsekretär unterrichtet die Vertragsparteien und die Mitglieder der Organisation</p> <p>.1 über jede Änderung, die in Kraft tritt, und den Tag ihres Inkrafttretens allgemein und für jede einzelne Vertragspartei;</p> <p>.2 über jede nach diesem Artikel erfolgte Notifikation.</p> |
|---|--|--|

Article 19
Denunciation

- 1 This Convention may be denounced by any Party at any time after the expiry of two years from the date on which this Convention enters into force for that Party.

Article 19
Dénonciation

- 1 La présente Convention peut être dénoncée par l'une quelconque des Parties à tout moment après l'expiration d'une période de deux ans à compter de la date à laquelle elle entre en vigueur à l'égard de cette Partie.

Artikel 19
Kündigung

- 1 Dieses Übereinkommen kann von jeder Vertragspartei jederzeit nach Ablauf von zwei Jahren nach dem Tag des Inkrafttretens des Übereinkommens für die betreffende Vertragspartei gekündigt werden.

2 Denunciation shall be effected by written notification to the Secretary-General, to take effect one year after receipt or such longer period as may be specified in that notification.

2 La dénonciation s'effectue par notification écrite au Secrétaire général et prend effet un an après la date à laquelle le dépositaire a reçu la notification ou à l'expiration de toute autre période plus longue spécifiée dans cette notification.

2 Die Kündigung erfolgt durch schriftliche Notifikation an den Generalsekretär und wird ein Jahr nach Eingang der Notifikation oder nach Ablauf eines gegebenenfalls in der Notifikation angegebenen längeren Zeitabschnitts wirksam.

Article 20
Depositary

1 This Convention shall be deposited with the Secretary-General, who shall transmit certified copies of this Convention to all States which have signed this Convention or acceded thereto.

2 In addition to the functions specified elsewhere in this Convention, the Secretary-General shall:

- .1 inform all States that have signed this Convention, or acceded thereto, of:
 - .1.1 each new signature or deposit of an instrument of ratification, acceptance, approval or accession, together with the date thereof;
 - .1.2 the date of entry into force of this Convention;
 - .1.3 the deposit of any instrument of denunciation from this Convention, together with the date on which it was received and the date on which the denunciation takes effect; and
 - .1.4 other declarations and notifications received pursuant to this Convention; and
- .2 as soon as this Convention enters into force, transmit the text thereof to the Secretariat of the United Nations, for registration and publication in accordance with Article 102 of the Charter of the United Nations.

Article 21
Languages

This Convention is established in a single original in the Arabic, Chinese, English, French, Russian and Spanish languages, each text being equally authentic.

Done at Hong Kong, China, this fifteenth day of May, two thousand and nine.

In witness whereof the undersigned, being duly authorized by their respective Governments for that purpose, have signed this Convention.

Article 20
Dépositaire

1 La présente Convention est déposée auprès du Secrétaire général, qui en adresse des copies certifiées conformes à tous les États qui l'ont signée ou qui y ont adhéré.

2 Outre les fonctions spécifiées dans d'autres dispositions de la présente Convention, le Secrétaire général:

- .1 informe tous les États qui ont signé la présente Convention ou qui y ont adhéré:
 - .1.1 de toute nouvelle signature ou de tout dépôt d'un nouvel instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion, ainsi que de leur date;
 - .1.2 de la date d'entrée en vigueur de la présente Convention;
 - .1.3 du dépôt de tout instrument de dénonciation de la présente Convention, ainsi que de la date à laquelle ce dépôt est intervenu et de la date à laquelle la dénonciation prend effet; et
 - .1.4 des autres déclarations et notifications reçues en application de la présente Convention; et
- .2 dès l'entrée en vigueur de la présente Convention, en transmet le texte au Secrétariat de l'Organisation des Nations Unies en vue de son enregistrement et de sa publication conformément à l'Article 102 de la Charte des Nations Unies.

Article 21
Langues

La présente Convention est établie en un seul exemplaire original en langues anglaise, arabe, chinoise, espagnole, française et russe, tous les textes faisant également foi.

Fait à Hong Kong, Chine, ce quinze mai deux mille neuf.

En foi de quoi les soussignés, dûment autorisés à cet effet par leurs gouvernements respectifs, ont apposé leur signature à la présente Convention.

Artikel 20
Verwahrer

1 Dieses Übereinkommen wird beim Generalsekretär hinterlegt; dieser übermittelt allen Staaten, die es unterzeichnet haben oder ihm beigetreten sind, beglaubigte Abschriften.

2 Neben seinen Aufgaben, die an anderer Stelle in diesem Übereinkommen ausgeführt sind, wird der Generalsekretär wie folgt tätig:

- .1 Er unterrichtet alle Staaten, die dieses Übereinkommen unterzeichnet haben oder ihm beigetreten sind, über
 - .1.1 jede neue Unterzeichnung oder Hinterlegung einer Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde unter Angabe des jeweiligen Zeitpunkts;
 - .1.2 den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Übereinkommens;
 - .1.3 die Hinterlegung jeder Kündigungsurkunde zu diesem Übereinkommen unter Angabe des Zeitpunkts ihres Eingangs und des Zeitpunkts, zu dem die Kündigung wirksam wird;
 - .1.4 weitere Erklärungen und Mitteilungen, die nach diesem Übereinkommen eingegangen sind;
- .2 er übermittelt, sobald dieses Übereinkommen in Kraft getreten ist, dessen Wortlaut an das Sekretariat der Vereinten Nationen zur Registrierung und Veröffentlichung nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen.

Artikel 21
Sprachen

Dieses Übereinkommen ist in einer Urschrift in arabischer, chinesischer, englischer, französischer, russischer und spanischer Sprache abgefasst, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Geschehen zu Hongkong, China, am 15. Mai 2009.

Zu Urkund dessen haben die hierzu von ihren Regierungen gehörig befugten Unterzeichneten dieses Übereinkommen unterschrieben.

Annex Regulations for Safe and Environmentally Sound Recycling of Ships	Annexe Règles relatives au recyclage sûr et écologiquement rationnel des navires	Anlage Regeln für das sichere und umweltgerechte Recycling von Schiffen
Chapter 1 General Provisions	Chapitre 1 Dispositions Générales	Kapitel 1 Allgemeine Bestimmungen
Regulation 1 Definitions	Règle 1 Définitions	Regel 1 Begriffsbestimmungen
For the purposes of this Annex:	Aux fins de la présente Annexe:	Im Sinne dieser Anlage haben die nachstehenden Ausdrücke folgende Bedeutung:
1 “Competent person” means a person with suitable qualifications, training, and sufficient knowledge, experience and skill, for the performance of the specific work. Specifically, a Competent person may be a trained worker or a managerial employee capable of recognizing and evaluating occupational hazards, risks, and employee exposure to potentially Hazardous Materials or unsafe conditions in a Ship Recycling Facility, and who is capable of specifying the necessary protection and precautions to be taken to eliminate or reduce those hazards, risks, or exposures. The Competent Authority may define appropriate criteria for the designation of such persons and may determine the duties to be assigned to them.	1 «Personne compétente» désigne une personne dotée de qualifications appropriées, d’une formation et de connaissances, d’une expérience et d’aptitudes suffisantes pour accomplir les tâches spécifiques. Plus précisément, une personne compétente peut être un travailleur qualifié ou un préposé aux fonctions de gestion qui est à même de reconnaître et d’évaluer les risques d’accident du travail, les dangers et l’exposition des employés à des matières potentiellement dangereuses ou des conditions peu sûres dans une installation de recyclage de navires et qui est capable d’indiquer les mesures de protection et les précautions nécessaires à prendre pour éliminer ou réduire ces risques, dangers ou situations. L’Autorité compétente peut définir des critères appropriés permettant de désigner ces personnes et peut déterminer les tâches à leur confier.	1 Der Ausdruck „fachkundige Person“ bezeichnet eine Person, die über die geeignete Qualifikation und Ausbildung sowie über ausreichende Kenntnisse, Erfahrung und Fähigkeiten für die Ausführung einer bestimmten Arbeit verfügt. Bei einer fachkundigen Person kann es sich insbesondere um einen Facharbeiter oder um einen leitenden Angestellten handeln, der in der Lage ist, Berufsrisiken, Gefahren und den Kontakt der Beschäftigten mit möglicherweise gefährlichen Materialien sowie das Arbeiten unter mangelhaften Sicherheitsbedingungen in einer Abwrackeinrichtung zu erkennen und einzuschätzen, und der in der Lage ist, die notwendigen Schutzmaßnahmen und Sicherheitsvorkehrungen zu nennen, die ergriffen werden müssen, um diese Risiken, Gefahren oder Zustände zu beseitigen oder zu verringern. Die zuständige Behörde kann geeignete Kriterien für die Benennung solcher Personen festlegen und bestimmen, welche Aufgaben diesen Personen übertragen werden.
2 “Employer” means a natural or legal person that employs one or more workers engaged in Ship Recycling.	2 «Employeur» désigne une personne physique ou morale qui emploie un ou plusieurs travailleurs participant à des activités de recyclage des navires.	2 Der Ausdruck „Arbeitgeber“ bezeichnet eine natürliche oder juristische Person, die einen oder mehrere Arbeiter beschäftigt, die beim Recycling von Schiffen eingesetzt werden.
3 “Existing ship” means a ship which is not a new ship.	3 «Navire existant» désigne un navire qui n’est pas un navire neuf.	3 Der Ausdruck „vorhandenes Schiff“ bezeichnet ein Schiff, das kein neues Schiff ist.
4 “New ship” means a ship:	4 «Navire neuf» désigne un navire:	4 Der Ausdruck „neues Schiff“ bezeichnet ein Schiff,
.1 for which the building contract is placed on or after the entry into force of this Convention; or	.1 dont le contrat de construction est passé à la date d’entrée en vigueur de la Convention ou après cette date; ou	.1 für das der Bauvertrag am oder nach dem Tag des Inkrafttretens dieses Übereinkommens geschlossen wird;
.2 in the absence of a building contract, the keel of which is laid or which is at a similar stage of construction on or after six months after the entry into force of this Convention; or	.2 en l’absence d’un contrat de construction, dont la quille est posée ou dont la construction se trouve à un stade équivalent à la date d’entrée en vigueur de la présente Convention ou six mois après cette date; ou	.2 falls kein Bauvertrag vorliegt, dessen Kiel am Tag des Inkrafttretens dieses Übereinkommens oder in den sechs Monaten danach gelegt wird oder das sich dann in einem entsprechenden Bauzustand befindet oder
.3 the delivery of which is on or after 30 months after the entry into force of this Convention.	.3 dont la livraison s’effectue à la date d’entrée en vigueur de la présente Convention ou 30 mois après cette date.	.3 das am Tag des Inkrafttretens dieses Übereinkommens oder in den 30 Monaten danach abgeliefert wird.
5 “New installation” means the installation of systems, equipment, insulation, or other material on a ship after the date on which this Convention enters into force.	5 «Installation nouvelle» désigne l’installation de systèmes, d’équipement, d’isolant ou autre matière ou matériau à bord d’un navire après la date à laquelle la Convention entre en vigueur.	5 Der Ausdruck „Neueinbau“ bezeichnet den Einbau von Systemen, Ausrüstungsgegenständen und Isoliermaterial oder sonstiger Werkstoffe auf einem Schiff nach dem Tag des Inkrafttretens dieses Übereinkommens.

6 “Safe-for-entry” means a space that meets the following criteria:

- .1 the oxygen content of the atmosphere and the concentration of flammable vapours are within safe limits;
- .2 any toxic materials in the atmosphere are within permissible concentrations; and
- .3 any residues or materials associated with the work authorized by the Competent person will not produce uncontrolled release of toxic materials or an unsafe concentration of flammable vapours under existing atmospheric conditions while maintained as directed.

7 Safe-for-hot work means a space that meets the following criteria:

- .1 a safe, non-explosive condition, including gas-free status, exists for the use of electric arc or gas welding equipment, cutting or burning equipment or other forms of naked flame, as well as heating, grinding, or spark generating operations;
- .2 Safe-for-entry requirements of regulation 1.6 are met;
- .3 existing atmospheric conditions will not change as a result of the hot work; and
- .4 all adjacent spaces have been cleaned, or inerted, or treated sufficiently to prevent the start or spread of fire.

8 “Shipowner” means the person or persons or company registered as the owner of the ship or, in the absence of registration, the person or persons or company owning the ship or any other organization or person such as the manager, or the bareboat charterer, who has assumed the responsibility for operation of the ship from the owner of the ship. However, in the case of a ship owned by a State and operated by a company which in that State is registered as the ship’s operator, “owner” shall mean such company. This term also includes those who have ownership of the ship for a limited period pending its sale or handing over to a Ship Recycling Facility.

9 “Site inspection” means an inspection of the Ship Recycling Facility confirming the condition described by the verified docu-

6 «Conditions de sécurité en vue de l’entrée dans un espace» désignent les conditions que remplit un espace qui satisfait aux critères ci-après:

- .1 la teneur en oxygène de l’atmosphère et la concentration des vapeurs inflammables restent dans les limites de sécurité;
- .2 la concentration de matières toxiques dans l’atmosphère ne dépasse pas les limites admissibles; et
- .3 les résidus ou matières associés au travail autorisé par la personne compétente n’entraînent pas de dégagement incontrôlé de matières toxiques ni une concentration dangereuse de vapeurs inflammables dans l’atmosphère existante, dont la condition est maintenue conformément aux instructions.

7 «Conditions de sécurité en vue du travail à chaud» désignent les conditions que remplit un espace qui satisfait aux critères ci-après:

- .1 il y existe des conditions sûres, qui ne présentent pas de risque d’explosion, y compris des conditions exemptes de gaz, pour l’utilisation d’une soudeuse à l’arc électrique ou au gaz, d’un outil de découpage ou d’un brûleur au chalumeau ou d’autres formes de flamme nue, de même que pour les opérations de chauffe, de meulage ou génératrices d’étincelles;
- .2 les conditions de sécurité en vue de l’entrée dans un espace énoncées à la règle 1.6 sont réunies;
- .3 l’atmosphère existante ne changera pas par suite du travail à chaud; et
- .4 tous les espaces adjacents ont été nettoyés ou rendus inertes ou suffisamment traités pour éviter qu’un incendie ne se déclare ou ne se propage.

8 «Propriétaire du navire» désigne la personne ou les personnes ou la compagnie au nom de laquelle ou desquelles le navire est immatriculé ou, à défaut d’immatriculation, la personne ou les personnes ou la compagnie dont le navire est la propriété ou tout autre organisme ou personne, tel que l’armateur-gérant ou l’affréteur coque nue, auquel le propriétaire du navire a confié la responsabilité de l’exploitation du navire. Toutefois, dans le cas d’un navire appartenant à un État et exploité par une compagnie qui, dans cet État, est enregistrée comme étant l’exploitant du navire, le terme «propriétaire» désigne cette compagnie. Cette expression comprend également les acheteurs qui sont propriétaires du navire pour une période de temps limitée en attendant sa vente ou sa remise à une installation de recyclage de navires.

9 «Inspection sur place» désigne l’inspection de l’installation de recyclage des navires visant à confirmer l’état décrit par la

6 Der Ausdruck „sicher zum Begehen“ bezeichnet einen Bereich, der die folgenden Kriterien erfüllt:

- .1 Der Sauerstoffgehalt der Luft und die Konzentration entzündlicher Dämpfe liegen im sicheren Bereich;
- .2 die giftigen Materialien in der Luft befinden sich innerhalb der zulässigen Konzentrationen;
- .3 die Rückstände oder Materialien, die mit den von der fachkundigen Person genehmigten Arbeiten zusammenhängen, führen nicht zu einer unkontrollierten Freisetzung giftiger Materialien oder einer gefährlichen Konzentration entzündlicher Dämpfe unter den herrschenden Luftverhältnissen, solange diese wie angewiesen bewahrt werden.

7 Der Ausdruck „sicher für feuergefährliche Arbeiten“ bezeichnet einen Bereich, der die folgenden Kriterien erfüllt:

- .1 Es handelt sich um ein sicheres, nicht explosionsfähiges sowie nachweislich gasfreies Umfeld, in dem Lichtbogen- oder Gasschweißgeräte, Schneid- und Brenngeräte oder andere Geräte, bei denen offene Flammen zum Einsatz kommen, verwendet und Erhitzungs-, Trenn- oder sonstige Arbeiten durchgeführt werden können, die Funkenflug verursachen;
- .2 die Voraussetzungen der Regel 1.6 für ein sicheres Begehen sind erfüllt;
- .3 die herrschenden Luftverhältnisse werden nicht aufgrund der feuergefährlichen Arbeiten verändert;
- .4 alle angrenzenden Bereiche wurden gereinigt, inertisiert oder so behandelt, dass das Entstehen oder Ausweiten eines Brandes verhindert wird.

8 Der Ausdruck „Schiffseigentümer“ bezeichnet die Person oder Personen oder das Unternehmen, in deren Namen das Schiff in das Schiffsregister eingetragen ist, oder, wenn keine Eintragung vorliegt, die Person oder Personen oder das Unternehmen, denen das Schiff gehört, oder eine sonstige Organisation oder Person, wie zum Beispiel den Geschäftsführer oder den Bareboat-Charterer, die vom Eigentümer des Schiffes die Verantwortung für den Betrieb des Schiffes übernommen hat. Jedoch bedeutet „Eigentümer“ in Fällen, in denen das Schiff einem Staat gehört und von einem Unternehmen betrieben wird, das in dem betreffenden Staat als Betreiber des Schiffes eingetragen ist, dieses Unternehmen. Dieser Ausdruck schließt auch diejenigen ein, die für einen begrenzten Zeitabschnitt Eigentümer des Schiffes sind, bevor dieses verkauft oder einer Abwrackeinrichtung übergeben wird.

9 Der Ausdruck „Vor-Ort-Kontrolle“ bezeichnet eine Überprüfung der Abwrackeinrichtung zur Bestätigung des in den

mentation.

10 “Statement of Completion” means a confirmatory statement issued by the Ship Recycling Facility that the Ship Recycling has been completed in accordance with this Convention.

11 “Tanker” means an oil tanker as defined in MARPOL Annex I or an NLS tanker as defined in MARPOL Annex II.

12 “Worker” means any person who performs work, either regularly or temporarily, in the context of an employment relationship including contractor personnel.

Regulation 2

General applicability

Unless expressly provided otherwise, the design, construction, survey, certification, operation and recycling of ships shall be conducted in accordance with the provisions of this Annex.

Regulation 3

Relationship with other standards, recommendations and guidance

Parties shall take measures to implement the requirements of the regulations of this Annex, taking into account relevant and applicable standards, recommendations and guidance developed by the International Labour Organization and the relevant and applicable technical standards, recommendations and guidance developed under the Basel Convention on the Control of Transboundary Movements of Hazardous Wastes and their Disposal.

Chapter 2

Requirements for Ships

Part A

Design, construction, operation and maintenance of ships

Regulation 4

Controls of ships' Hazardous Materials

In accordance with the requirements specified in Appendix 1 to this Convention each Party:

- .1 shall prohibit and/or restrict the installation or use of Hazardous Materials listed in Appendix 1 on ships entitled to fly its flag or operating under its authority; and

documentation vérifiée.

10 «Avis d'achèvement» désigne une déclaration délivrée par l'installation de recyclage des navires pour confirmer que le recyclage du navire a été achevé conformément à la présente Convention.

11 «Navire-citerne» désigne un pétrolier tel que défini dans l'Annexe I de MARPOL ou un navire-citerne NLS tel que défini dans l'Annexe II de MARPOL.

12 «Travailleur» désigne toute personne qui s'acquitte de tâches, sur une base régulière ou temporaire, dans le cadre de relations de travail, y compris les sous-traitants.

Règle 2

Applicabilité générale

Sauf disposition expresse contraire, la conception, la construction, les visites, la délivrance des certificats, l'exploitation et le recyclage des navires doivent être effectués conformément aux dispositions de la présente Annexe.

Règle 3

Rapport avec d'autres normes, recommandations et orientations

Les Parties prennent des mesures pour appliquer les dispositions des règles de la présente Annexe, en tenant compte des normes, recommandations et orientations pertinentes et applicables élaborées par l'Organisation internationale du Travail et des normes, recommandations et orientations pertinentes et applicables mises au point dans le cadre de la Convention de Bâle sur le contrôle des mouvements transfrontières de déchets dangereux et de leur élimination.

Chapitre 2

Prescriptions applicables aux navires

Partie A

Conception, construction, exploitation et entretien des navires

Règle 4

Réglementation des matières potentiellement dangereuses à bord des navires

Conformément aux dispositions prescrites à l'appendice 1 de la présente Convention, chaque Partie:

- .1 interdit et/ou limite l'installation ou l'utilisation des matières potentiellement dangereuses énumérées dans l'appendice 1 à bord des navires autorisés à battre son pavillon ou exploités sous son autorité; et

geprüften Unterlagen beschriebenen Zustands.

10 Der Ausdruck „Erklärung über den Abschluss der Arbeiten“ bezeichnet eine von der Abwrackeinrichtung abgegebene Erklärung, mit der bestätigt wird, dass das Recycling des Schiffes in Übereinstimmung mit diesem Übereinkommen abgeschlossen wurde.

11 Der Ausdruck „Tankschiff“ bezeichnet ein Öltankschiff im Sinne der Anlage I von MARPOL oder ein NLS-Tankschiff im Sinne der Anlage II von MARPOL.

12 Der Ausdruck „Arbeiter“ bezeichnet eine Person, die im Rahmen eines Arbeitsverhältnisses regelmäßig oder vorübergehend Arbeiten ausführt und schließt Personal von Subunternehmern ein.

Regel 2

Allgemeine Anwendbarkeit

Sofern nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist, dürfen der Entwurf, der Bau, die Besichtigung, die Zeugniserteilung, der Betrieb und das Recycling von Schiffen nur nach Maßgabe dieser Anlage erfolgen.

Regel 3

Verhältnis zu anderen Normen, Empfehlungen und Richtlinien

Die Vertragsparteien ergreifen Maßnahmen zur Durchführung der Regeln dieser Anlage, wobei die einschlägigen und geltenden Normen, Empfehlungen und Richtlinien, die von der Internationalen Arbeitsorganisation entwickelt wurden, und die einschlägigen und geltenden technischen Normen, Empfehlungen und Richtlinien, die im Rahmen des Basler Übereinkommens über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle und ihrer Entsorgung entwickelt wurden, zu berücksichtigen sind.

Kapitel 2

Anforderungen für Schiffe

Teil A

Entwurf, Bau, Betrieb und Instandhaltung von Schiffen

Regel 4

Beschränkung der gefährlichen Materialien an Bord von Schiffen

Nach Maßgabe der in Anhang 1 enthaltenen Vorschriften verbietet und/oder beschränkt jede Vertragspartei

- .1 den Einbau oder die Verwendung der in Anhang 1 aufgeführten gefährlichen Materialien auf Schiffen, die zum Führen ihrer Flagge berechtigt sind oder unter ihrer Hoheitsgewalt betrieben werden;

- .2 shall prohibit and/or restrict the installation or use of such materials on ships, whilst in its ports, shipyards, ship repair yards, or offshore terminals,

and shall take effective measures to ensure that such ships comply with those requirements.

Regulation 5
Inventory of
Hazardous Materials

1 Each new ship shall have on board an Inventory of Hazardous Materials. The Inventory shall be verified either by the Administration or by any person or organization authorized by it taking into account guidelines, including any threshold values and exemptions contained in those guidelines, developed by the Organization. The Inventory of Hazardous Materials shall be specific to each ship and shall at least:

- .1 identify as Part I, Hazardous Materials listed in Appendices 1 and 2 to this Convention and contained in ship's structure or equipment, their location and approximate quantities; and

- .2 clarify that the ship complies with regulation 4.

2 Existing ships shall comply as far as practicable with paragraph 1 not later than 5 years after the entry into force of this Convention, or before going for recycling if this is earlier, taking into account the guidelines developed by the Organization and the Organization's Harmonized System of Survey and Certification. The Hazardous Materials listed in Appendix 1, at least, shall be identified when the Inventory is developed. For existing ships a plan shall be prepared describing the visual/sampling check by which the Inventory of Hazardous Materials is developed, taking into account the guidelines developed by the Organization.

3 Part I of the Inventory of Hazardous Materials shall be properly maintained and updated throughout the operational life of the ship, reflecting new installations containing Hazardous Materials listed in Appendix 2 and relevant changes in ship structure and equipment, taking into account the guidelines developed by the Organization.

4 Prior to recycling the Inventory shall, in addition to the properly maintained and updated Part I, incorporate Part II for operationally generated wastes and Part III for stores, and be verified either by the Administration or by any person or organization

- .2 interdit et/ou limite l'installation ou l'utilisation de ces matières à bord des navires se trouvant dans ses ports, chantiers navals, chantiers de réparation ou terminaux au large,

et prend des mesures efficaces pour veiller à ce que lesdits navires satisfassent à ces prescriptions.

Règle 5
Inventaire des
matières potentiellement dangereuses

1 Chaque navire neuf doit avoir à bord un Inventaire des matières potentiellement dangereuses. L'Inventaire est vérifié soit par l'Administration, soit par toute personne ou organisme autorisé par elle, compte tenu des directives, y compris toutes les valeurs de seuil et les exemptions mentionnées dans ces directives, élaborées par l'Organisation. L'Inventaire est propre à chaque navire et ses caractéristiques minimales sont les suivantes:

- .1 il recense, dans la Partie I, les matières potentiellement dangereuses qui sont énumérées dans les appendices 1 et 2 de la présente Convention et sont présentes dans la structure et l'équipement du navire, leur emplacement et leurs quantités approximatives; et

- .2 il précise que le navire satisfait aux dispositions de la règle 4.

2 Les navires existants doivent satisfaire autant que possible aux dispositions du paragraphe 1 au plus tard cinq ans après l'entrée en vigueur de la présente Convention, ou avant d'être recyclés si cette date est plus rapprochée, compte tenu des directives élaborées par l'Organisation et du système harmonisé de visites et de délivrance des certificats de l'Organisation. Les matières potentiellement dangereuses énumérées dans l'appendice 1, au minimum, doivent être identifiées lors de l'établissement de l'Inventaire. Dans le cas des navires existants, il est établi un plan décrivant la vérification visuelle/par prélèvement d'échantillons sur la base de laquelle a été établi l'Inventaire des matières potentiellement dangereuses, compte tenu des directives élaborées par l'Organisation.

3 La Partie I de l'Inventaire des matières potentiellement dangereuses doit être correctement tenue et mise à jour pendant toute la vie opérationnelle du navire afin de rendre compte des installations nouvelles contenant des matières potentiellement dangereuses énumérées dans l'appendice 2 et des modifications pertinentes apportées à la structure et à l'équipement du navire, compte tenu des directives élaborées par l'Organisation.

4 Avant le recyclage, l'Inventaire doit, en plus de la Partie I correctement tenue et mise à jour, incorporer une Partie II pour les déchets d'exploitation et une Partie III pour les provisions de bord et doit être vérifié soit par l'Administration soit par la personne ou

- .2 den Einbau oder die Verwendung solcher Materialien auf Schiffen während des Aufenthalts in ihren Häfen, Werften, Reparaturwerften oder Offshore-Umschlagplätzen

und ergreift wirksame Maßnahmen, um sicherzustellen, dass diese Schiffe die betreffenden Vorschriften einhalten.

Regel 5
Bestandsverzeichnis
der gefährlichen Materialien

1 Jedes neue Schiff muss ein Bestandsverzeichnis der gefährlichen Materialien an Bord mitführen. Das Bestandsverzeichnis wird entweder von der Verwaltung oder von einer von ihr ermächtigten Person oder Stelle geprüft, wobei die von der Organisation ausgearbeiteten Richtlinien, einschließlich der in diesen Richtlinien enthaltenen Grenzwerte und Ausnahmen, zu berücksichtigen sind. Das Bestandsverzeichnis der gefährlichen Materialien wird für jedes Schiff gesondert erstellt und muss mindestens Folgendes aufweisen:

- .1 als Teil I müssen die in den Anhängen 1 und 2 aufgeführten gefährlichen Materialien im Schiffskörper und in der Ausrüstung, ihr Standort und ihre ungefähre Menge angegeben sein;

- .2 aus ihr muss klar hervorgehen, dass das Schiff Regel 4 einhält.

2 Vorhandene Schiffe müssen, soweit praktisch durchführbar, spätestens 5 Jahre nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens oder vor dem Recycling, sofern dies der frühere Zeitpunkt ist, Absatz 1 einhalten, wobei die von der Organisation ausgearbeiteten Richtlinien und das von ihr entwickelte Einheitliche System der Besichtigung und Zeugniserteilung zu berücksichtigen sind. Bei der Erstellung des Bestandsverzeichnisses sind mindestens die in Anhang 1 aufgeführten gefährlichen Materialien anzugeben. Für vorhandene Schiffe ist ein Plan anzufertigen, in dem die Sichtkontrollen/Stichprobenkontrollen beschrieben sind, auf deren Grundlage das Bestandsverzeichnis der gefährlichen Materialien unter Berücksichtigung der von der Organisation ausgearbeiteten Richtlinien erstellt wird.

3 Teil I des Bestandsverzeichnisses der gefährlichen Materialien wird während der gesamten Betriebsdauer des Schiffes ordnungsgemäß geführt und aktualisiert, wobei neue Einbauten, die in Anhang 2 aufgeführten gefährlichen Materialien enthalten, und entsprechende Änderungen am Schiffskörper und bei der Ausrüstung unter Berücksichtigung der von der Organisation ausgearbeiteten Richtlinien zu vermerken sind.

4 Vor dem Recycling wird das Bestandsverzeichnis zusätzlich zu dem ordnungsgemäß geführten und aktualisierten Teil I um einen Teil II für Betriebsabfälle und einen Teil III für Vorräte ergänzt und entweder von der Verwaltung oder von einer von ihr er-

authorized by it, taking into account the guidelines developed by the Organization.

l'organisme autorisé par elle, compte tenu des directives élaborées par l'Organisation.

mächtigen Person oder Stelle unter Berücksichtigung der von der Organisation ausgearbeiteten Richtlinien geprüft.

Regulation 6

Procedure for proposing amendments to Appendices 1 and 2

1 Any Party may propose an amendment to Appendix 1 and/or Appendix 2 in accordance with this regulation. The proposed amendment shall be considered within the Organization under Article 18 paragraph 2 and this regulation.

2 When the Organization receives a proposal, it shall also bring the proposal to the attention of the United Nations and its Specialized Agencies, intergovernmental organizations having agreements with the Organization and non-governmental organizations in consultative status with the Organization and shall make it available to them.

3 The Committee shall establish a technical group in accordance with regulation 7 to review proposals submitted in accordance with paragraph 1 of this regulation.

4 The technical group shall review the proposal along with any additional data, including decisions adopted by other international bodies regarding their lists of materials or hazardous substances, submitted by any interested entity, and shall evaluate and report to the Committee whether the Hazardous Material in question is likely, in the context of this Convention, to lead to significant adverse effects on human health or the environment such that the amendment of Appendix 1 or Appendix 2 is warranted. In this regard:

.1 The technical group's review shall include:

.1 an evaluation of the association between the Hazardous Material in question and the likelihood, in the context of this Convention, that it will lead to significant adverse effects on human health or the environment based on the submitted data or other relevant data brought to the attention of the group;

.2 an evaluation of the potential risk reduction attributable to the proposed control measures and any other control measures that may be considered by the technical group;

.3 consideration of available information on the technical feasibility of control measures;

Règle 6

Procédure à suivre pour proposer des amendements aux appendices 1 et 2

1 Toute Partie peut proposer de modifier l'appendice 1 et/ou l'appendice 2 conformément aux dispositions de la présente règle. La modification proposée est examinée au sein de l'Organisation en vertu de l'article 18.2 et de la présente règle.

2 Lorsque l'Organisation est saisie d'une proposition, elle la porte également à la connaissance de l'Organisation des Nations Unies et de ses institutions spécialisées, des organisations intergouvernementales ayant conclu des accords avec l'Organisation et des organisations non gouvernementales bénéficiant du statut consultatif auprès de l'Organisation et la met à leur disposition.

3 Le Comité charge un groupe technique constitué conformément à la règle 7 d'examiner les propositions soumises en vertu du paragraphe 1 de la présente règle.

4 Le groupe technique examine la proposition, ainsi que les données complémentaires, y compris les décisions adoptées par d'autres organisations internationales au sujet de leurs listes de matières ou de substances potentiellement dangereuses, qui pourraient être soumises par une entité intéressée, détermine s'il est prouvé que la matière potentiellement dangereuse en question est susceptible, dans le contexte de la présente Convention, d'avoir des effets dommageables significatifs sur la santé de l'homme ou l'environnement au point qu'il est justifié de modifier l'appendice 1 ou l'appendice 2 et fait rapport au Comité. À cet égard:

.1 l'examen effectué par le groupe technique doit comprendre:

.1 l'évaluation de la corrélation entre la matière potentiellement dangereuse en question et la probabilité, dans le contexte de la présente Convention, qu'elle ait des effets dommageables significatifs sur la santé de l'homme ou l'environnement, sur la base des données soumises ou de toute autre donnée portée à la connaissance du groupe;

.2 l'évaluation de la réduction du risque potentiel imputable aux mesures de contrôle proposées et à toute autre mesure de contrôle pouvant être envisagée par le groupe technique;

.3 l'examen des informations disponibles sur les possibilités techniques d'application des mesures de contrôle;

Regel 6

Verfahren für Vorschläge zur Änderung der Anhänge 1 und 2

1 Jede Vertragspartei kann nach Maßgabe dieser Regel eine Änderung des Anhangs 1 und/oder des Anhangs 2 vorschlagen. Die vorgeschlagene Änderung wird innerhalb der Organisation nach Artikel 18 Absatz 2 und dieser Regel geprüft.

2 Geht bei der Organisation ein Vorschlag ein, so unterrichtet sie auch die Vereinten Nationen und ihre Sonderorganisationen, die zwischenstaatlichen Organisationen, die mit der Organisation Abkommen geschlossen haben, sowie die nichtstaatlichen Organisationen mit Beraterstatus bei der Organisation über diesen Vorschlag und macht ihn diesen Stellen zugänglich.

3 Der Ausschuss richtet für die Überprüfung der nach Absatz 1 eingereichten Vorschläge eine Facharbeitsgruppe nach Regel 7 ein.

4 Die Facharbeitsgruppe überprüft den Vorschlag sowie die von einer betroffenen Stelle gegebenenfalls vorgelegten zusätzlichen Daten, einschließlich der von anderen internationalen Gremien angenommenen Beschlüsse betreffend deren Listen der Materialien oder der gefährlichen Stoffe, bewertet den Vorschlag und berichtet dem Ausschuss, ob das betreffende gefährliche Material im Zusammenhang mit diesem Übereinkommen voraussichtlich zu schwerwiegenden nachteiligen Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit oder die Umwelt führen wird, so dass die Änderung des Anhangs 1 oder 2 gerechtfertigt ist. Diesbezüglich

.1 beinhaltet die Überprüfung durch die Facharbeitsgruppe

.1 eine auf die vorgelegten Daten oder andere der Gruppe zur Kenntnis gebrachten einschlägigen Daten gestützte Bewertung des Zusammenhangs zwischen dem betreffenden gefährlichen Material und der Wahrscheinlichkeit, dass es im Zusammenhang mit diesem Übereinkommen zu schwerwiegenden nachteiligen Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit oder die Umwelt führen wird;

.2 eine Bewertung der möglichen Gefahrenminderung aufgrund der vorgeschlagenen Beschränkungsmaßnahmen und etwaiger anderer Beschränkungsmaßnahmen, die von der Facharbeitsgruppe möglicherweise in Betracht gezogen werden;

.3 die Prüfung verfügbarer Informationen über die technische Durchführbarkeit von Beschränkungsmaßnahmen;

- | | | |
|--|---|---|
| <p>.4 consideration of available information on other effects arising from the introduction of such control measures relating to:</p> <ul style="list-style-type: none"> – the environment; – human health and safety including that of seafarers and workers; and – the cost to international shipping and other relevant sectors. <p>.5 consideration of the availability of suitable alternatives to the Hazardous Material to be controlled, including a consideration of the potential risks of alternatives;</p> <p>.6 consideration of the risks posed by the Hazardous Material during the recycling process; and</p> <p>.7 consideration of suitable threshold values and any useful or necessary exemptions.</p> <p>.2 If the technical group finds that the Hazardous Material in question is likely, in the context of this Convention, to lead to significant adverse effects on human health or the environment, lack of full scientific certainty shall not be used as a reason to prevent the group from proceeding with an evaluation of the proposal.</p> <p>.3 The technical group's report shall be in writing and shall take into account each of the evaluations and considerations referred to in subparagraph .1, except that the technical group may decide not to proceed with the evaluations and considerations described in subparagraphs .1.2 to .1.7 if it determines after the evaluation in subparagraph .1.1 that the proposal does not warrant further consideration.</p> <p>.4 The technical group's report shall include, <i>inter alia</i>, a recommendation on whether international controls pursuant to this Convention are warranted on the Hazardous Material in question, on the suitability of the specific control measures suggested in the comprehensive proposal, or on other control measures which it believes to be more suitable.</p> <p>5 The Committee shall decide whether to approve any proposal to amend Appendix 1 or Appendix 2, and any modifications thereto, if appropriate, taking into account the technical group's report. Any proposed</p> | <p>.4 l'examen des informations disponibles sur les autres effets produits par l'adoption desdites mesures de contrôle sur:</p> <ul style="list-style-type: none"> – l'environnement; – la santé et la sécurité, y compris celles des gens de mer et des travailleurs; et – la charge financière imposée au secteur des transports maritimes internationaux et aux autres branches d'activités concernées; <p>.5 l'examen de la disponibilité de matières susceptibles de remplacer les matières potentiellement dangereuses à réglementer, y compris l'examen des risques potentiels présentés par les matières de remplacement;</p> <p>.6 l'examen des risques présentés par les matières potentiellement dangereuses pendant le processus de recyclage; et</p> <p>.7 l'examen de valeurs de seuil appropriées et de toute exemption utile ou nécessaire.</p> <p>.2 Si le groupe technique constate que la matière potentiellement dangereuse en question est susceptible, dans le contexte de la présente Convention, d'avoir des effets dommageables significatifs sur la santé de l'homme ou l'environnement, l'absence de certitude scientifique absolue ne saurait être invoquée comme prétexte pour empêcher le groupe de procéder à l'évaluation de la proposition.</p> <p>.3 Le groupe technique présente un rapport écrit, dans lequel il prend en considération chaque examen et évaluation visés à l'alinéa .1, étant entendu toutefois que le groupe technique peut décider de ne pas procéder aux examens et évaluations énumérés aux alinéas .1.2 à .1.7 s'il établit, après avoir procédé à l'évaluation visée à l'alinéa .1.1, que la proposition ne mérite pas un complément d'examen.</p> <p>.4 Le rapport du groupe technique contient notamment une recommandation sur la question de savoir si des mesures de contrôle à l'échelle internationale en application de la présente Convention sont justifiées pour les matières potentiellement dangereuses en question, sur la pertinence des mesures de contrôle particulières suggérées dans la proposition détaillée ou sur d'autres mesures de contrôle qu'il juge plus appropriées.</p> <p>5 Le Comité décide s'il y a lieu d'approuver une proposition d'amendement à l'appendice 1 ou à l'appendice 2 ou toute modification de cette proposition qui serait jugée appropriée en tenant compte du rapport</p> | <p>.4 die Prüfung verfügbarer Informationen über weitere Auswirkungen der Einführung solcher Beschränkungsmaßnahmen betreffend</p> <ul style="list-style-type: none"> – die Umwelt; – die menschliche Gesundheit und Sicherheit, einschließlich der von Seeleuten und Arbeitern; – die Kosten für die internationale Schifffahrt und weitere betroffene Wirtschaftszweige; <p>.5 die Prüfung der Verfügbarkeit geeigneter Alternativen zu dem Beschränkungen zu unterwerfenden gefährlichen Material, einschließlich einer Prüfung der mit diesen Alternativen möglicherweise verbundenen Risiken;</p> <p>.6 die Prüfung der Risiken, die von dem gefährlichen Material während des Recyclingvorgangs ausgehen;</p> <p>.7 die Prüfung geeigneter Schwellenwerte und etwaiger sinnvoller oder notwendiger Befreiungen.</p> <p>.2 Kommt die Facharbeitsgruppe zu dem Schluss, dass das gefährliche Material im Zusammenhang mit diesem Übereinkommen wahrscheinlich zu schwerwiegenden nachteiligen Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit oder die Umwelt führen wird, so darf ein Mangel an vollständiger wissenschaftlicher Gewissheit kein Grund dafür sein, die Gruppe davon abzuhalten, mit der Bewertung des Vorschlags fortzufahren.</p> <p>.3 Der Bericht der Facharbeitsgruppe ist schriftlich vorzulegen und muss jede einzelne der in Absatz 4.1 genannten Bewertungen und Prüfungen berücksichtigen; dies gilt nicht, wenn die Facharbeitsgruppe beschließt, mit den in den Absätzen 4.1.2 bis 4.1.7 beschriebenen Bewertungen und Prüfungen nicht fortzufahren, wenn sie nach der in Absatz 4.1.1 vorgesehenen Bewertung feststellt, dass der Vorschlag keine weitere Prüfung erfordert.</p> <p>.4 Der Bericht der Facharbeitsgruppe muss unter anderem eine Empfehlung enthalten, aus der hervorgeht, ob internationale Beschränkungsmaßnahmen nach diesem Übereinkommen bezüglich des betreffenden gefährlichen Materials gerechtfertigt sind, ob die in dem umfassenden Vorschlag angeregten konkreten Beschränkungsmaßnahmen zweckmäßig sind oder ob andere Beschränkungsmaßnahmen von der Facharbeitsgruppe für geeigneter gehalten werden.</p> <p>5 Der Ausschuss entscheidet unter Berücksichtigung des Berichts der Facharbeitsgruppe, ob er einen Vorschlag zur Änderung des Anhangs 1 oder 2 und gegebenenfalls Änderungen des Vorschlags ge-</p> |
|--|---|---|

amendment shall specify the application of the amendment for ships certified in accordance with this Convention before the entry into force of the amendment. If the report finds that the Hazardous Material in question is likely, in the context of this Convention, to lead to significant adverse effects on human health or the environment, lack of full scientific certainty shall not be used as a reason to prevent a decision from being taken to list a Hazardous Material in Appendix 1 or Appendix 2. A decision not to approve the proposal shall not preclude future submission of a new proposal with respect to a particular Hazardous Material if new information comes to light.

du groupe technique. Toute proposition d'amendement doit préciser la façon dont cet amendement s'applique aux navires auxquels ont été délivrés les certificats prévus par la présente Convention avant l'entrée en vigueur dudit amendement. S'il est établi dans le rapport que la matière potentiellement dangereuse en question est susceptible, dans le contexte de la présente Convention, d'avoir des effets dommageables significatifs sur la santé de l'homme ou l'environnement, l'absence de certitude scientifique absolue ne saurait être invoquée comme prétexte pour faire obstacle à la décision d'inscrire une matière potentiellement dangereuse sur la liste figurant à l'appendice 1 ou à l'appendice 2. La décision de ne pas approuver la proposition n'exclut pas la possibilité de soumettre une nouvelle proposition concernant une matière potentiellement dangereuse donnée au cas où de nouvelles informations apparaîtraient.

nehmigt. Jeder Änderungsvorschlag muss genaue Angaben zur Anwendung der Änderung auf Schiffe enthalten, denen vor Inkrafttreten der Änderung ein Zeugnis nach diesem Übereinkommen erteilt wurde. Enthält der Bericht die Feststellung, dass das gefährliche Material im Zusammenhang mit diesem Übereinkommen wahrscheinlich zu schwerwiegenden nachteiligen Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit oder die Umwelt führen wird, so darf ein Mangel an vollständiger wissenschaftlicher Gewissheit kein Grund dafür sein, eine Entscheidung über die Aufnahme eines gefährlichen Materials in Anhang 1 oder 2 zu verhindern. Durch eine Entscheidung, den Vorschlag nicht zu genehmigen, wird die zukünftige Vorlage eines neuen Vorschlags in Bezug auf ein bestimmtes gefährliches Material nicht ausgeschlossen, wenn neue Informationen bekannt werden.

Regulation 7

Technical Groups

1 The Committee may establish one or more technical groups pursuant to regulation 6 as needed. The technical group may comprise representatives of the Parties, Members of the Organization, the United Nations and its Specialized Agencies, intergovernmental organizations having agreements with the Organization, and non-governmental organizations in consultative status with the Organization, which should preferably include representatives of institutions and laboratories with expertise in environmental fate and effects of substances, toxicological effects, marine biology, human health, economic analysis, risk management, shipbuilding, international shipping, occupational health and safety or other fields of expertise necessary to objectively review the technical merits of a proposal.

2 The Committee shall decide on the terms of reference, organization, participation and operation of the technical groups. Such terms shall provide for protection of any confidential information that may be submitted. Technical groups may hold such meetings as required, but shall endeavour to conduct their work through written or electronic correspondence or other media as appropriate.

3 Only the representatives of Parties may participate in formulating any recommendation to the Committee pursuant to regulation 6. A technical group shall endeavour to achieve unanimity among the representatives of the Parties. If unanimity is not possible, the technical group shall communicate any minority views of such representatives.

Règle 7

Groupes techniques

1 Le Comité, en application de la règle 6, peut constituer un ou plusieurs groupes techniques selon que de besoin. Le groupe technique est composé de représentants des Parties, des Membres de l'Organisation, de l'Organisation des Nations Unies et de ses institutions spécialisées, des organisations intergouvernementales ayant conclu des accords avec l'Organisation et des organisations non gouvernementales bénéficiant du statut consultatif auprès de l'Organisation, qui devraient de préférence inclure des représentants d'établissements et de laboratoires ayant des connaissances spécialisées dans le devenir de l'environnement et les effets des substances, les effets toxicologiques, la biologie marine, la santé de l'homme, l'analyse économique, la gestion des risques, la construction des navires, le transport maritime international, la santé et la sécurité au travail ou d'autres domaines de compétence nécessaires pour passer objectivement en revue les mérites techniques d'une proposition.

2 Le Comité détermine le mandat, la structure, la composition et le mode de fonctionnement des groupes techniques. Ledit mandat contient des dispositions assurant la protection de toute information confidentielle qui pourrait être soumise. Les groupes techniques peuvent se réunir aussi souvent que nécessaire mais ils s'efforcent de mener leurs travaux par correspondance ou voie électronique ou autre moyen jugé approprié.

3 Seuls les représentants des Parties peuvent participer à l'élaboration des recommandations à adresser au Comité en application de la règle 6. Un groupe technique s'attache à obtenir l'unanimité des représentants des Parties. En l'absence d'unanimité, le groupe technique communique les points de vue minoritaires.

Regel 7

Facharbeitsgruppen

1 Der Ausschuss kann nach Bedarf eine oder mehrere Facharbeitsgruppen nach Regel 6 einrichten. Der Facharbeitsgruppe können Vertreter der Vertragsparteien, der Mitglieder der Organisation, der Vereinten Nationen und ihrer Sonderorganisationen, der zwischenstaatlichen Organisationen, die mit der Organisation Abkommen geschlossen haben, sowie der nichtstaatlichen Organisationen mit Beraterstatus bei der Organisation angehören; darunter sollen vorzugsweise auch Vertreter von Einrichtungen und Laboren sein, die über Fachwissen in den Bereichen Verhalten und Verbleib von Stoffen in der Umwelt und deren Auswirkungen auf die Umwelt, toxikologische Wirkungen, Meeresbiologie, menschliche Gesundheit, wirtschaftliche Analyse, Risikomanagement, Schiffbau, internationale Schifffahrt, Arbeitsmedizin und -sicherheit oder auf anderen Fachgebieten verfügen, das erforderlich ist, um die technischen Vorzüge eines Vorschlags objektiv zu prüfen.

2 Der Ausschuss beschließt über den Arbeitsauftrag, die Organisation, die Beteiligung und die Arbeitsweise der Facharbeitsgruppen. Der Arbeitsauftrag sieht den Schutz jeglicher gegebenenfalls vorgelegter vertraulicher Informationen vor. Die Facharbeitsgruppen können je nach Bedarf Sitzungen abhalten, bemühen sich jedoch darum, ihre Arbeit mittels schriftlicher oder elektronischer Korrespondenz oder über andere geeignete Medien zu erledigen.

3 Ausschließlich die Vertreter von Vertragsparteien dürfen sich an der Formulierung von Empfehlungen an den Ausschuss nach Regel 6 beteiligen. Eine Facharbeitsgruppe bemüht sich, unter den Vertretern der Vertragsparteien Einstimmigkeit zu erzielen. Ist Einstimmigkeit nicht möglich, so teilt die Facharbeitsgruppe etwaige Minderheitsmeinungen der betreffenden Vertreter mit.

Part B Preparation for Ship Recycling	Partie B Préparatifs en vue du recyclage des navires	Teil B Vorbereitung für das Recycling von Schiffen
Regulation 8 General requirements	Règle 8 Prescriptions générales	Regel 8 Allgemeine Vorschriften
Ships destined to be recycled shall:	Les navires destinés au recyclage:	Für zum Recycling bestimmte Schiffe gilt Folgendes:
.1 only be recycled at Ship Recycling Facilities that are:	.1 ne sont recyclés que dans des installations de recyclage des navires qui sont:	.1 Sie werden nur in Abwrackeinrichtungen recycelt,
.1 authorized in accordance with this Convention; and	.1 autorisées conformément à la présente Convention; et	.1 die nach diesem Übereinkommen zugelassen worden sind;
.2 fully authorized to undertake all the ship recycling which the Ship Recycling Plan specifies to be conducted by the identified Ship Recycling Facility(ies);	.2 pleinement autorisées à procéder à tout le recyclage dont le plan de recyclage du navire précise qu'il sera effectué par l'installation ou les installations de recyclage des navires identifiées;	.2 die die uneingeschränkte Zulassung für alle Recyclingvorgänge haben, hinsichtlich derer im Schiffsrecyclingplan festgelegt ist, dass sie in der angegebenen Abwrackeinrichtung oder in den angegebenen Abwrackeinrichtungen durchzuführen sind;
.2 conduct operations in the period prior to entering the Ship Recycling Facility in order to minimize the amount of cargo residues, remaining fuel oil, and wastes remaining on board;	.2 effectuent des opérations pendant la période précédant leur arrivée dans l'installation de recyclage des navires en vue de réduire au minimum la quantité de résidus de cargaison, de résidus de fuel-oil et de déchets restant à bord;	.2 sie werden vor der Ankunft in einer Abwrackeinrichtung so betrieben, dass die Menge an Ladungsrückständen, verbleibendem ölhaltigen Brennstoff und an Bord verbleibenden Abfällen auf ein Mindestmaß verringert wird;
.3 in the case of a tanker, arrive at the Ship Recycling Facility with cargo tanks and pump room(s) in a condition that is ready for certification as Safe-for-entry, or Safe-for-hot work, or both, according to national laws, regulations and policies of the Party under whose jurisdiction the Ship Recycling Facility operates;	.3 s'ils sont des navires-citernes, arrivent à l'installation de recyclage des navires avec des citernes à cargaison et une ou plusieurs chambres des pompes dont l'état permet la délivrance d'un certificat attestant que les conditions de sécurité en vue de l'entrée dans un espace ou du travail à chaud ou des deux sont remplies, conformément à la législation, à la réglementation et aux politiques nationales de la Partie sous la juridiction de laquelle l'installation de recyclage des navires est exploitée;	.3 wenn es sich um ein Tankschiff handelt, müssen sich die Ladetanks und der Pumpenraum oder die Pumpenräume bei der Ankunft in der Abwrackeinrichtung in einem Zustand befinden, der bei der Zeugniserteilung im Einklang mit innerstaatlichen Gesetzen, sonstigen Vorschriften und Politiken der Vertragspartei, in deren Hoheitsbereich die Abwrackeinrichtung betrieben wird, als „sicher zum Begehen“ oder „sicher für feuergefährliche Arbeiten“ oder beides bezeichnet werden kann;
.4 provide to the Ship Recycling Facility all available information relating to the ship for the development of the Ship Recycling Plan required by regulation 9;	.4 fournissent à l'installation de recyclage des navires tous les renseignements disponibles à leur sujet aux fins de l'établissement du plan de recyclage du navire prescrit par la règle 9;	.4 der Abwrackeinrichtung werden alle verfügbaren Informationen über das Schiff im Hinblick auf die Erstellung des in Regel 9 vorgeschriebenen Schiffsrecyclingplans zur Verfügung gestellt;
.5 complete the Inventory required by regulation 5; and	.5 établissent l'Inventaire prescrit par la règle 5; et	.5 die in Regel 5 vorgeschriebene Bestandsliste wird lückenlos erstellt;
.6 be certified as ready for recycling by the Administration or organization recognized by it, prior to any recycling activity taking place.	.6 sont certifiés être prêts pour le recyclage par l'Administration ou l'organisme reconnu par elle, avant que ne soit entreprise la moindre opération de recyclage.	.6 vor Beginn jeglicher Recyclingtätigkeiten muss ihnen von der Verwaltung oder der von ihr anerkannten Stelle ein Zeugnis darüber, dass das Schiff recyclingfähig ist, erteilt worden sein.
Regulation 9 Ship Recycling Plan	Règle 9 Plan de recyclage du navire	Regel 9 Schiffsrecyclingplan
A ship-specific Ship Recycling Plan shall be developed by the Ship Recycling Facility(ies) prior to any recycling of a ship, taking into account the guidelines developed by the Organization. The Ship Recycling Plan shall:	L'installation ou les installations de recyclage des navires élaborent un plan de recyclage spécifique au navire avant toute opération de recyclage, compte tenu des directives élaborées par l'Organisation. Le plan de recyclage du navire:	Die Abwrackeinrichtung oder die Abwrackeinrichtungen erstellen vor Beginn jeglichen Recyclings von Schiffen einen schiffsspezifischen Schiffsrecyclingplan, wobei die von der Organisation ausgearbeiteten Richtlinien zu berücksichtigen sind. Für den Schiffsrecyclingplan gilt Folgendes:
.1 be developed taking into account information provided by the shipowner;	.1 est élaboré compte tenu des renseignements fournis par le propriétaire du navire;	.1 Er wird unter Berücksichtigung der vom Schiffseigentümer zur Verfügung gestellten Informationen erstellt;
.2 be developed in the language accepted by the Party authorizing the Ship Recy-	.2 est rédigé dans la langue acceptée par la Partie octroyant l'autorisation à l'ins-	.2 er wird in der Sprache abgefasst, die von der Vertragspartei akzeptiert wird,

- cling Facility, and if the language used is not English, French or Spanish, the Ship Recycling Plan shall be translated into one of these languages, except where the Administration is satisfied that this is not necessary;
- .3 include information concerning *inter alia*, the establishment, maintenance, and monitoring of Safe-for-entry and Safe-for-hot work conditions and how the type and amount of materials including those identified in the Inventory of Hazardous Materials will be managed;
- .4 in accordance with the declaration deposited pursuant to Article 16.6, be either explicitly or tacitly approved by the Competent Authority authorizing the Ship Recycling Facility. The Competent Authority shall send written acknowledgement of receipt of the Ship Recycling Plan to the Ship Recycling Facility, Ship Owner and Administration within three (3) working days of its receipt in accordance with regulation 24. Thereafter:
- .1 where a Party requires explicit approval of the Ship Recycling Plan, the Competent Authority shall send written notification of its decision to approve or deny the Ship Recycling Plan to the Ship Recycling Facility, Ship Owner and Administration; and
- .2 where a Party requires tacit approval of the Ship Recycling Plan, the acknowledgment of receipt shall specify the end date of a 14-day review period. The Competent Authority shall notify any written objection to the Ship Recycling Plan to the Ship Recycling Facility, Ship Owner and Administration within this 14-day review period. Where no such written objection has been notified, the Ship Recycling Plan shall be deemed to be approved.
- .5 once approved in accordance with paragraph .4, be made available for inspection by the Administration, or any nominated surveyors or organization recognized by it; and
- .6 where more than one Ship Recycling Facility is used, identify the Ship Recycling Facilities to be used and specify the recycling activities and the order in which they occur at each authorized Ship Recycling Facility.
- tallation de recyclage des navires et, si cette langue n'est ni l'anglais, ni l'espagnol, ni le français, le plan de recyclage du navire est traduit dans l'une de ces langues, sauf si l'Administration juge que cela n'est pas nécessaire;
- .3 inclut des renseignements au sujet notamment de la mise en place, du maintien et de la surveillance des conditions de sécurité en vue de l'entrée dans un espace et du travail à chaud et sur la façon dont le type et la quantité de matières, y compris celles qui sont énumérées dans l'Inventaire des matières potentiellement dangereuses, seront gérés;
- .4 conformément à la déclaration faite en vertu de l'article 16.6, est approuvé soit expressément soit tacitement par l'Autorité compétente qui accorde l'autorisation à l'installation de recyclage des navires. L'Autorité compétente adresse par écrit à l'installation de recyclage des navires, au propriétaire du navire et à l'Administration un accusé de réception du plan de recyclage du navire dans les trois (3) jours ouvrables qui suivent sa réception conformément à la règle 24. Par la suite:
- .1 si une Partie exige l'approbation expresse du plan de recyclage du navire, l'Autorité compétente doit adresser par écrit à l'installation de recyclage des navires, au propriétaire du navire et à l'Administration notification de sa décision d'approuver ou de refuser le plan de recyclage du navire; et
- .2 si une Partie exige l'approbation tacite du plan de recyclage du navire, l'accusé de réception doit préciser la date à laquelle une période d'examen de 14 jours prend fin. L'Autorité compétente doit notifier par écrit à l'installation de recyclage des navires, au propriétaire du navire et à l'Administration, avant l'expiration de cette période de 14 jours, toute objection éventuelle à l'encontre du plan de recyclage du navire. Si aucune objection n'a été notifiée par écrit, le plan de recyclage du navire est réputé avoir été approuvé.
- .5 une fois approuvé conformément au paragraphe .4, doit pouvoir être inspecté par l'Administration ou par tout inspecteur désigné ou organisme reconnu par elle; et
- .6 lorsque plusieurs installations de recyclage de navires sont utilisées, doit préciser les installations de recyclage des navires devant être utilisées et déterminer les activités de recyclage et l'ordre dans lequel celles-ci doivent être exécutées dans chaque installation de recyclage des navires autorisée.
- die die Abwrackeinrichtung zulässt; ist die benutzte Sprache weder Englisch noch Französisch noch Spanisch, so ist der Schiffsrecyclingplan in eine dieser Sprachen zu übersetzen, es sei denn, die Verwaltung hält dies nicht für erforderlich;
- .3 er enthält Angaben, die unter anderem die Festlegung, Aufrechterhaltung und Überwachung von Bedingungen betreffen, die ein sicheres Begehen und sichere feuergefährliche Arbeiten ermöglichen, und die Frage betreffen, wie die Art oder Menge der Materialien, einschließlich der im Bestandsverzeichnis der gefährlichen Materialien aufgeführten, behandelt wird;
- .4 er muss von der zuständigen Behörde, die die Zulassung für die Abwrackeinrichtung erteilt, im Einklang mit der nach Artikel 16 Absatz 6 hinterlegten Erklärung entweder ausdrücklich oder stillschweigend genehmigt werden. Die zuständige Behörde übersendet der Abwrackeinrichtung, dem Schiffseigentümer und der Verwaltung innerhalb von drei (3) Arbeitstagen nach Eingang des Schiffsrecyclingplans gemäß Regel 24 eine schriftliche Eingangsbestätigung. Danach,
- .1 sofern eine Vertragspartei die ausdrückliche Genehmigung des Schiffsrecyclingplans verlangt, übersendet die zuständige Behörde der Abwrackeinrichtung, dem Schiffseigentümer und der Verwaltung eine schriftliche Mitteilung über ihre Entscheidung, den Schiffsrecyclingplan zu genehmigen oder abzulehnen;
- .2 sofern eine Vertragspartei die stillschweigende Genehmigung des Schiffsrecyclingplans verlangt, wird in der Eingangsbestätigung genau angegeben, wann die 14-tägige Überprüfungszeit endet. Die zuständige Behörde teilt der Abwrackeinrichtung, dem Schiffseigentümer und der Verwaltung innerhalb dieser 14-tägigen Überprüfungszeit etwaige schriftliche Einsprüche mit. Wurde kein schriftlicher Einspruch mitgeteilt, so gilt der Schiffsrecyclingplan als genehmigt;
- .5 nach seiner Genehmigung gemäß Absatz 4 wird er für die Prüfung durch die Verwaltung, einen ernannten Besichtigter oder eine von ihr anerkannte Stelle zugänglich gemacht;
- .6 bei Nutzung von mehr als einer Abwrackeinrichtung werden die vorgesehenen Abwrackeinrichtungen bezeichnet und genau angegeben, welche Recyclingtätigkeiten in welcher Reihenfolge in jeder zugelassenen Abwrackeinrichtung durchgeführt werden.

Part C	Partie C	Teil C
Surveys and certification	Visites et délivrance des certificats	Besichtigungen und Zeugniserteilung
Regulation 10	Règle 10	Regel 10
Surveys	Visites	Besichtigungen
<p>1 Ships to which this Convention applies shall be subject to the surveys specified below:</p> <p>.1 an initial survey before the ship is put in service, or before the International Certificate on Inventory of Hazardous Materials is issued. This survey shall verify that Part I of the Inventory required by regulation 5 is in accordance with the requirements of this Convention;</p> <p>.2 a renewal survey at intervals specified by the Administration, but not exceeding five years. This survey shall verify that Part I of the Inventory of Hazardous Materials required by regulation 5 complies with the requirements of this Convention;</p> <p>.3 an additional survey, either general or partial, according to the circumstances, may be made at the request of the shipowner after a change, replacement, or significant repair of the structure, equipment, systems, fittings, arrangements and material. The survey shall be such as to ensure that any such change, replacement, or significant repair has been made in the way that the ship continues to comply with the requirements of this Convention, and that Part I of the Inventory is amended as necessary; and</p> <p>.4 a final survey prior to the ship being taken out of service and before the recycling of the ship has started. This survey shall verify:</p> <p>.1 that the Inventory of Hazardous Materials as required by regulation 5.4 is in accordance with the requirements of this Convention taking into account the guidelines developed by the Organization;</p> <p>.2 that the Ship Recycling Plan, as required by regulation 9, properly reflects the information contained in the Inventory of Hazardous Materials as required by regulation 5.4 and contains information concerning the establishment, maintenance and monitoring of Safe-for-entry and Safe-for-hot work conditions; and</p>	<p>1 Les navires auxquels s'applique la présente Convention doivent être soumis aux visites indiquées ci-après:</p> <p>.1 une visite initiale avant la mise en service du navire ou avant la délivrance du certificat attestant que le navire possède un Inventaire des matières potentiellement dangereuses. Elle permet de vérifier que la Partie I de l'Inventaire prescrit par la règle 5 satisfait aux prescriptions de la présente Convention;</p> <p>.2 une visite de renouvellement effectuée à des intervalles déterminés par l'Administration, mais n'excédant pas cinq ans. Elle permet de vérifier que la Partie I de l'Inventaire des matières potentiellement dangereuses prescrit par la règle 5 satisfait aux prescriptions de la présente Convention;</p> <p>.3 une visite supplémentaire, générale ou partielle selon les circonstances, peut être effectuée à la demande du propriétaire à la suite d'un changement, d'un remplacement ou d'une réparation importante de la structure, de l'équipement, des systèmes, des installations, des aménagements et des matériaux. Elle permet de s'assurer que les changements, remplacements ou réparations importantes ont été effectués de telle sorte que le navire continue de satisfaire aux prescriptions de la présente Convention et que la Partie I de l'Inventaire a été modifiée comme il convient; et</p> <p>.4 une visite finale avant la mise hors service du navire et avant le début de son recyclage. Elle permet de vérifier:</p> <p>.1 que l'Inventaire des matières potentiellement dangereuses prescrit par la règle 5.4 satisfait aux prescriptions de la présente Convention, compte tenu des directives élaborées par l'Organisation;</p> <p>.2 que le plan de recyclage du navire prescrit par la règle 9 reprend bien les renseignements figurant dans l'Inventaire des matières potentiellement dangereuses prescrit par la règle 5.4 et contient des renseignements sur la mise en place, le maintien et la surveillance des conditions de sécurité en vue de l'entrée dans un espace et du travail à chaud; et</p>	<p>1 Schiffe, auf die dieses Übereinkommen Anwendung findet, unterliegen den nachstehend aufgeführten Besichtigungen:</p> <p>.1 einer erstmaligen Besichtigung, bevor das Schiff in Dienst gestellt oder bevor das Internationale Zeugnis über das Bestandsverzeichnis der gefährlichen Materialien ausgestellt wird. Bei dieser Besichtigung muss überprüft werden, ob Teil I des in Regel 5 vorgeschriebenen Bestandsverzeichnisses mit den Vorschriften dieses Übereinkommens übereinstimmt;</p> <p>.2 einer Erneuerungsbesichtigung in von der Verwaltung festgesetzten Zeitabständen, mindestens jedoch alle fünf Jahre. Bei dieser Besichtigung muss überprüft werden, ob Teil I des in Regel 5 vorgeschriebenen Bestandsverzeichnisses der gefährlichen Materialien die Vorschriften dieses Übereinkommens einhält;</p> <p>.3 einer je nach Sachlage allgemeinen oder teilweisen zusätzlichen Besichtigung, die auf Ersuchen des Schiffseigentümers nach einer Änderung, einem Ersatz oder einer wesentlichen Instandsetzung des Schiffskörpers, der Ausrüstung, der Systeme, der Einrichtungen, der Anordnung und der Werkstoffe durchgeführt werden kann. Die Besichtigung hat die Gewähr dafür zu bieten, dass die Änderung, der Ersatz oder die wesentliche Instandsetzung in einer Weise durchgeführt worden ist, dass das Schiff weiterhin die Vorschriften dieses Übereinkommens einhält, und dass Teil I des Bestandsverzeichnisses gegebenenfalls geändert wird;</p> <p>.4 einer abschließenden Besichtigung vor Außerbetriebnahme des Schiffes und vor Beginn des Recyclings des Schiffes. Bei dieser Besichtigung muss überprüft werden,</p> <p>.1 ob das in Regel 5 Absatz 4 vorgeschriebene Bestandsverzeichnis der gefährlichen Materialien mit den Vorschriften dieses Übereinkommens unter Berücksichtigung der von der Organisation erstellten Richtlinien übereinstimmt;</p> <p>.2 ob der in Regel 9 vorgeschriebene Schiffsrecyclingplan die in dem in Regel 5 Absatz 4 vorgeschriebenen Bestandsverzeichnis der gefährlichen Materialien enthaltenen Angaben richtig wiedergibt und Angaben enthält, die die Festlegung, Aufrechterhaltung und Überwachung von Bedingungen betreffen, die ein sicheres Begehen und sichere feuergefährliche Arbeiten ermöglichen;</p>

- | | | |
|---|--|---|
| <p>.3 that the Ship Recycling Facility(ies) where the ship is to be recycled holds a valid authorization in accordance with this Convention.</p> <p>2 Surveys of ships for the purpose of enforcement of the provisions of this Convention shall be carried out by officers of the Administration, taking into account the guidelines developed by the Organization. The Administration may, however, entrust the surveys either to surveyors nominated for the purpose or to organizations recognized by it.</p> <p>3 An Administration nominating surveyors or recognizing organizations to conduct surveys, as described in paragraph 2 shall, as a minimum, empower such nominated surveyors or recognized organizations to:</p> <p>.1 require a ship that they survey to comply with the provisions of this Convention; and</p> <p>.2 carry out surveys and inspections if requested by the appropriate authorities of a port State that is a Party.</p> <p>4 In every case, the Administration concerned shall be responsible to ensure the completeness and efficiency of the survey and shall undertake to ensure the necessary arrangements to satisfy this obligation.</p> <p>5 The initial and renewal surveys should be harmonized with the surveys required by other applicable statutory instruments of the Organization.</p> | <p>.3 que l'installation ou les installations de recyclage des navires où le navire doit être recyclé possèdent une autorisation en cours de validité conforme à la présente Convention.</p> <p>2 Les visites de navires aux fins de l'application des dispositions de la présente Convention sont effectuées par des agents de l'Administration, compte tenu des directives élaborées par l'Organisation. L'Administration peut toutefois confier ces visites soit à des inspecteurs désignés à cet effet, soit à des organismes reconnus par elle.</p> <p>3 Toute Administration qui désigne des inspecteurs ou reconnaît des organismes pour effectuer les visites décrites au paragraphe 2 doit au moins habiliter ces inspecteurs désignés ou organismes reconnus à:</p> <p>.1 exiger qu'un navire soumis à une visite satisfasse aux dispositions de la présente Convention; et</p> <p>.2 effectuer des visites et des inspections à la requête des autorités appropriées d'un État du port qui est Partie.</p> <p>4 Dans tous les cas, l'Administration intéressée est responsable de l'exécution complète et de l'efficacité de la visite et s'engage à prendre les mesures nécessaires pour satisfaire à cette obligation.</p> <p>5 Les visites initiales et de renouvellement devraient être harmonisées avec les visites prescrites par les autres instruments réglementaires de l'Organisation qui sont applicables.</p> | <p>.3 ob die Abwrackeinrichtung oder die Abwrackeinrichtungen, in denen das Schiff recycelt werden soll, über eine gültige Zulassung nach diesem Übereinkommen verfügen.</p> <p>2 Die Besichtigungen von Schiffen zum Zweck der Anwendung dieses Übereinkommens werden von Bediensteten der Verwaltung unter Berücksichtigung der von der Organisation ausgearbeiteten Richtlinien durchgeführt. Jedoch kann die Verwaltung die Besichtigungen für diesen Zweck ernannten Besichtigern oder von ihr anerkannten Stellen übertragen.</p> <p>3 Eine Verwaltung, die Besichtiger ernennt oder Stellen anerkennt, die Besichtigungen nach Absatz 2 durchführen sollen, ermächtigt diese ernannten Besichtiger oder anerkannten Stellen mindestens,</p> <p>.1 zu verlangen, dass ein Schiff, das sie besichtigen, dieses Übereinkommen einhält;</p> <p>.2 Besichtigungen und Überprüfungen durchzuführen, wenn sie von den zuständigen Behörden eines Hafenstaats, der Vertragspartei ist, darum ersucht werden.</p> <p>4 Die betreffende Verwaltung ist in jedem Fall für die Vollständigkeit und Gründlichkeit der Besichtigung verantwortlich und verpflichtet sich, die erforderlichen Vorkehrungen zur Erfüllung dieser Pflicht zu treffen.</p> <p>5 Die erstmaligen Besichtigungen und die Erneuerungsbesichtigungen sollen mit den Besichtigungen abgestimmt werden, die in anderen geltenden Übereinkünften und Regelungen der Organisation vorgeschrieben sind.</p> |
|---|--|---|

Regulation 11**Issuance and endorsement of certificates**

1 An International Certificate on Inventory of Hazardous Materials shall be issued either by the Administration or by any person or organization authorized by it after successful completion of an initial or renewal survey conducted in accordance with regulation 10, to any ships to which regulation 10 applies, except for existing ships for which both an initial survey and a final survey are conducted at the same time, taking into account the guidelines developed by the Organization.

2 The International Certificate on Inventory of Hazardous Materials issued under paragraph 1, at the request of the shipowner, shall be endorsed either by the Administration or by any person or organization authorized by it after successful completion of an additional survey conducted in accordance with regulation 10.

3 Notwithstanding regulation 14.2 and the requirements of regulation 10.1.2, when the renewal survey is completed within three

Règle 11**Délivrance des certificats et apposition d'un visa**

1 Un certificat international attestant que le navire possède un Inventaire des matières potentiellement dangereuses est délivré soit par l'Administration, soit par une personne ou un organisme autorisé par elle, après l'achèvement d'une visite initiale ou de renouvellement concluante effectuée conformément à la règle 10, à tout navire auquel s'applique la règle 10, sauf dans le cas de navires existants, pour lesquels une visite initiale et une visite finale sont effectuées simultanément, compte tenu des directives élaborées par l'Organisation.

2 Le certificat international attestant que le navire possède un Inventaire des matières potentiellement dangereuses, qui est délivré en vertu du paragraphe 1, doit, à la demande du propriétaire du navire, être visé soit par l'Administration, soit par une personne ou un organisme autorisé par elle, à l'issue d'une visite supplémentaire concluante effectuée conformément à la règle 10.

3 Nonobstant la règle 14.2 et les prescriptions de la règle 10.1.2, lorsque la visite de renouvellement est achevée dans un délai

Regel 11**Ausstellung und Bestätigung von Zeugnissen**

1 Nach erfolgreicher Durchführung einer erstmaligen Besichtigung oder einer Erneuerungsbesichtigung gemäß Regel 10 wird Schiffen, auf die Regel 10 Anwendung findet – ausgenommen Schiffen, bei denen gleichzeitig sowohl eine erstmalige als auch eine abschließende Besichtigung durchgeführt wird – ein Internationales Zeugnis über das Bestandsverzeichnis der gefährlichen Materialien entweder von der Verwaltung oder von einer von ihr ermächtigten Person oder Stelle ausgestellt, wobei die von der Organisation ausgearbeiteten Richtlinien zu berücksichtigen sind.

2 Nach erfolgreicher Durchführung einer gemäß Regel 10 erfolgten zusätzlichen Besichtigung wird das nach Absatz 1 ausgestellte Internationale Zeugnis über das Bestandsverzeichnis der gefährlichen Materialien auf Ersuchen des Schiffseignümers entweder von der Verwaltung oder von einer von ihr ermächtigten Person oder Stelle bestätigt.

3 Ungeachtet der Regel 14 Absatz 2 und der Vorschriften der Regel 10 Absatz 1.2 ist das neue Zeugnis, wenn die Erneuerungs-

months before the expiry date of the existing certificate, the new certificate shall be valid from the date of completion of the renewal survey to a date not exceeding five years from the date of expiry of the existing certificate.

4 When the renewal survey is completed after the expiry date of the existing certificate, the new certificate shall be valid from the date of completion of the renewal survey to a date not exceeding five years from the date of expiry of the existing certificate.

5 When the renewal survey is completed more than three months before the expiry date of the existing certificate, the new certificate shall be valid from the date of completion of the renewal survey to a date not exceeding five years from the date of completion of the renewal survey.

6 If a certificate is issued for a period of less than five years, the Administration may extend the validity of the certificate beyond the expiry date to the maximum period specified in regulation 10.1.2.

7 If a renewal survey has been completed and a new certificate cannot be issued or placed on board the ship before the expiry date of the existing certificate, the person or organization authorized by the Administration may endorse the existing certificate and such a certificate shall be accepted as valid for a further period which shall not exceed five months from the expiry date.

8 If a ship at the time when a certificate expires is not in a port in which it is to be surveyed, the Administration may extend the period of validity of the certificate but this extension shall be granted only for the purpose of allowing the ship to complete its voyage to the port in which it is to be surveyed and then only in cases where it appears proper and reasonable to do so. No certificate shall be extended for a period longer than three months, and a ship to which an extension is granted shall not, on its arrival in the port in which it is to be surveyed, be entitled by virtue of such extension to leave that port without having a new certificate. When the renewal survey is completed, the new certificate shall be valid to a date not exceeding five years from the date of expiry of the existing certificate before the extension was granted.

9 A certificate issued to a ship engaged on short voyages which has not been extended under the foregoing provisions of this regulation may be extended by the Administration for a period of grace of up to one month from the date of expiry stated on it.

de trois mois avant la date d'expiration du certificat existant, le nouveau certificat est valable à compter de la date d'achèvement de la visite de renouvellement et jusqu'à une date qui ne soit pas postérieure de plus de cinq ans à la date d'expiration du certificat existant.

4 Lorsque la visite de renouvellement est achevée après la date d'expiration du certificat existant, le nouveau certificat est valable à compter de la date d'achèvement de la visite de renouvellement et jusqu'à une date qui ne soit pas postérieure de plus de cinq ans à la date d'expiration du certificat existant.

5 Lorsque la visite de renouvellement est achevée plus de trois mois avant la date d'expiration du certificat existant, le nouveau certificat est valable à compter de la date d'achèvement de la visite de renouvellement et jusqu'à une date qui ne soit pas postérieure de plus de cinq ans à la date d'achèvement de la visite de renouvellement.

6 Si un certificat est délivré pour une période inférieure à cinq ans, l'Administration peut en proroger la période de validité au-delà de la date d'expiration pour la période maximale indiquée à la règle 10.1.2.

7 Si une visite de renouvellement a été achevée mais qu'un nouveau certificat ne peut pas être délivré ni être placé à bord du navire avant la date d'expiration du certificat existant, la personne ou l'organisme autorisé par l'Administration peut viser le certificat existant et ce certificat est accepté comme étant valable pour une période supplémentaire, laquelle n'est pas postérieure de plus de cinq mois à la date d'expiration.

8 Si, à la date d'expiration d'un certificat, le navire ne se trouve pas dans un port dans lequel il doit subir une visite, l'Administration peut proroger la période de validité du certificat mais cette prorogation ne doit être accordée que pour permettre au navire d'achever son voyage vers le port dans lequel il doit être visité et ce, uniquement dans le cas où cette mesure semble opportune et raisonnable. Aucun certificat ne doit être prorogé pour une période supérieure à trois mois et un navire auquel une prorogation est accordée ne doit pas, après son arrivée dans le port dans lequel il doit être visité, être autorisé, en vertu de cette prorogation, à quitter ce port sans qu'un nouveau certificat lui ait été délivré. Lorsque la visite de renouvellement est achevée, le nouveau certificat est valable jusqu'à une date qui ne doit pas être postérieure de plus de cinq ans à la date d'expiration du certificat existant avant l'octroi de la prorogation.

9 Un certificat délivré à un navire effectuant des voyages courts qui n'a pas été prorogé en vertu des dispositions précédentes de la présente règle peut être prorogé par l'Administration pour une période de grâce ne dépassant pas d'un mois la date d'expiration

besichtigung innerhalb von drei Monaten vor dem Datum des Ablaufs des vorhandenen Zeugnisses abgeschlossen wird, vom Tag des Abschlusses der Erneuerungsbesichtigung bis zu einem Tag gültig, der höchstens fünf Jahre nach dem Datum des Ablaufs des vorhandenen Zeugnisses liegt.

4 Wird die Erneuerungsbesichtigung nach dem Datum des Ablaufs des vorhandenen Zeugnisses abgeschlossen, so ist das neue Zeugnis vom Tag des Abschlusses der Erneuerungsbesichtigung bis zu einem Tag gültig, der höchstens fünf Jahre nach dem Tag des Ablaufs des bisherigen Zeugnisses liegt.

5 Wird die Erneuerungsbesichtigung früher als drei Monate vor dem Datum des Ablaufs des vorhandenen Zeugnisses abgeschlossen, so ist das neue Zeugnis vom Tag des Abschlusses der Erneuerungsbesichtigung bis zu einem Tag gültig, der höchstens fünf Jahre nach dem Tag des Abschlusses der Erneuerungsbesichtigung liegt.

6 Wird ein Zeugnis für einen Zeitabschnitt von weniger als fünf Jahren ausgestellt, so kann die Verwaltung die Gültigkeit des Zeugnisses über das Datum des Ablaufs hinaus bis zu der in Regel 10 Absatz 1.2 bestimmten Höchstdauer verlängern.

7 Ist eine Erneuerungsbesichtigung abgeschlossen und kann ein neues Zeugnis nicht vor dem Datum des Ablaufs des vorhandenen Zeugnisses ausgestellt oder an Bord des Schiffes gebracht werden, so kann die von der Verwaltung ermächtigte Person oder Stelle das vorhandene Zeugnis bestätigen, und dieses Zeugnis wird für einen weiteren Zeitabschnitt von höchstens fünf Monaten nach dem Datum des Ablaufs als gültig anerkannt.

8 Hält sich ein Schiff zu dem Zeitpunkt, zu dem ein Zeugnis abläuft, nicht in einem Besichtigungshafen auf, so kann die Verwaltung die Geltungsdauer des Zeugnisses verlängern; diese Verlängerung darf jedoch nur zu dem Zweck gewährt werden, dem Schiff die Reise zum Besichtigungshafen zu ermöglichen, und zwar nur in Fällen, in denen dies geboten und zweckmäßig erscheint. Ein Zeugnis darf um höchstens drei Monate verlängert werden, und ein Schiff, dem eine Verlängerung gewährt wird, ist nach seiner Ankunft in dem Besichtigungshafen nicht berechtigt, aufgrund der Verlängerung diesen Hafen zu verlassen, ohne ein neues Zeugnis zu besitzen. Ist die Erneuerungsbesichtigung abgeschlossen, so gilt das neue Zeugnis bis zu einem Zeitpunkt, der höchstens fünf Jahre nach dem Datum des Ablaufs des vorhandenen Zeugnisses vor Gewährung der Verlängerung liegt.

9 Ein Zeugnis, das einem Schiff, das Reisen von kurzer Dauer durchführt, ausgestellt wurde und nicht nach den vorstehenden Bestimmungen verlängert wurde, kann von der Verwaltung um eine Nachfrist von bis zu einem Monat von dem darin einge-

When the renewal survey is completed, the new certificate shall be valid to a date not exceeding five years from the date of expiry of the existing certificate before the extension was granted.

10 In special circumstances, as determined by the Administration, a new certificate need not be dated from the date of expiry of the existing certificate as required by paragraph 4, 8 or 9 of this regulation. In these special circumstances, the new certificate shall be valid to a date not exceeding five years from the date of completion of the renewal survey.

11 An International Ready for Recycling Certificate shall be issued either by the Administration or by any person or organization authorized by it, after successful completion of a final survey in accordance with the provisions of regulation 10, to any ships to which regulation 10 applies, taking into account the authorization of the Ship Recycling Facility and the guidelines developed by the Organization.

12 A certificate issued under the authority of a Party shall be accepted by the other Parties and regarded for all purposes covered by this Convention as having the same validity as a certificate issued by them. Certificates shall be issued or endorsed either by the Administration or by any person or organization duly authorized by it. In every case, the Administration assumes full responsibility for the certificate.

Regulation 12

Issuance or endorsement of a certificate by another Party

1 At the request of the Administration, another Party may cause a ship to be surveyed and, if satisfied that the provisions of this Convention are complied with, shall issue or authorize the issuance of a certificate to the ship, and where appropriate, endorse or authorize the endorsement of that certificate on the ship, in accordance with this Annex.

2 A copy of the certificate and a copy of the survey report shall be transmitted as soon as possible to the requesting Administration.

3 A certificate so issued shall contain a statement to the effect that it has been issued at the request of the Administration and it shall have the same force and receive the same recognition as a certificate issued by the Administration.

4 No certificate shall be issued to a ship entitled to fly the flag of a State which is not a Party.

indiquée sur ce certificat. Lorsque la visite de renouvellement est achevée, le nouveau certificat est valable jusqu'à une date qui ne doit pas être postérieure de plus de cinq ans à la date d'expiration du certificat existant avant l'octroi de la prorogation.

10 Dans certains cas particuliers déterminés par l'Administration, il n'est pas nécessaire que le nouveau certificat porte la date d'expiration du certificat existant comme le prescrivent les paragraphes 4, 8 ou 9 de la présente règle. Dans ces cas particuliers, le nouveau certificat est valable jusqu'à une date qui ne doit pas être postérieure de plus de cinq ans à la date d'achèvement de la visite de renouvellement.

11 Un certificat international attestant que le navire est prêt pour le recyclage est délivré soit par l'Administration, soit par une personne ou un organisme autorisé par elle, après l'achèvement d'une visite finale concluante effectuée conformément aux dispositions de la règle 10, aux navires auxquels s'applique la règle 10, compte tenu de l'autorisation donnée à l'installation de recyclage des navires et des directives élaborées par l'Organisation.

12 Un certificat délivré sous l'autorité d'une Partie doit être accepté par les autres Parties et être considéré, à toutes les fins visées par la présente Convention, comme ayant la même validité qu'un certificat délivré par elles. Les certificats doivent être délivrés ou visés soit par l'Administration, soit par un agent ou organisme dûment autorisé par elle. Dans tous les cas, l'Administration assume l'entière responsabilité du certificat.

Règle 12

Délivrance d'un certificat ou apposition d'un visa par une autre Partie

1 À la demande de l'Administration, une autre Partie peut faire visiter un navire et, si elle considère que les dispositions de la présente Convention sont respectées, elle délivre un certificat au navire ou autorise sa délivrance et, le cas échéant, appose un visa ou autorise son apposition sur le certificat que détient le navire, conformément à la présente Annexe.

2 Une copie du certificat et une copie du rapport de la visite doivent être transmises dès que possible à l'Administration qui a demandé que la visite soit effectuée.

3 Un certificat ainsi délivré doit comporter une déclaration attestant qu'il a été délivré à la requête de l'Administration et il a la même valeur et est accepté dans les mêmes conditions qu'un certificat délivré par l'Administration.

4 Aucun certificat ne doit être délivré à un navire autorisé à battre le pavillon d'un État qui n'est pas un État Partie.

tragenen Datum des Ablaufs an verlängert werden. Ist die Erneuerungsbesichtigung abgeschlossen, so gilt das neue Zeugnis bis zu einem Zeitpunkt, der höchstens fünf Jahre nach dem Datum des Ablaufs des vorhandenen Zeugnisses vor Gewährung der Verlängerung liegt.

10 Unter von der Verwaltung zu bestimmenden besonderen Umständen braucht ein neues Zeugnis nicht vom Datum des Ablaufs des vorhandenen Zeugnisses an gültig zu sein, wie es in Absatz 4, 8 oder 9 vorgeschrieben ist. Unter diesen besonderen Umständen gilt das neue Zeugnis bis zu einem Zeitpunkt, der höchstens fünf Jahre nach dem Tag des Abschlusses der Erneuerungsbesichtigung liegt.

11 Nach erfolgreicher Durchführung einer abschließenden Besichtigung gemäß Regel 10 wird Schiffen, auf die Regel 10 Anwendung findet, von der Verwaltung oder einer von ihr ermächtigten Person oder Stelle ein Internationales Zeugnis über die Recyclingfähigkeit ausgestellt, wobei die Zulassung der Abwrackeinrichtung und die von der Organisation ausgearbeiteten Richtlinien zu berücksichtigen sind.

12 Ein im Namen einer Vertragspartei ausgestelltes Zeugnis ist von den anderen Vertragsparteien anzuerkennen und für alle Zwecke im Rahmen dieses Übereinkommens als ebenso gültig zu betrachten wie ein von ihnen ausgestelltes Zeugnis. Zeugnisse werden von der Verwaltung oder von einer von ihr ordnungsgemäß ermächtigten Person oder Stelle ausgestellt beziehungsweise bestätigt. In jedem Fall übernimmt die Verwaltung die volle Verantwortung für das Zeugnis.

Regel 12

Ausstellung oder Bestätigung eines Zeugnisses durch eine andere Vertragspartei

1 Eine andere Vertragspartei kann auf Ersuchen der Verwaltung die Besichtigung eines Schiffes veranlassen und diesem nach Maßgabe dieser Anlage ein Zeugnis ausstellen oder ausstellen lassen und, sofern angebracht, dieses Zeugnis bestätigen oder bestätigen lassen, wenn sie sich davon überzeugt hat, dass dieses Übereinkommen eingehalten wird.

2 Der ersuchenden Verwaltung werden so bald wie möglich eine Kopie des Zeugnisses und eine Kopie des Besichtigungsberichts übermittelt.

3 Ein solches Zeugnis muss die Feststellung enthalten, dass es auf Ersuchen der Verwaltung ausgestellt wurde; es hat die gleiche Gültigkeit wie ein von der Verwaltung ausgestelltes Zeugnis und wird ebenso anerkannt.

4 Einem Schiff, das berechtigt ist, die Flagge eines Staates zu führen, der nicht Vertragspartei ist, darf kein Zeugnis ausgestellt werden.

Regulation 13**Form of the certificates**

The certificates shall be drawn up in an official language of the issuing Party, in the form set forth in Appendices 3 and 4. If the language used is not English, French or Spanish, the text shall include a translation into one of these languages. The Administration may, however, issue the International Certificate on Inventory of Hazardous Materials drawn up only in an official language of the issuing Party to ships not engaged in voyages to ports or offshore terminals under the jurisdiction of other Parties to this Convention and the International Ready for Recycling Certificate drawn up only in an official language of the issuing Party to ships recycled in Ship Recycling Facilities under the jurisdiction of the issuing Party.

Regulation 14**Duration and validity of the certificates**

1 An International Certificate on Inventory of Hazardous Materials issued under regulation 11 or 12 shall cease to be valid in any of the following cases:

- .1 if the condition of the ship does not correspond substantially with the particulars of the certificate, including where Part I of the Inventory of Hazardous Materials is not properly maintained and updated, reflecting changes in ship structure and equipment, in accordance with the guidelines developed by the Organization;
- .2 upon transfer of the ship to the flag of another State. A new certificate shall only be issued when the Party issuing the new certificate is fully satisfied that the ship is in compliance with the requirements of regulation 10. In the case of a transfer between Parties, if requested within three months after the transfer has taken place, the Party whose flag the ship was formerly entitled to fly shall, as soon as possible, transmit to the Administration copies of the certificates carried by the ship before the transfer and, if available, copies of the relevant survey reports;
- .3 if the renewal survey is not completed within the periods specified under regulations 10.1 and 11; or
- .4 if the certificate is not endorsed in accordance with regulation 11 or 12.

Règle 13**Modèle des certificats**

Les certificats doivent être établis dans une langue officielle de la Partie qui les délivre, selon les modèles qui figurent aux appendices 3 et 4. Si la langue utilisée n'est ni l'anglais, ni l'espagnol, ni le français, le texte doit comporter une traduction dans l'une de ces langues. L'Administration peut toutefois établir le certificat international attestant que le navire possède un Inventaire des matières potentiellement dangereuses uniquement dans une langue officielle de la Partie qui délivre le certificat, dans le cas des navires qui n'effectuent pas de voyages à destination de ports ou de terminaux au large relevant de la juridiction d'autres Parties à la présente Convention, et le certificat international attestant que le navire est prêt pour le recyclage uniquement dans une langue officielle de la Partie qui le délivre, dans le cas des navires recyclés dans des installations relevant de la juridiction de ladite Partie.

Règle 14**Durée et validité des certificats**

1 Un certificat international attestant que le navire possède un Inventaire des matières potentiellement dangereuses délivré en vertu de la règle 11 ou 12 cesse d'être valable dans l'un quelconque des cas suivants:

- .1 si l'état du navire ne correspond pas en substance aux indications du certificat, et notamment si la Partie I de l'Inventaire des matières potentiellement dangereuses n'est pas correctement tenue et mise à jour afin de rendre compte des modifications apportées à la structure et à l'équipement du navire, conformément aux directives élaborées par l'Organisation;
- .2 si le navire passe sous le pavillon d'un autre État. Un nouveau certificat ne doit être délivré que si la Partie délivrant le nouveau certificat a la certitude que le navire satisfait aux prescriptions de la règle 10. Dans le cas d'un transfert de pavillon entre Parties, si la demande lui en est faite dans un délai de trois mois à compter du transfert, la Partie dont le navire était autorisé précédemment à battre pavillon adresse dès que possible à l'Administration des copies des certificats dont le navire était pourvu avant le transfert, ainsi que des copies des rapports de visite pertinents, le cas échéant;
- .3 si la visite de renouvellement n'est pas achevée dans les délais indiqués dans les règles 10.1 et 11; ou
- .4 si les visas prévus aux termes de la règle 11 ou de la règle 12 n'ont pas été apposés sur le certificat.

Regel 13**Form der Zeugnisse**

Die Zeugnisse werden in einer Amtssprache der ausstellenden Vertragspartei und in der Form abgefasst, die dem in den Anhängen 3 und 4 wiedergegebenen Muster entspricht. Ist die benutzte Sprache weder Englisch noch Französisch noch Spanisch, so muss der Wortlaut eine Übersetzung in eine dieser Sprachen enthalten. Die Verwaltung kann jedoch Schiffen, die keine Reisen zu Häfen oder Offshore-Umschlagplätzen durchführen, die der Hoheitsgewalt anderer Vertragsparteien dieses Übereinkommens unterliegen, ein nur in einer Amtssprache der ausstellenden Vertragspartei abgefasstes Internationales Zeugnis über das Bestandsverzeichnis der gefährlichen Materialien ausstellen, und sie kann Schiffen, die in Abwrackeinrichtungen recycelt werden, die im Hoheitsbereich der ausstellenden Vertragspartei liegen, ein nur in einer Amtssprache dieser Vertragspartei abgefasstes Internationales Zeugnis über die Recyclingfähigkeit ausstellen.

Regel 14**Geltungsdauer und Gültigkeit der Zeugnisse**

1 Ein nach Regel 11 oder 12 ausgestellttes Zeugnis über das Bestandsverzeichnis der gefährlichen Materialien wird in jedem der nachstehenden Fälle ungültig:

- .1 wenn der Zustand des Schiffes den Angaben in dem Zeugnis im Wesentlichen nicht entspricht, einschließlich der Fälle, in denen Teil I des Bestandsverzeichnisses der gefährlichen Materialien nicht im Einklang mit den von der Organisation ausgearbeiteten Richtlinien ordnungsgemäß geführt und aktualisiert wird, um Änderungen der Bauausführung und der Ausrüstung widerzuspiegeln;
- .2 sobald das Schiff zur Flagge eines anderen Staates überwechselt. Ein neues Zeugnis wird nur ausgestellt, wenn die das neue Zeugnis ausstellende Vertragspartei sich vergewissert hat, dass das Schiff Regel 10 einhält. Bei einem Überwechseln zwischen Vertragsparteien übermittelt die Vertragspartei, deren Flagge das Schiff bisher zu führen berechtigt war, wenn sie innerhalb von drei Monaten nach dem Überwechseln darum ersucht wird, der Verwaltung so bald wie möglich Kopien der Zeugnisse, die das Schiff vor dem Überwechseln mitführte, sowie, falls vorhanden, Kopien der entsprechenden Besichtigungsberichte;
- .3 wenn die Erneuerungsbesichtigung nicht innerhalb der in Regel 10 Absatz 1 und in Regel 11 bestimmten Zeitabschnitte abgeschlossen wird oder
- .4 wenn das Zeugnis nicht nach Regel 11 oder 12 bestätigt wurde.

2 An International Certificate on Inventory of Hazardous Materials shall be issued for a period specified by the Administration, which shall not exceed five years.

3 An International Ready for Recycling Certificate shall be issued for a period specified by the Administration that shall not exceed three months.

4 An International Ready for Recycling Certificate issued under regulation 11 or 12 shall cease to be valid if the condition of the ship does not correspond substantially with the particulars of the certificate.

5 The International Ready for Recycling Certificate may be extended by the Administration or by any person or organization authorized by it for a single point to point voyage to the Ship Recycling Facility.

Chapter 3
Requirements
for Ship Recycling Facilities

Regulation 15
Controls on
Ship Recycling Facilities

1 Each Party shall establish legislation, regulations, and standards that are necessary to ensure that Ship Recycling Facilities are designed, constructed, and operated in a safe and environmentally sound manner in accordance with the regulations of this Convention.

2 Each Party shall establish a mechanism for authorizing Ship Recycling Facilities with appropriate conditions to ensure that such Ship Recycling Facilities meet the requirements of this Convention.

3 Each Party shall establish a mechanism for ensuring that Ship Recycling Facilities comply with the requirements of this chapter including the establishment and effective use of inspection, monitoring and enforcement provisions, including powers of entry and sampling. Such a mechanism may include an audit scheme to be carried out by the Competent Authority(ies) or an organization recognized by the Party, taking into account guidelines developed by the Organization, and the results of these audits should be communicated to the Organization.

4 Each Party shall designate one or more Competent Authorities and the single contact point to be used by the Organization, Parties to this Convention and other interested entities, for matters related to Ship Recycling Facilities operating within the jurisdiction of that Party.

2 Un certificat international attestant que le navire possède un Inventaire des matières potentiellement dangereuses est délivré pour une période dont la durée est fixée par l'Administration, sans que cette durée ne dépasse cinq ans.

3 Un certificat international attestant que le navire est prêt pour le recyclage est délivré pour une période spécifiée par l'Administration, qui ne dépasse pas trois mois.

4 Un certificat international attestant que le navire est prêt pour le recyclage délivré en vertu de la règle 11 ou 12 cesse d'être valable si l'état du navire ne correspond pas en substance aux indications du certificat.

5 Le certificat international attestant que le navire est prêt pour le recyclage peut être prorogé par l'Administration ou par une personne ou un organisme autorisé par elle pour un voyage unique direct jusqu'à l'installation de recyclage des navires.

Chapitre 3
Prescriptions applicables aux
installations de recyclage des navires

Règle 15
Réglementation relative aux
installations de recyclage des navires

1 Chaque Partie édicte toute législation, tout règlement et toute norme nécessaire pour garantir que les installations de recyclage des navires sont conçues, construites et exploitées d'une manière sûre et écologiquement rationnelle conformément aux dispositions de la présente Convention.

2 Chaque Partie met en place un mécanisme qui permet de donner une autorisation à des installations de recyclage des navires assortie des conditions voulues pour que ces installations de recyclage des navires satisfassent aux prescriptions de la présente Convention.

3 Chaque Partie met en place un mécanisme qui permet de garantir que les installations de recyclage des navires satisfont aux prescriptions du présent chapitre, y compris d'établir et d'utiliser efficacement des mesures d'inspection, de surveillance et d'exécution, notamment le droit d'entrer et de prélever des échantillons. Ce mécanisme peut inclure un programme de vérifications mené par l'Autorité ou les Autorités compétentes ou un organisme reconnu par la Partie, compte tenu des directives élaborées par l'Organisation; les résultats de ces vérifications devraient être communiqués à l'Organisation.

4 Chaque Partie désigne une ou plusieurs Autorités compétentes et le point de contact unique auxquels l'Organisation, les Parties à la présente Convention et les autres entités intéressées doivent s'adresser en ce qui concerne les installations de recyclage des navires dont l'exploitation relève de la juri-

2 Ein Internationales Zeugnis über das Bestandsverzeichnis der gefährlichen Materialien wird für einen von der Verwaltung bestimmten Zeitabschnitt von höchstens fünf Jahren ausgestellt.

3 Ein Internationales Zeugnis über die Recyclingfähigkeit wird für einen von der Verwaltung bestimmten Zeitabschnitt von höchstens drei Monaten ausgestellt.

4 Ein nach Regel 11 oder 12 ausgestellt Internationales Zeugnis über die Recyclingfähigkeit wird ungültig, wenn der Zustand des Schiffes den Angaben in dem Zeugnis im Wesentlichen nicht entspricht.

5 Das Internationale Zeugnis über die Recyclingfähigkeit kann von der Verwaltung oder einer von ihr ermächtigten Person oder Stelle für eine einzelne direkte Reise zur Abwrackeinrichtung verlängert werden.

Kapitel 3
Vorschriften für
Abwrackeinrichtungen

Regel 15
Regelungen betreffend
Abwrackeinrichtungen

1 Jede Vertragspartei legt die gesetzlichen Bestimmungen, sonstigen Vorschriften und Normen fest, die erforderlich sind, um sicherzustellen, dass Abwrackeinrichtungen in Übereinstimmung mit den Regeln dieses Übereinkommens in einer sicheren und umweltgerechten Weise entworfen, gebaut und betrieben werden.

2 Jede Vertragspartei führt ein Verfahren für die Zulassung von Abwrackeinrichtungen mit solchen Bedingungen ein, dass sichergestellt ist, dass diese Abwrackeinrichtungen die Vorschriften dieses Übereinkommens einhalten.

3 Jede Vertragspartei führt ein Verfahren ein, durch das sichergestellt wird, dass Abwrackeinrichtungen die Vorschriften dieses Kapitels einhalten; dazu gehört auch die Festlegung und wirksame Anwendung von Bestimmungen betreffend Überprüfungen, Überwachung und Durchsetzung, einschließlich Betretungs- und Probenahmebefugnisse. Ein solches Verfahren kann ein Prüfsystem enthalten, das von der zuständigen Behörde oder den zuständigen Behörden oder einer von der Vertragspartei anerkannten Stelle angewandt wird, wobei die von der Organisation ausgearbeiteten Richtlinien zu berücksichtigen sind; die Ergebnisse dieser Prüfungen sollen an die Organisation weitergeleitet werden.

4 Jede Vertragspartei bezeichnet eine oder mehrere zuständige Behörden sowie eine einzige Kontaktstelle, an die sich die Organisation, die Vertragsparteien dieses Übereinkommens und andere beteiligte Stellen in Angelegenheiten wenden können, die mit Abwrackeinrichtungen in Zusammenhang

diction de ladite Partie.

Regulation 16

Authorization of Ship Recycling Facilities

1 Ship Recycling Facilities which recycle ships to which this Convention applies, or ships treated similarly pursuant to Article 3.4, shall be authorized by a Party taking into account the guidelines developed by the Organization.

2 The authorization shall be carried out by the Competent Authority(ies) and shall include verification of documentation required by this Convention and a site inspection. The Competent Authority(ies) may however entrust the authorization of Ship Recycling Facilities to organizations recognized by it.

3 The Party shall notify the Organization of the specific responsibilities and conditions of the authority delegated to the recognized organizations, for circulation to Parties. In every case, the Competent Authority(ies) retains full responsibility for the authorization issued.

4 The authorization shall be drawn up in the form set forth in Appendix 5. If the language used is not English, French or Spanish, the text shall include a translation into one of these languages.

5 The authorization shall be valid for a period specified by the Party but not exceeding five years. The Party shall identify the terms for which the authorization will be issued, withdrawn, suspended, amended and renewed, and communicate these terms to the Ship Recycling Facilities. If a Ship Recycling Facility refuses inspection by the Competent Authority(ies) or the recognized organization operating on its/their behalf, the authorization shall be suspended or withdrawn.

6 If incidents or actions taken at the Ship Recycling Facility have the effect that the conditions for the authorization are no longer fulfilled, the Ship Recycling Facility shall inform the Competent Authority(ies). The Competent Authority(ies) may accordingly decide to suspend or withdraw the authorization, or require corrective actions by the Ship Recycling Facility.

Regulation 17

General requirements

1 Ship Recycling Facilities authorized by a Party shall establish management systems, procedures and techniques which do not

Règle 16

Autorisation donnée aux installations de recyclage des navires

1 Les installations de recyclage des navires qui recyclent des navires auxquels s'applique la présente Convention ou des navires qui sont soumis au même traitement en vertu de l'article 3.4 doivent recevoir l'autorisation d'une Partie, compte tenu des directives élaborées par l'Organisation.

2 L'autorisation doit être effectuée par l'Autorité ou les Autorités compétentes et doit inclure la vérification des documents requis par la présente Convention, ainsi qu'une inspection sur place. L'Autorité ou les Autorités compétentes peuvent toutefois confier cette tâche à des organismes reconnus par elles.

3 La Partie doit notifier à l'Organisation les conditions spécifiques de la délégation de son autorité à des organismes reconnus, ainsi que les responsabilités qu'elle leur confie, pour diffusion aux Parties. Dans chaque cas, l'Autorité ou les Autorités compétentes assument l'entière responsabilité de l'autorisation octroyée.

4 L'autorisation doit être établie selon le modèle figurant à l'appendice 5. Si la langue utilisée n'est ni l'anglais, ni l'espagnol, ni le français, le texte doit inclure une traduction dans l'une de ces langues.

5 L'autorisation est valable pour une période d'une durée spécifiée par la Partie qui ne dépasse pas cinq ans. La Partie doit déterminer les conditions dans lesquelles l'autorisation est accordée, retirée, suspendue, modifiée et renouvelée et doit les communiquer aux installations de recyclage des navires. Si une installation de recyclage de navires refuse une inspection par l'Autorité ou les Autorités compétentes ou l'organisme reconnu agissant en son/leur nom, l'autorisation est suspendue ou retirée.

6 Si, à la suite d'incidents survenus ou de mesures prises dans l'installation de recyclage des navires, les conditions requises pour l'autorisation ne sont plus remplies, l'installation de recyclage des navires doit en informer l'Autorité ou les Autorités compétentes. L'Autorité ou les Autorités compétentes peuvent en conséquence décider de suspendre ou retirer l'autorisation ou exiger que l'installation de recyclage des navires prenne des mesures correctives.

Règle 17

Prescriptions générales

1 Les installations de recyclage des navires autorisées par une Partie mettent en place des systèmes, des procédures et des tech-

stehen, die im Hoheitsbereich dieser Vertragspartei betrieben werden.

Regel 16

Zulassung von Abwrackeinrichtungen

1 Abwrackeinrichtungen, die Schiffe recyceln, auf die dieses Übereinkommen Anwendung findet, oder Schiffe, die nach Artikel 3 Absatz 4 entsprechend behandelt werden, werden von einer Vertragspartei unter Berücksichtigung der von der Organisation ausgearbeiteten Richtlinien zugelassen.

2 Die Zulassung wird von der zuständigen Behörde oder den zuständigen Behörden vorgenommen und umfasst die Überprüfung der in diesem Übereinkommen vorgeschriebenen Unterlagen und eine Vor-Ort-Kontrolle. Die zuständige Behörde oder die zuständigen Behörden können die Zulassung von Abwrackeinrichtungen jedoch von ihr anerkannten Stellen übertragen.

3 Die Vertragspartei teilt der Organisation zur Weiterleitung an die anderen Vertragsparteien die genauen Verantwortlichkeiten und Bedingungen mit, die mit der den anerkannten Stellen übertragenen Befugnis verbunden sind. In jedem Fall behält die zuständige Behörde oder behalten die zuständigen Behörden die volle Verantwortung für die erteilten Zulassungen.

4 Die Zulassung wird in der Form abgefasst, die dem in Anhang 5 wiedergegebenen Muster entspricht. Ist die benutzte Sprache weder Englisch noch Französisch noch Spanisch, so muss der Wortlaut eine Übersetzung in eine dieser Sprachen enthalten.

5 Die Zulassung ist für einen von der Vertragspartei bestimmten Zeitabschnitt von höchstens fünf Jahren gültig. Die Vertragspartei legt die Bedingungen fest, unter denen die Zulassung erteilt, entzogen, ausgesetzt, geändert oder verlängert wird, und teilt diese Bedingungen den Abwrackeinrichtungen mit. Lehnt eine Abwrackeinrichtung eine Überprüfung durch die zuständige Behörde oder die zuständigen Behörden oder die in ihrem Namen tätige anerkannte Stelle ab, so wird die Zulassung ausgesetzt oder entzogen.

6 Haben Zwischenfälle oder Maßnahmen in der Abwrackeinrichtung zur Folge, dass die Bedingungen für die Zulassung nicht mehr erfüllt sind, so unterrichtet die Abwrackeinrichtung die zuständige Behörde oder die zuständigen Behörden. Die zuständige Behörde oder die zuständigen Behörden können dann beschließen, die Zulassung auszusetzen oder zu entziehen oder von der Abwrackeinrichtung Abhilfemaßnahmen verlangen.

Regel 17

Allgemeine Vorschriften

1 Von einer Vertragspartei zugelassene Abwrackeinrichtungen führen Management-systeme, Verfahren und Techniken ein, die

pose health risks to the workers concerned or to the population in the vicinity of the Ship Recycling Facility and which will prevent, reduce, minimize and to the extent practicable eliminate adverse effects on the environment caused by Ship Recycling, taking into account guidelines developed by the Organization.

2 Ship Recycling Facilities authorized by a Party shall, for ships to which this Convention applies, or ships treated similarly pursuant to Article 3.4:

.1 only accept ships that:

.1 comply with this Convention; or

.2 meet the requirements of this Convention;

.2 only accept ships which they are authorized to recycle; and

.3 have the documentation of its authorization available if such documentation is requested by a shipowner that is considering recycling a ship at that Ship Recycling Facility.

riques de gestion qui ne présentent pas de risques pour la santé des travailleurs concernés ou la population au voisinage de l'installation de recyclage des navires et qui sont destinés à prévenir, à limiter, à réduire au minimum et dans la mesure où cela est possible dans la pratique, à éliminer les effets dommageables du recyclage des navires sur l'environnement, compte tenu des directives élaborées par l'Organisation.

2 Les installations de recyclage des navires autorisées par une Partie, en ce qui concerne les navires auxquels s'applique la présente Convention ou les navires qui sont soumis au même traitement en vertu de l'article 3.4:

.1 n'acceptent que les navires qui:

.1 respectent la présente Convention; ou

.2 satisfont aux prescriptions de la Convention;

.2 n'acceptent que les navires qu'elles sont autorisées à recycler; et

.3 tiennent à disposition les documents qui fondent leur autorisation, s'ils sont demandés par un propriétaire de navire qui envisage d'y recycler un navire.

weder für die betroffenen Arbeiter noch für die Bevölkerung in der Umgebung der Abwrackeinrichtung ein gesundheitliches Risiko darstellen und durch das Recycling von Schiffen verursachte nachteilige Auswirkungen auf die Umwelt verhüten, verringern, auf ein Mindestmaß beschränken und, soweit praktisch durchführbar, beheben, wobei die von der Organisation ausgearbeiteten Richtlinien zu berücksichtigen sind.

2 Die von einer Vertragspartei zugelassenen Abwrackeinrichtungen werden in Bezug auf Schiffe, auf die dieses Übereinkommen Anwendung findet, oder Schiffe, die nach Artikel 3 Absatz 4 entsprechend behandelt werden,

.1 nur Schiffe annehmen,

.1 die dieses Übereinkommen einhalten, beziehungsweise

.2 die den Vorschriften dieses Übereinkommens entsprechen;

.2 nur Schiffe annehmen, für deren Recycling sie eine Zulassung haben;

.3 die Unterlagen zu ihrer Zulassung bereithalten, falls solche Unterlagen von einem Schiffseigentümer verlangt werden, der erwägt, ein Schiff in der betreffenden Abwrackeinrichtung recyceln zu lassen.

Regulation 18

Ship Recycling Facility Plan

Ship Recycling Facilities authorized by a Party shall prepare a Ship Recycling Facility Plan. The Plan shall be adopted by the board or the appropriate governing body of the Recycling Company, and shall include:

.1 a policy ensuring workers' safety and the protection of human health and the environment, including the establishment of objectives that lead to the minimization and elimination to the extent practicable of the adverse effects on human health and the environment caused by Ship Recycling;

.2 a system for ensuring implementation of the requirements set out in this Convention, the achievement of the goals set out in the policy of the Recycling Company, and the continuous improvement of the procedures and standards used in the Ship Recycling operations;

.3 identification of roles and responsibilities for employers and workers when conducting Ship Recycling operations;

Règle 18

Plan relatif à l'installation de recyclage des navires

Les installations de recyclage des navires autorisées par une Partie établissent un plan relatif à l'installation de recyclage des navires. Ce plan est adopté par le comité de direction ou l'organe directeur approprié de la compagnie de recyclage et doit prévoir ce qui suit:

.1 une politique garantissant la sécurité des travailleurs et la protection de la santé et de l'environnement, y compris l'établissement d'objectifs visant à réduire au minimum et à éliminer dans la mesure où cela est possible dans la pratique les effets dommageables du recyclage des navires sur la santé de l'homme et l'environnement;

.2 un système permettant d'assurer l'application des prescriptions énoncées dans la présente Convention, la réalisation des objectifs prévus dans la politique de la compagnie de recyclage et l'amélioration continue des procédures et des normes utilisées dans les opérations de recyclage des navires;

.3 la définition des rôles et des responsabilités des employeurs et des travailleurs lors de l'exécution des opérations de recyclage des navires;

Regel 18

Betriebsplan der Abwrackeinrichtung

Die von einer Vertragspartei zugelassenen Abwrackeinrichtungen erstellen einen Betriebsplan der Abwrackeinrichtung. Der Plan wird durch den Aufsichtsrat oder das entsprechende Leitungsorgan des Recyclingunternehmens genehmigt; er enthält

.1 ein Konzept, das die Sicherheit der Arbeiter und den Schutz der menschlichen Gesundheit und der Umwelt gewährleistet, einschließlich der Festlegung von Zielen, die zum Gegenstand haben, die nachteiligen Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit und die Umwelt durch das Recycling von Schiffen auf ein Mindestmaß zu beschränken und, soweit praktisch durchführbar, zu beheben;

.2 ein System, um die Durchführung der in diesem Übereinkommen festgelegten Vorschriften, die Erreichung der im Konzept des Recyclingunternehmens festgelegten Ziele und die ständige Verbesserung der Verfahren und Normen zu gewährleisten, die bei den Arbeiten im Zusammenhang mit dem Recycling von Schiffen angewandt werden;

.3 die Festlegung von Aufgaben und Zuständigkeiten der Arbeitgeber und der Arbeiter bei der Ausführung der Arbeiten im Zusammenhang mit dem Recycling von Schiffen;

<p>.4 a programme for providing appropriate information and training of workers for the safe and environmentally sound operation of the Ship Recycling Facility;</p> <p>.5 an emergency preparedness and response plan;</p> <p>.6 a system for monitoring the performance of Ship Recycling;</p> <p>.7 a record-keeping system showing how Ship Recycling is carried out;</p> <p>.8 a system for reporting discharges, emissions, incidents and accidents causing damage, or with the potential of causing damage, to workers' safety, human health and the environment; and</p> <p>.9 a system for reporting occupational diseases, accidents, injuries and other adverse effects on workers' safety and human health,</p> <p>taking into account guidelines developed by the Organization.</p>	<p>.4 un programme d'information et de formation approprié pour les travailleurs, afin de garantir l'exploitation sûre et écologiquement rationnelle de l'installation de recyclage des navires;</p> <p>.5 un plan de préparation et d'intervention en cas de situation d'urgence;</p> <p>.6 un système de surveillance de l'exécution du recyclage des navires;</p> <p>.7 un système de tenue de registres montrant comment le recyclage des navires est exécuté;</p> <p>.8 un système permettant de signaler les rejets, les émissions, les événements et les accidents portant atteinte, ou pouvant potentiellement porter atteinte, à la sécurité des travailleurs, à la santé de l'homme et à l'environnement; et</p> <p>.9 un système permettant de signaler les maladies professionnelles, accidents, lésions corporelles et autres effets dommageables pour la sécurité des travailleurs et la santé de l'homme,</p> <p>compte tenu des directives élaborées par l'Organisation.</p>	<p>.4 ein Programm für die angemessene Unterrichtung und Schulung von Arbeitern im Hinblick auf einen sicheren und umweltgerechten Betrieb der Abwrackeinrichtung;</p> <p>.5 einen Notfallbereitschafts- und Hilfsplan;</p> <p>.6 ein System zur Leistungskontrolle beim Recycling von Schiffen;</p> <p>.7 ein Aufzeichnungssystem über die Durchführung des Recyclings von Schiffen;</p> <p>.8 ein Meldesystem für austretende Stoffe, Emissionen, Zwischenfälle und Unfälle, die die Sicherheit der Arbeiter, die menschliche Gesundheit und die Umwelt schädigen oder möglicherweise schädigen;</p> <p>.9 ein Meldesystem für berufsbedingte Krankheiten, Unfälle, Verletzungen und andere nachteilige Auswirkungen auf die Sicherheit der Arbeiter und die menschliche Gesundheit,</p> <p>wobei die von der Organisation ausgearbeiteten Richtlinien zu berücksichtigen sind.</p>
--	--	---

Regulation 19

**Prevention
of adverse effects
to human health
and the environment**

Ship Recycling Facilities authorized by a Party shall establish and utilize procedures to:

- .1 prevent explosions, fires, and other unsafe conditions by ensuring that Safe-for-hot work conditions and procedures are established, maintained and monitored throughout Ship Recycling;
- .2 prevent harm from dangerous atmospheres and other unsafe conditions by ensuring that Safe-for-entry conditions and procedures are established, maintained, and monitored in ship spaces, including confined spaces and enclosed spaces, throughout Ship Recycling;
- .3 prevent other accidents, occupational diseases and injuries or other adverse effects on human health and the environment; and
- .4 prevent spills or emissions throughout Ship Recycling which may cause harm to human health and/or the environment,

taking into account guidelines developed by the Organization.

Règle 19

**Prévention
des effets nocifs
pour la santé de l'homme
et l'environnement**

Les installations de recyclage des navires autorisées par une Partie doivent établir et appliquer des procédures visant à:

- .1 prévenir les explosions, les incendies et autres risques en garantissant que des conditions et des procédures de sécurité en vue du travail à chaud sont mises en place, maintenues et surveillées du début à la fin du recyclage des navires;
- .2 éviter tout préjudice dû à des atmosphères dangereuses et autres conditions présentant des risques en s'assurant que des conditions et des procédures de sécurité sont mises en place, maintenues et surveillées dans les espaces des navires, y compris les espaces confinés et fermés, du début à la fin du recyclage des navires;
- .3 prévenir les autres accidents, maladies professionnelles et blessures ou autres effets nocifs pour la santé de l'homme et l'environnement; et
- .4 prévenir, du début à la fin du recyclage des navires, les déversements ou émissions qui risquent de porter atteinte à la santé de l'homme et/ou à l'environnement,

compte tenu des directives élaborées par l'Organisation.

Regel 19

**Verhütung
nachteiliger Auswirkungen
auf die menschliche Gesundheit
und die Umwelt**

Die von einer Vertragspartei zugelassenen Abwrackeinrichtungen führen Verfahren ein und wenden sie an, um

- .1 Explosionen, Brände und sonstige mangelhafte Sicherheitsbedingungen zu verhüten, indem sie sicherstellen, dass während des gesamten Recyclings von Schiffen Bedingungen und Verfahren festgelegt, aufrechterhalten und überwacht werden, die sichere feuergefährliche Arbeiten ermöglichen;
- .2 einen Schaden aufgrund gefährlicher Luftverhältnisse und sonstiger mangelhafter Sicherheitsbedingungen zu verhüten, indem sie sicherstellen, dass während des gesamten Recyclings von Schiffen in den Bereichen des Schiffes, einschließlich enger und geschlossener Bereiche, Bedingungen und Verfahren festgelegt, aufrechterhalten und überwacht werden, die ein sicheres Begehen ermöglichen;
- .3 sonstige Unfälle, berufsbedingte Krankheiten und Verletzungen oder andere nachteilige Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit und die Umwelt zu verhüten;
- .4 das Austreten von Flüssigkeiten oder Emissionen, die die menschliche Gesundheit und/oder die Umwelt möglicherweise schädigen, während des gesamten Recyclings von Schiffen zu verhüten,

wobei die von der Organisation ausgearbeiteten Richtlinien zu berücksichtigen sind.

Regulation 20	Règle 20	Regel 20
Safe and environmentally sound management of Hazardous Materials	Gestion sûre et écologiquement rationnelle des matières potentiellement dangereuses	Sichere und umweltgerechte Behandlung von gefährlichen Materialien
<p>1 Ship Recycling Facilities authorized by a Party shall ensure safe and environmentally sound removal of any Hazardous Material contained in a ship certified in accordance with regulation 11 or 12. The person(s) in charge of the recycling operations and the workers shall be familiar with the requirements of this Convention relevant to their tasks and, in particular, actively use the Inventory of Hazardous Materials and the Ship Recycling Plan, prior to and during the removal of Hazardous Materials.</p>	<p>1 Les installations de recyclage des navires autorisées par une Partie doivent assurer, en toute sécurité et d'une manière écologiquement rationnelle, l'enlèvement de toutes les matières potentiellement dangereuses d'un navire qui possède les certificats ou visas prévus par la règle 11 ou 12. La ou les personnes responsables des opérations de recyclage et les travailleurs doivent avoir une bonne connaissance des prescriptions de la présente Convention qui se rapportent à leurs tâches et, en particulier, utiliser activement, avant et pendant l'enlèvement des matières potentiellement dangereuses, l'Inventaire des matières potentiellement dangereuses et le plan de recyclage du navire.</p>	<p>1 Die von einer Vertragspartei zugelassenen Abwrackeinrichtungen gewährleisten die sichere und umweltgerechte Entfernung aller gefährlichen Materialien, die in einem Schiff, dem nach Regel 11 oder 12 ein Zeugnis erteilt wurde, enthalten sind. Die für die Recyclingarbeiten verantwortliche Person oder die dafür verantwortlichen Personen und die Arbeiter müssen mit den für ihre Aufgaben einschlägigen Vorschriften dieses Übereinkommens vertraut sein und insbesondere das Bestandsverzeichnis der gefährlichen Materialien und den Schiffsrecyclingplan vor und während der Entfernung von gefährlichen Materialien aktiv nutzen.</p>
<p>2 Ship Recycling Facilities authorized by a Party shall ensure that all Hazardous Materials detailed in the Inventory are identified, labelled, packaged and removed to the maximum extent possible prior to cutting by properly trained and equipped workers, taking into account the guidelines developed by the Organization, in particular:</p>	<p>2 Les installations de recyclage des navires ayant obtenu l'autorisation d'une Partie doivent s'assurer que toutes les matières potentiellement dangereuses répertoriées dans l'Inventaire sont identifiées, étiquetées, emballées et retirées dans toute la mesure du possible avant le découpage par des travailleurs dûment formés et disposant d'un équipement approprié, compte tenu des directives élaborées par l'Organisation, en particulier:</p>	<p>2 Die von einer Vertragspartei zugelassenen Abwrackeinrichtungen stellen sicher, dass unter Berücksichtigung der von der Organisation ausgearbeiteten Richtlinien alle im Bestandsverzeichnis aufgeführten gefährlichen Materialien vor der Durchführung von Schneidarbeiten durch fachlich geschulte und geeignet ausgerüstete Arbeiter soweit irgend möglich ermittelt, gekennzeichnet, verpackt und entfernt werden, insbesondere</p>
<p>.1 hazardous liquids, residues and sediments;</p> <p>.2 substances or objects containing heavy metals such as lead, mercury, cadmium and hexavalent chromium;</p> <p>.3 paints and coatings that are highly flammable and/or lead to toxic releases;</p> <p>.4 asbestos and materials containing asbestos;</p> <p>.5 PCB and materials containing PCBs, ensuring that heat inducing equipment is avoided during such operations;</p> <p>.6 CFCs and halons; and</p> <p>.7 other Hazardous Materials not listed above and that are not a part of the ship structure.</p>	<p>.1 les liquides, résidus et sédiments potentiellement dangereux;</p> <p>.2 les substances ou objets contenant des métaux lourds tels que le plomb, le mercure, le cadmium et le chrome hexavalent;</p> <p>.3 les peintures et revêtements qui sont hautement inflammables et/ou donnent lieu à des émanations toxiques;</p> <p>.4 l'amiante et les matières et matériaux contenant de l'amiante;</p> <p>.5 les PCB et les matières et matériaux contenant des PCB, en veillant à ce que l'utilisation de matériel produisant de la chaleur soit évitée pendant de telles opérations;</p> <p>.6 les CFC et les halons; et</p> <p>.7 les autres matières potentiellement dangereuses qui ne sont pas mentionnées ci-dessus et qui ne font pas partie de la structure du navire.</p>	<p>.1 gefährliche Flüssigkeiten, Rückstände und Sedimente;</p> <p>.2 Stoffe oder Gegenstände, die Schwermetalle wie Blei, Quecksilber, Cadmium und sechswertiges Chrom enthalten;</p> <p>.3 Farben und Beschichtungen, die leicht entzündlich sind und/oder zu giftigen Freisetzungen führen;</p> <p>.4 Asbest und asbesthaltige Materialien;</p> <p>.5 PCB und PCB-haltige Materialien, wobei sicherzustellen ist, dass der Einsatz wärmeerzeugender Geräte während solcher Arbeiten vermieden wird;</p> <p>.6 FCKW und Halone;</p> <p>.7 weitere hier nicht aufgeführte gefährliche Materialien, die nicht Teil des Schiffskörpers sind.</p>
<p>3 Ship Recycling Facilities authorized by a Party shall provide for and ensure safe and environmentally sound management of all Hazardous Materials and wastes removed from the ship recycled at that Ship Recycling Facility. Waste management and disposal sites shall be identified to provide for the further safe and environmentally sound management of materials.</p>	<p>3 Les installations de recyclage des navires ayant obtenu l'autorisation d'une Partie doivent permettre et assurer la gestion sûre et écologiquement rationnelle de toutes les matières et de tous les déchets potentiellement dangereux enlevés des navires qui y sont recyclés. Il faut identifier des sites de gestion et d'élimination des déchets qui permettent de gérer ultérieurement ces matières d'une manière sûre et écologiquement rationnelle.</p>	<p>3 Die von einer Vertragspartei zugelassenen Abwrackeinrichtungen ermöglichen und gewährleisten die sichere und umweltgerechte Behandlung aller gefährlichen Materialien und Abfälle, die aus dem in der betreffenden Abwrackeinrichtung recycelten Schiff entfernt werden. Es sind Standorte für die Behandlung und Entsorgung der Abfälle anzugeben, um die weitere sichere und umweltgerechte Behandlung der Materialien zu ermöglichen.</p>
<p>4 All wastes generated from the recycling activity shall be kept separate from recyclable materials and equipment, labelled, stored in appropriate conditions that do not</p>	<p>4 Tous les déchets issus de l'activité de recyclage doivent être entreposés à part des matériaux et de l'équipement recyclables, être étiquetés, être stockés dans des condi-</p>	<p>4 Alle bei den Recyclingtätigkeiten entstehenden Abfälle werden getrennt von recyclingfähigen Materialien und Ausrüstungsgegenständen gehalten, gekennzeichnet,</p>

pose a risk to the workers, human health or the environment and only transferred to a waste management facility authorized to deal with their treatment and disposal in a safe and environmentally sound manner.

Regulation 21

Emergency preparedness and response

Ship Recycling Facilities authorized by a Party shall establish and maintain an emergency preparedness and response plan. The plan shall be made having regard to the location and environment of the Ship Recycling Facility, and shall take into account the size and nature of activities associated with each Ship Recycling operation. The plan shall furthermore:

- .1 ensure that the necessary equipment and procedures to be followed in the case of an emergency are in place, and that drills are conducted on a regular basis;
- .2 ensure that the necessary information, internal communication and coordination are provided to protect all people and the environment in the event of an emergency at the Ship Recycling Facility;
- .3 provide for communication with, and information to, the relevant Competent Authority(ies), the neighbourhood and emergency response services;
- .4 provide for first-aid and medical assistance, fire-fighting and evacuation of all people at the Ship Recycling Facility, pollution prevention; and
- .5 provide for relevant information and training to all workers of the Ship Recycling Facility, at all levels and according to their competence, including regular exercises in emergency prevention, preparedness and response procedures.

Regulation 22

Worker safety and training

1 Ship Recycling Facilities authorized by a Party shall provide for worker safety by measures including:

- .1 ensuring the availability, maintenance and use of personal protective equipment and clothing needed for all Ship Recycling operations;

tions appropriées qui ne posent aucun risque pour les travailleurs, la santé de l'homme ou l'environnement et être transférés uniquement dans une installation de gestion des déchets autorisée à les traiter et à les éliminer d'une manière sûre et écologiquement rationnelle.

Règle 21

Préparation et intervention en cas de situation d'urgence

Les installations de recyclage des navires ayant obtenu l'autorisation d'une Partie établissent et tiennent à jour un plan de préparation et d'intervention en cas de situation d'urgence. Ce plan est établi compte tenu de l'emplacement et de l'environnement de l'installation de recyclage des navires, ainsi que de l'ampleur et de la nature des activités liées à chaque opération de recyclage de navires. Ce plan doit en outre:

- .1 garantir que l'équipement nécessaire est disponible, que les procédures à suivre en cas d'urgence sont en place et que des exercices sont organisés régulièrement;
- .2 garantir que la communication de tous les renseignements nécessaires est prévue et que toutes les communications internes et la coordination requises sont en place pour protéger toutes les personnes et l'environnement en cas de situation d'urgence dans l'installation de recyclage des navires;
- .3 prévoir des moyens qui permettent de communiquer avec l'Autorité ou les Autorités compétentes pertinentes, les autorités locales et les services d'intervention d'urgence et de leur fournir des renseignements;
- .4 prévoir des secours d'urgence et une assistance médicale, des procédures de lutte contre l'incendie et d'évacuation de toutes les personnes se trouvant dans l'installation de recyclage des navires, ainsi que des mesures de prévention de la pollution; et
- .5 assurer la communication de renseignements pertinents à tous les travailleurs de l'installation de recyclage des navires, à tous les niveaux et selon leurs compétences, et assurer leur formation, y compris des exercices réguliers sur les procédures de prévention, de préparation et d'intervention en cas de situation d'urgence.

Règle 22

Sécurité et formation des travailleurs

1 Les installations de recyclage des navires autorisées par une Partie doivent garantir la sécurité des travailleurs en prenant notamment des mesures pour:

- .1 assurer la disponibilité, l'entretien et l'utilisation des vêtements et de l'équipement de protection individuelle requis pour toutes les opérations de recyclage

unter geeigneten Bedingungen, die keine Gefahr für die Arbeiter, die menschliche Gesundheit oder die Umwelt darstellen, gelagert und nur an solche Anlagen zur Abfallbehandlung verbracht, die eine Zulassung dafür haben, sie in sicherer und umweltgerechter Weise zu behandeln und zu entsorgen.

Regel 21

Notfallvorsorge und Notfallbekämpfung

Die von einer Vertragspartei zugelassenen Abwrackeinrichtungen erstellen einen Notfallplan und bringen ihn stets auf den neuesten Stand. Der Plan wird unter Berücksichtigung des Standorts und der Umgebung der Abwrackeinrichtung erstellt und muss den Umfang und die Art der mit jedem Schiffsrecyclingvorgang verbundenen Tätigkeiten berücksichtigen. Außerdem muss der Plan

- .1 sicherstellen, dass die notwendige Ausrüstung und die in einem Notfall zu befolgenden Verfahren bereitstehen und dass regelmäßig Übungen durchgeführt werden;
- .2 sicherstellen, dass die notwendigen Informationen, die interne Kommunikation und die Koordinierung gegeben sind, um alle Personen und die Umwelt bei einem Notfall in der Abwrackeinrichtung zu schützen;
- .3 die Kommunikation mit der zuständigen Behörde oder den zuständigen Behörden, der Umgebung und den Notfalldiensten sowie deren Unterrichtung vorsehen;
- .4 Erste Hilfe und medizinische Versorgung, Brandbekämpfung und Evakuierung aller Personen in der Abwrackeinrichtung sowie Umweltschutzmaßnahmen vorsehen;
- .5 eine angemessene Unterrichtung und Schulung aller Arbeiter der Abwrackeinrichtung auf allen Ebenen und entsprechend ihren Zuständigkeiten vorsehen, einschließlich regelmäßiger Übungen zum Katastrophenschutz und zur Notfallvorsorge und Notfallbekämpfung.

Regel 22

Sicherheit und Schulung der Arbeiter

1 Die von einer Vertragspartei zugelassenen Abwrackeinrichtungen gewährleisten die Sicherheit der Arbeiter unter anderem durch folgende Maßnahmen:

- .1 Sicherstellen der Verfügbarkeit, Instandhaltung und Benutzung einer persönlichen Schutzausrüstung und Schutzkleidung, die für alle Arbeiten im Zu-

	de navires;	sammenhang mit dem Recycling von Schiffen erforderlich ist;
.2 ensuring that training programmes are provided to enable workers to safely undertake all Ship Recycling operations they are tasked to do; and	.2 veiller à ce que des programmes de formation permettent aux travailleurs d'exécuter en toute sécurité toutes les opérations de recyclage des navires qui leur sont confiées; et	.2 Sicherstellen von Schulungsprogrammen, um die Arbeiter in die Lage zu versetzen, alle ihnen aufgetragenen Arbeiten im Zusammenhang mit dem Recycling von Schiffen sicher auszuführen;
.3 ensuring that all workers at the Ship Recycling Facility have been provided with appropriate training and familiarization prior to performing any Ship Recycling operation.	.3 veiller à ce que tous les travailleurs de l'installation de recyclage des navires aient été correctement formés et familiarisés avant d'exécuter une quelconque opération de recyclage de navire.	.3 Sicherstellen, dass alle Arbeiter der Abwrackeinrichtung vor der Ausführung von Arbeiten im Zusammenhang mit dem Recycling von Schiffen in ausreichender Weise geschult und mit der Einrichtung vertraut gemacht worden sind.
2 Ship Recycling Facilities authorized by a Party shall provide and ensure the use of personal protective equipment for operations requiring such use, including:	2 Les installations de recyclage des navires ayant obtenu l'autorisation d'une Partie doivent fournir un équipement de protection individuelle et veiller à ce qu'il soit utilisé pour les opérations qui le nécessitent, y compris:	2 Die von einer Vertragspartei zugelassenen Abwrackeinrichtungen stellen eine persönliche Schutzausrüstung zur Verfügung und stellen deren Verwendung für Arbeiten sicher, bei denen sie notwendig ist; zu dieser Schutzausrüstung gehören
.1 head protection;	.1 protection de la tête;	.1 Kopfschutz;
.2 face and eye protection;	.2 protection du visage et des yeux;	.2 Gesichts- und Augenschutz;
.3 hand and foot protection;	.3 protection des mains et des pieds;	.3 Hand- und Fußschutz;
.4 respiratory protective equipment;	.4 protection des voies respiratoires;	.4 Atemschutzausrüstung;
.5 hearing protection;	.5 protection de l'ouïe;	.5 Gehörschutz;
.6 protectors against radioactive contamination;	.6 protection contre la contamination radioactive;	.6 Strahlenschutz;
.7 protection from falls; and	.7 protection contre les chutes; et	.7 Fallschutz;
.8 appropriate clothing.	.8 vêtements adaptés.	.8 geeignete Kleidung.
3 Ship Recycling Facilities authorized by a Party may co-operate in providing for training of workers. Taking into account the guidelines developed by the Organization, the training programmes set forth in paragraph 1.2 of this regulation shall:	3 Les installations de recyclage des navires ayant obtenu l'autorisation d'une Partie peuvent coopérer pour assurer la formation des travailleurs. Compte tenu des directives élaborées par l'Organisation, les programmes de formation prévus au paragraphe 1.2 de la présente règle doivent:	3 Die von einer Vertragspartei zugelassenen Abwrackeinrichtungen können bei der Schulung der Arbeiter zusammenarbeiten. Unter Berücksichtigung der von der Organisation ausgearbeiteten Richtlinien müssen die in Absatz 1.2 genannten Schulungsprogramme
.1 cover all workers including contractor personnel and employees in the Ship Recycling Facility;	.1 prendre en considération tous les travailleurs, y compris les sous-traitants, et les employés de l'installation de recyclage des navires;	.1 alle Arbeiter, einschließlich des Personals von Subunternehmern, und Angestellte der Abwrackeinrichtung einbeziehen;
.2 be conducted by Competent persons;	.2 être exécutés par des personnes compétentes;	.2 von fachkundigen Personen durchgeführt werden;
.3 provide for initial and refresher training at appropriate intervals;	.3 assurer une formation initiale et des cours de perfectionnement à intervalles appropriés;	.3 Erst- und Wiederholungsschulungen in geeigneten Zeitabständen vorsehen;
.4 include participants' evaluation of their comprehension and retention of the training;	.4 prévoir d'évaluer ce que les participants ont compris et ont retenu de la formation;	.4 eine Teilnehmerbewertung der Schulung hinsichtlich ihres Verständnisses und ihrer Lernerfolge enthalten;
.5 be reviewed periodically and modified as necessary; and	.5 être passés en revue régulièrement et être modifiés si nécessaire; et	.5 in regelmäßigen Zeitabständen überprüft und, falls erforderlich, geändert werden;
.6 be documented.	.6 être étayés par des documents.	.6 dokumentiert werden.

Regulation 23**Reporting on incidents, accidents, occupational diseases and chronic effects**

1 Ship Recycling Facilities authorized by a Party shall report to the Competent Authority(ies) any incident, accident, occupational diseases, or chronic effects causing, or with the potential of causing, risks to workers safety, human health and the environment.

Règle 23**Compte rendu des incidents, accidents, maladies professionnelles et effets chroniques**

1 Les installations de recyclage des navires ayant obtenu l'autorisation d'une Partie doivent signaler à l'Autorité ou aux Autorités compétentes tout incident, accident, maladie professionnelle ou effet chronique présentant ou pouvant présenter des risques

Regel 23**Meldung von Zwischenfällen, Unfällen, berufsbedingten Krankheiten und Langzeitauswirkungen**

1 Die von einer Vertragspartei zugelassenen Abwrackeinrichtungen melden der zuständigen Behörde oder den zuständigen Behörden alle Zwischenfälle, Unfälle, berufsbedingten Krankheiten oder Langzeitauswirkungen, die eine Gefahr für die

<p>2 Reports shall contain a description of the incident, accident, occupational disease, or chronic effect, its cause, the response action taken and the consequences and corrective actions to be taken.</p>	<p>pour la sécurité des travailleurs, la santé de l'homme et l'environnement.</p> <p>2 Les comptes rendus doivent comprendre une description de l'incident, de l'accident, de la maladie professionnelle ou de l'effet chronique et en indiquer la cause et décrire les mesures prises et les conséquences et les mesures correctives à prendre.</p>	<p>Sicherheit der Arbeiter, die menschliche Gesundheit und die Umwelt darstellen oder möglicherweise darstellen.</p> <p>2 Die Meldungen müssen eine Beschreibung des Zwischenfalls, des Unfalls, der berufsbedingten Krankheit oder der Langzeitauswirkungen, ihrer Ursache, der ergriffenen Maßnahmen sowie der Folgen und der zu ergreifenden Abhilfemaßnahmen enthalten.</p>
<p>Chapter 4 Reporting Requirements</p>	<p>Chapitre 4 Prescriptions en matière de notification</p>	<p>Kapitel 4 Meldevorschriften</p>
<p>Regulation 24 Initial notification and reporting requirements</p>	<p>Règle 24 Prescriptions relatives à la notification initiale et à l'établissement du rapport</p>	<p>Regel 24 Erstmitteilung und Meldevorschriften</p>
<p>1 A shipowner shall notify the Administration in due time and in writing of the intention to recycle a ship in order to enable the Administration to prepare for the survey and certification required by this Convention.</p>	<p>1 Un propriétaire de navires ayant l'intention de recycler un navire doit en informer l'Administration en temps voulu, par écrit, afin qu'elle puisse faire les préparatifs nécessaires pour les visites et la délivrance des certificats prescrites par la présente Convention.</p>	<p>1 Ein Schiffseigentümer teilt der Verwaltung rechtzeitig schriftlich die Absicht mit, ein Schiff recyceln zu lassen, um die Verwaltung in die Lage zu versetzen, Vorbereitungen für die in diesem Übereinkommen vorgeschriebenen Besichtigungen und die darin vorgeschriebene Zeugniserteilung zu treffen.</p>
<p>2 A Ship Recycling Facility when preparing to receive a ship for recycling shall notify in due time and in writing its Competent Authority(ies) of the intent. The notification shall include at least the following ship details:</p>	<p>2 Une installation de recyclage de navires qui se prépare à recevoir un navire à recycler le notifie en temps voulu, par écrit, à son Autorité ou ses Autorités compétentes. Cette notification inclut au minimum les caractéristiques suivantes du navire:</p>	<p>2 Eine Abwrackeinrichtung, die sich darauf vorbereitet, ein Schiff zum Recycling anzunehmen, teilt ihrer zuständigen Behörde oder ihren zuständigen Behörden diese Absicht rechtzeitig schriftlich mit. Die Mitteilung enthält mindestens die folgenden Angaben zum Schiff:</p>
<p>.1 name of the State whose flag the ship is entitled to fly;</p> <p>.2 date on which the ship was registered with that State;</p> <p>.3 ship's identification number (IMO number);</p> <p>.4 hull number on new-building delivery;</p> <p>.5 name and type of the ship;</p> <p>.6 port at which the ship is registered;</p> <p>.7 name and address of the Shipowner as well as the IMO registered owner identification number;</p> <p>.8 name and address of the company as well as the IMO company identification number;</p> <p>.9 name of all classification society(ies) with which the ship is classed;</p> <p>.10 ship's main particulars (Length overall (LOA), Breadth (Moulded), Depth (Moulded), Lightweight, Gross and Net tonnage, and engine type and rating);</p> <p>.11 Inventory of Hazardous Materials; and</p> <p>.12 draft ship recycling plan for approval pursuant to regulation 9.</p>	<p>.1 nom de l'État dont le navire est autorisé à battre le pavillon;</p> <p>.2 date à laquelle le navire a été immatriculé dans cet État;</p> <p>.3 numéro d'identification du navire (numéro OMI);</p> <p>.4 numéro de la coque au moment de la livraison du navire neuf;</p> <p>.5 nom et type du navire;</p> <p>.6 port où le navire est immatriculé;</p> <p>.7 nom et adresse du propriétaire du navire, ainsi que le numéro OMI d'identification du propriétaire inscrit;</p> <p>.8 nom et adresse de la compagnie, ainsi que le numéro OMI d'identification de la compagnie;</p> <p>.9 nom de toutes les sociétés de classification auprès desquelles le navire est classé;</p> <p>.10 principales caractéristiques du navire (longueur hors tout, largeur (hors membrures), creux (sur quille), poids lège, jauges brute et nette et type de moteur et sa puissance);</p> <p>.11 Inventaire des matières potentiellement dangereuses; et</p> <p>.12 projet de plan de recyclage du navire destiné à être approuvé en application de la règle 9.</p>	<p>.1 Name des Staates, dessen Flagge zu führen das Schiff berechtigt ist;</p> <p>.2 Datum, an dem das Schiff in diesem Staat in das Schiffsregister eingetragen worden ist;</p> <p>.3 Schiffsidentifikationsnummer (IMO-Nummer);</p> <p>.4 Rumpfnnummer am Tag der Ablieferung des neuen Schiffes;</p> <p>.5 Name und Typ des Schiffes;</p> <p>.6 Heimathafen des Schiffes;</p> <p>.7 Name und Anschrift des Schiffseigentümers sowie IMO-Identifikationsnummer für eingetragene Schiffseigentümer;</p> <p>.8 Name und Anschrift des Unternehmens sowie IMO-Identifikationsnummer für Unternehmen;</p> <p>.9 Bezeichnung aller Klassifikationsgesellschaften, von denen das Schiff klassifiziert worden ist;</p> <p>.10 die wichtigsten Angaben zum Schiff (Länge über alles), Breite (auf Mallkante gemessen), Seitenhöhe (auf Mallkante gemessen), Eigengewicht, Brutto- und Nettoraumzahl sowie Maschinentyp und Auslegung);</p> <p>.11 Bestandsverzeichnis der gefährlichen Materialien;</p> <p>.12 Entwurf des Schiffsrecyclingplans, der nach Regel 9 genehmigt werden soll.</p>

3 When the ship destined to be recycled has acquired the International Ready for Recycling Certificate, the Ship Recycling Facility shall report to its Competent Authority(ies) the planned start of the Ship Recycling. The report shall be in accordance with the reporting format in Appendix 6, and shall at least include a copy of the International Ready for Recycling Certificate. Recycling of the ship shall not start prior to the submission of the report.

Regulation 25

Reporting upon completion

When the partial or complete recycling of a ship is completed in accordance with the requirements of this Convention, a Statement of Completion shall be issued by the Ship Recycling Facility and reported to its Competent Authority(ies). This report must be compiled as shown in appendix 7. The Competent Authority(ies) shall send a copy of the Statement to the Administration which issued the International Ready for Recycling Certificate for the ship. The Statement shall be issued within 14 days of the date of partial or completed Ship Recycling in accordance with the Ship Recycling Plan and shall include a report on incidents and accidents damaging human health and/or the environment, if any.

3 Lorsque le navire destiné à être recyclé a obtenu le certificat international attestant qu'il est prêt pour le recyclage, l'installation de recyclage des navires informe l'Autorité ou les Autorités compétentes dont elle relève de la date à laquelle elle escompte commencer à recycler le navire. Cette notification doit être établie suivant le modèle figurant à l'appendice 6 et doit être accompagnée d'au moins une copie du certificat international attestant que le navire est prêt pour le recyclage. Le recyclage du navire ne doit pas débiter tant que cette notification n'a pas été soumise.

Règle 25

Notification de l'achèvement du recyclage

Lorsque le recyclage partiel ou total du navire est achevé conformément aux prescriptions de la présente Convention, l'installation de recyclage des navires publie un avis d'achèvement et en informe l'Autorité ou les Autorités compétentes dont elle relève. Cette notification doit être établie suivant le modèle figurant à l'appendice 7. L'Autorité compétente adresse une copie de cet avis à l'Administration qui a délivré le certificat international attestant que le navire est prêt pour le recyclage. L'avis doit être publié dans les 14 jours qui suivent la date d'achèvement du recyclage partiel ou total du navire conformément à son plan de recyclage et doit inclure un rapport sur les incidents et accidents qui auront pu porter atteinte à la santé de l'homme et/ou à l'environnement.

3 Wenn das für das Recycling bestimmte Schiff das Internationale Zeugnis über die Recyclingfähigkeit erhalten hat, meldet die Abwrackeinrichtung ihrer zuständigen Behörde oder ihren zuständigen Behörden den geplanten Beginn des Recyclings. Die Meldung erfolgt in Übereinstimmung mit dem Meldeformular in Anhang 6 und muss mindestens eine Kopie des Internationalen Zeugnisses über die Recyclingfähigkeit enthalten. Mit dem Recycling des Schiffes darf vor der Abgabe der Meldung nicht begonnen werden.

Regel 25

Meldung nach Abschluss der Arbeiten

Nach Abschluss des teilweisen oder vollständigen Recyclings eines Schiffes in Übereinstimmung mit den Vorschriften dieses Übereinkommens wird von der Abwrackeinrichtung eine Erklärung über den Abschluss der Arbeiten ausgestellt und an ihre zuständige Behörde oder ihre zuständigen Behörden weitergeleitet. Die Meldung muss so verfasst sein, wie es in Anhang 7 gezeigt ist. Die zuständige Behörde oder die zuständigen Behörden übermitteln der Verwaltung, die das Internationale Zeugnis über die Recyclingfähigkeit erteilt hat, eine Kopie der Erklärung. Die Erklärung wird innerhalb von 14 Tagen nach Abschluss des teilweisen oder vollständigen Recyclings des Schiffes in Übereinstimmung mit dem Schiffsrecyclingplan ausgestellt und enthält einen Bericht über etwaige Zwischenfälle und Unfälle, die die menschliche Gesundheit und/oder die Umwelt schädigen.

Appendix 1

Controls of Hazardous Materials

Hazardous Material	Definitions	Control measures
Asbestos	Materials containing asbestos	For all ships, new installation of materials which contain asbestos shall be prohibited.
Ozone-depleting substances	<p>Ozone-depleting substances means controlled substances defined in paragraph 4 of article 1 of the Montreal Protocol on Substances that Deplete the Ozone Layer, 1987, listed in Annexes A,B,C or E to the said Protocol in force at the time of application or interpretation of this Annex.</p> <p>Ozone-depleting substances that may be found on board ship include, but are not limited to:</p> <p>Halon 1211 Bromochlorodifluoromethane</p> <p>Halon 1301 Bromotrifluoromethane</p> <p>Halon 2402 1,2-Dibromo-1,1,2,2-tetrafluoroethane (also known as Halon 114B2)</p> <p>CFC-11 Trichlorofluoromethane</p> <p>CFC-12 Dichlorodifluoromethane</p> <p>CFC-113 1,1,2-Trichloro-1,2,2-trifluoroethane</p> <p>CFC-114 1,2-Dichloro-1,1,2,2-tetrafluoroethane</p> <p>CFC-115 Chloropentafluoroethane</p>	New installations which contain ozone-depleting substances shall be prohibited on all ships, except that new installations containing hydrochlorofluorocarbons (HCFCs) are permitted until 1 January 2020.
Polychlorinated biphenyls (PCB)	“Polychlorinated biphenyls” means aromatic compounds formed in such a manner that the hydrogen atoms on the biphenyl molecule (two benzene rings bonded together by a single carbon-carbon bond) may be replaced by up to ten chlorine atoms	For all ships, new installation of materials which contain Polychlorinated biphenyls shall be prohibited.
Anti-fouling compounds and systems	Anti-fouling compounds and systems regulated under Annex I to the International Convention on the Control of Harmful Anti-fouling Systems on Ships, 2001 (AFS Convention) in force at the time of application or interpretation of this Annex.	<ol style="list-style-type: none"> 1. No ship may apply anti-fouling systems containing organotin compounds as a biocide or any other anti-fouling system whose application or use is prohibited by the AFS Convention. 2. No new ships or new installations on ships shall apply or employ anti-fouling compounds or systems in a manner inconsistent with the AFS Convention.

Appendix 2

Minimum List of items for the Inventory of Hazardous Materials

Any Hazardous Materials listed in Appendix 1
Cadmium and Cadmium Compounds
Hexavalent Chromium and Hexavalent Chromium Compounds
Lead and Lead Compounds
Mercury and Mercury Compounds
Polybrominated Biphenyl (PBBs)
Polybrominated Diphenyl Ethers (PBDEs)
Polychlorinated Naphthalenes (more than 3 chlorine atoms)
Radioactive Substances
Certain Shortchain Chlorinated Paraffins (Alkanes, C ₁₀ – C ₁₃ , chloro)

Appendix 3

Form
of the International Certificate on Inventory of Hazardous Materials

**International Certificate on Inventory
of Hazardous Materials**

(Note: This certificate shall be supplemented by Part I of the Inventory of Hazardous Materials)

(Official seal)

(State)

Issued under the provisions of the Hong Kong International Convention for the Safe and Environmentally Sound Recycling of Ships, 2009 (hereinafter referred to as "the Convention") under the authority of the Government of

.....
(Full designation of the country)

by
(Full designation of the person or organization authorized
under the provisions of the Convention)

Particulars of the Ship

Name of Ship	
Distinctive number or letters	
Port of Registry	
Gross tonnage	
IMO number	
Name and address of shipowner	
IMO registered owner identification number	
IMO company identification number	
Date of Construction	

Particulars of Part I of the Inventory of Hazardous Materials

Part I of the Inventory of Hazardous Materials identification/verification number:

Note: Part I of the Inventory of Hazardous Materials, as required by regulation 5 of the Annex to the Convention, is an essential part of the International Certificate on Inventory of Hazardous Materials and must always accompany the International Certificate on Inventory of Hazardous Materials. Part I of the Inventory of Hazardous Materials should be compiled on the basis of the standard format shown in the guidelines developed by the Organization.

This is to certify:

1. that the ship has been surveyed in accordance with regulation 10 of the Annex to the Convention; and
2. that the survey shows that Part I of the Inventory of Hazardous Materials fully complies with the applicable requirements of the Convention.

Completion date of survey on which this certificate is based: (dd/mm/yyyy)

This certificate is valid until (dd/mm/yyyy)

Issued at
(Place of issue of certificate)

(dd/mm/yyyy)
(Date of issue) (Signature of duly authorized official issuing the certificate)

(Seal or stamp of the authority, as appropriate)

Endorsement to extend the Certificate if valid for less than five years where regulation 11.6 applies*

The ship complies with the relevant provisions of the Convention, and this certificate shall, in accordance with regulation 11.6 of the Annex to the Convention, be accepted as valid until (dd/mm/yyyy):

Signed:
(Signature of duly authorized official)

Place:

Date: (dd/mm/yyyy)

(Seal or stamp of the authority, as appropriate)

Endorsement where the renewal survey has been completed and regulation 11.7 applies*

The ship complies with the relevant provisions of the Convention, and this certificate shall, in accordance with regulation 11.7 of the Annex to the Convention, be accepted as valid until (dd/mm/yyyy):

Signed:
(Signature of duly authorized official)

Place:

Date: (dd/mm/yyyy)

(Seal or stamp of the authority, as appropriate)

* This page of the endorsement at survey shall be reproduced and added to the certificate as considered necessary by the Administration.

Endorsement to extend the validity of the Certificate until reaching the port of survey or for a period of grace where regulation 11.8 or 11.9 applies*

This certificate shall, in accordance with regulation 11.8 or 11.9** of the Annex to the Convention, be accepted as valid until (dd/mm/yyyy):

Signed:
(Signature of duly authorized official)

Place:

Date: (dd/mm/yyyy)

(Seal or stamp of the authority, as appropriate)

Endorsement for additional survey*

At an additional survey in accordance with regulation 10 of the Annex to the Convention, the ship was found to comply with the relevant provisions of the Convention.

Signed:
(Signature of duly authorized official)

Place:

Date: (dd/mm/yyyy)

(Seal or stamp of the authority, as appropriate)

* This page of the endorsement at survey shall be reproduced and added to the certificate as considered necessary by the Administration.

** Delete as appropriate.

Appendix 4
Form
of the International Ready for Recycling Certificate

**International Ready
for Recycling Certificate**

(Note: This certificate shall be supplemented by the Inventory of Hazardous Materials and the Ship Recycling Plan)

(Official seal)

(State)

Issued under the provisions of the Hong Kong International Convention for the Safe and Environmentally Sound Recycling of Ships, 2009 (hereinafter referred to as “the Convention”) under the authority of the Government of

.....
(Full designation of the country)

by

.....
(Full designation of the person or organization authorized
under the provisions of the Convention)

Particulars of the Ship

Name of Ship	
Distinctive number or letters	
Port of Registry	
Gross tonnage	
IMO number	
Name and address of shipowner	
IMO registered owner identification number	
IMO company identification number	
Date of Construction	

Particulars of the Ship Recycling Facility(ies)

Name of Ship Recycling Facility	
Distinctive Recycling Company identity number*	
Full address	
Date of expiry of DASR	

* This number is based on the Document of Authorization to conduct Ship Recycling (DASR).

Particulars of the Inventory of Hazardous Materials

Inventory of Hazardous Materials identification/verification number:

Note: The Inventory of Hazardous Materials, as required by regulation 5 of the Annex to the Convention, is an essential part of the International Ready for Recycling Certificate and must always accompany the International Ready for Recycling Certificate. The Inventory of Hazardous Materials should be compiled on the basis of the standard format shown in the guidelines developed by the Organization.

Particulars of the Ship Recycling Plan

Ship Recycling Plan identification/verification number:

Note: The Ship Recycling Plan, as required by regulation 9 of the Annex to the Convention, is an essential part of the International Ready for Recycling Certificate and must always accompany the International Ready for Recycling Certificate.

This is to certify:

- 1 that the ship has been surveyed in accordance with regulation 10 of the Annex to the Convention;
- 2 that the ship has a valid Inventory of Hazardous Materials in accordance with regulation 5 of the Annex to the Convention;
- 3 that the Ship Recycling Plan, as required by regulation 9, properly reflects the information contained in the Inventory of Hazardous Materials as required by regulation 5.4 and contains information concerning the establishment, maintenance and monitoring of Safe-for-entry and Safe-for-hot work conditions; and
- 4 that the Ship Recycling Facility(ies) where this ship is to be recycled holds a valid authorization in accordance with the Convention.

This certificate is valid until (dd/mm/yyyy) (Date)

Issued at (Place of issue of certificate)

(dd/mm/yyyy) (Date of issue) (Signature of duly authorized official issuing the certificate)

(Seal or stamp of the authority, as appropriate)

Endorsement to extend the Validity of the Certificate until reaching the port of the Ship Recycling Facility for a period of Grace where regulation 14.5 applies*

This certificate shall, in accordance with regulation 14.5 of the Annex to the Convention, be accepted as valid for a single point to point voyage

from the port of:

to the port of:

Signed: (Signature of duly authorized official)

Place:

Date: (dd/mm/yyyy)

(Seal or stamp of the authority, as appropriate)

* This page of the endorsement shall be reproduced and added to the certificate as considered necessary by the Administration.

Appendix 5

Form of the Authorization of Ship Recycling Facilities

Document of Authorization to conduct Ship Recycling (DASR) in accordance with the requirements of the Hong Kong International Convention for the Safe and Environmentally Sound Recycling of Ships, 2009

Issued under the provision of the Hong Kong International Convention for the Safe and Environmentally Sound Recycling of Ships, 2009 (hereinafter referred to as "the Convention") under the authority of the Government of:

(Full designation of the country)

by (Full designation of the Competent Authority under the Convention)

Table with 2 columns and 9 rows: Name of Ship Recycling Facility, Distinctive Recycling Company identity No., Full address of Ship Recycling Facility, Primary contact person, Phone number, E-mail address, Name, address, and contact information of ownership company, Working language(s)

This is to verify that the Ship Recycling Facility has implemented management systems, procedures and techniques in accordance with Chapters 3 and 4 to the Annex to the Convention.

This authorization is valid until and is subject to the limitations identified in the attached supplement.

This authorization is subject to amendment, suspension, withdrawal, or periodic renewal in accordance with regulation 16 of the Annex to the Convention.

Issued at (Place of issue of the authorization)

(dd/mm/yyyy) (Date of issue) (Signature of duly authorized official issuing the authorization)

(Typed name and title of duly authorized official issuing the authorization)

(Seal or stamp of the authority, as appropriate)

**Supplement to:
Document of Authorization to undertake Ship Recycling (DASR)
in accordance with the Hong Kong International Convention for the Safe
and Environmentally Sound Recycling of Ships, 2009**

Notes:

- 1 This record shall be permanently attached to the DASR. The DASR shall be available at the Ship Recycling Facility at all times.
- 2 All procedures, plans and other documents produced by the Ship Recycling Facility and required under the terms to which the DASR has been issued shall be available in the working language of the Ship Recycling Facility and in either English, French or Spanish.
- 3 The authorization is subject to the limitations defined by this supplement.

1 General Terms

1.1 Requirements of the Convention

The Ship Recycling Facility meets the requirements that it be designed, constructed, and operated in a safe and environmentally sound manner in accordance with the Convention, including meeting the relevant requirements of:

- Regulation 16 – Authorization of Ship Recycling Facilities
- Regulation 17 – General requirements
- Regulation 18 – Ship Recycling Facility Plan
- Regulation 19 – Prevention of adverse effects to human health and the environment
- Regulation 20 – Safe and environmentally sound management of Hazardous Materials
- Regulation 21 – Emergency preparedness and response
- Regulation 22 – Worker safety and training
- Regulation 23 – Reporting on incidents, accidents, occupational diseases and chronic effects
- Regulation 24 – Initial notification and reporting requirements
- Regulation 25 – Reporting upon completion

These requirements are imposed on the Ship Recycling Facility by way of

.....
(Identify the permit, licence, authorization, legal standards, or other mechanism that applies)

Ship Recycling Facility Plan identification/verification number:

1.2 Acceptance of ships

For ships to which the Convention applies and ships treated similarly pursuant to Article 3.4 of the Convention, the Ship Recycling Facility can only accept a ship for recycling in accordance with regulation 17 of the Annex to the Convention.

1.3 Safe-for-hot work and Safe-for-entry conditions

The Ship Recycling Facility is capable of establishing, maintaining and monitoring Safe-for-hot work and Safe-for-entry conditions throughout the Ship Recycling process.

1.4 Management of Hazardous Materials

The Ship Recycling Facility is designed, constructed, operated, and required to ensure that all Hazardous Materials' management shall be safe and environmentally sound in compliance with the Convention and with all relevant local or national regulations/requirements.

1.5 Map and location of Ship Recycling operations

A map of the boundary of the Ship Recycling Facility and the location of Ship Recycling operations within it, is attached.

2 Capability of Ship Recycling Facility

2.1 Size of ships

The Ship Recycling Facility is authorized to accept a ship for recycling subject to the following size limitations:

Maximum Size		Other Limitations
Length		
Breadth		
Lightweight		

2.2 Safe and Environmentally Sound Management of Hazardous Materials

The Ship Recycling Facility is authorized to accept a ship for recycling that contains Hazardous Materials as specified in the following table subject to the conditions noted below:

Hazardous Material (*4)	Management of Hazardous Materials			Authorization/Limitations
	Removal Y/N (*2)	Storage Y/N	Process (*1) Y/N (*3)	
Asbestos				
Ozone-depleting substances				
Polychlorinated biphenyls (PCB)				
Anti-fouling compounds and systems				
Cadmium and Cadmium Compounds				
Hexavalent Chromium and Hexavalent Chromium Compounds				
Lead and Lead Compounds				
Mercury and Mercury Compounds				
Polybrominated Biphenyl (PBBs)				
Polybrominated Diphenyl Ethers (PBDEs)				
Polychlorinated Naphthalenes (more than 3 chlorine atoms)				
Radioactive substances				
Certain Shortchain Chlorinated Paraffins (Alkanes, C ₁₀ – C ₁₃ , chloro)				
Hazardous liquids, residues and sediments				
Paints and coatings that are highly flammable and/or lead to toxic release				
Other Hazardous Materials not listed above and that are not a part of the ship structure (specify)				

Notes:

*1 Process means the processing of Hazardous Materials in the Ship Recycling Facility, such as:

- a. incineration of Hazardous Materials;
- b. reclamation of Hazardous Materials; and
- c. treatment of oily residues.

*2 If Yes (Y), indicate in the Ship Recycling Facility Plan the responsible personnel authorized to carry out the removal, with the certificate number or other relevant information.

*3 If No (N), describe in the Ship Recycling Plan where the Hazardous Materials are to be processed/disposed.

*4 These Hazardous Materials are specified in Appendices 1 and 2 and regulation 20 of the Convention.

Appendix 6
Form
of Report of planned Start of Ship Recycling

The
(Name of Ship Recycling Facility)

located at
(Full Ship Recycling Facility address)

Authorized in accordance with the requirements of the Hong Kong International Convention for the Safe and Environmentally Sound Recycling of Ships, 2009 (hereinafter referred to as "the Convention") to conduct Ship Recycling under the authority of the Government of:

.....
(Full designation of country)

as indicated in the Document of Authorization to conduct Ship Recycling issued at
.....
(Place of authorization)

by
(Full designation of the Competent Authority under the Convention)

on (dd/mm/yyyy)
(Date of issue)

Hereby reports that the Ship Recycling Facility is ready in every respect to start the recycling of the vessel
(IMO number)

The International Ready for Recycling Certificate issued under the provisions of the Convention under the authority of the Government of
.....
(Full designation of country)

by
(Full designation of the person or organization authorized under the provisions of the Convention)

on (dd/mm/yyyy)
(Date of issue)

is enclosed.

Signed

Appendix 7
Form
of the Statement of Completion of Ship Recycling

Statement of Completion of Ship Recycling

This document is a statement of completion of Ship Recycling for

.....
(Name of the ship when it was received for recycling/at the point of deregistration)

Particulars of the Ship as received for recycling

Distinctive number or letters	
Port of Registry	
Gross tonnage	
IMO number	
Name and address of shipowner	
IMO registered owner identification number	
IMO company identification number	
Date of Construction	

This confirms that:

The ship has been recycled in accordance with the Ship Recycling Plan as part of the Hong Kong International Convention for the Safe and Environmentally Sound Recycling of Ships, 2009 (hereinafter referred to as "the Convention") at

.....
(Name and location of the authorized Ship Recycling Facility)

and the recycling of the ship as required by the Convention was completed on:

(dd/mm/yyyy)
(Date of completion)

Issued at
(Place of issue of the Statement of Completion)

(dd/mm/yyyy)
(Date of issue) *(Signature of the owner of the Ship Recycling Facility or a representative acting on behalf of the owner)*

Appendice 1

Réglementation des matières potentiellement dangereuses

Matière potentiellement dangereuse	Définitions	Mesures de contrôle
Amiante	Matériaux contenant de l'amiante	Dans le cas de tous les navires, il est interdit d'installer des matériaux neufs qui contiennent de l'amiante.
Substances qui appauvrissent la couche d'ozone	<p>«Substance qui appauvrit la couche d'ozone» désigne une substance réglementée, telle que définie au paragraphe 4 de l'article premier du Protocole de Montréal relatif à des substances qui appauvrissent la couche d'ozone, 1987, qui figure sur la liste de l'Annexe A, B, C ou E dudit Protocole en vigueur à la date de l'application ou de l'interprétation de la présente Annexe.</p> <p>Les «substances qui appauvrissent la couche d'ozone» que l'on peut trouver à bord des navires comprennent, sans toutefois s'y limiter, les substances suivantes:</p> <p>Halon 1211 Bromochlorodifluorométhane Halon 1301 Bromotrifluorométhane Halon 2402 1,2-Dibromo-1,1,2,2-tétrafluoroéthane (également appelé Halon 114B2) CFC-11 Trichlorofluorométhane CFC-12 Dichlorodifluorométhane CFC-113 1,1,2-Trichloro-1,2,2-trifluoroéthane CFC-114 1,2-Dichloro-1,1,2,2-tétrafluoroéthane CFC-115 Chloropentafluoroéthane</p>	Les installations nouvelles contenant des substances qui appauvrissent la couche d'ozone sont interdites à bord de tous les navires; toutefois, les installations nouvelles contenant des hydrochlorofluorocarbones (HCFC) sont autorisées jusqu'au 1 ^{er} janvier 2020.
Polychlorobiphényles (PCB)	«Polychlorobiphényles» s'entend des composés aromatiques dont la structure est telle que les atomes d'hydrogène de la molécule de biphényle (deux cycles benzéniques reliés par une seule liaison carbone-carbone) peuvent être remplacés par un nombre d'atomes de chlore allant jusqu'à dix.	Dans le cas de tous les navires, il est interdit d'installer des matériaux neufs qui contiennent des polychlorobiphényles.
Composés et systèmes antisalissure	Composés et systèmes antisalissure réglementés par l'Annexe I de la Convention internationale de 2001 sur le contrôle des systèmes antisalissure nuisibles sur les navires (Convention AFS) en vigueur à la date de l'application ou de l'interprétation de la présente Annexe.	<ol style="list-style-type: none"> 1. Aucun navire ne doit appliquer des systèmes antisalissure contenant des composés organostanniques en tant que biocide ni aucun autre système antisalissure dont l'application ou l'utilisation est interdite par la Convention AFS. 2. Aucun navire neuf ni aucune installation nouvelle à bord de navires ne doit appliquer ou utiliser de composés ou systèmes antisalissure d'une manière qui ne soit pas conforme à la Convention AFS.

Appendice 2

Liste des éléments devant au moins figurer
dans l'inventaire des matières potentiellement dangereuses

Toutes matières potentiellement dangereuses énumérées dans l'appendice 1
Cadmium et composés du cadmium
Chrome hexavalent et composés de chrome hexavalent
Plomb et composés du plomb
Mercuré et composés du mercure
Biphényles polybromés (PBB)
Éthers diphényles polybromés (PBDE)
Naphtalènes polychlorés (plus de 3 atomes de chlore)
Matières radioactives
Certaines paraffines chlorées à chaîne courte (chloroalcanes C ₁₀ – C ₁₃)

Appendice 3

Modèle
de certificat international attestant que le navire
possède un inventaire des matières potentiellement dangereuses

**Certificat international
attestant que le navire possède un inventaire des matières potentiellement dangereuses**

(Note: Le présent certificat doit être accompagné de la Partie I de l'Inventaire
des matières potentiellement dangereuses).

(Cachet officiel)

(État)

Délivré en vertu des dispositions de la Convention internationale de Hong Kong pour le recyclage sûr et écologiquement rationnel
des navires, 2009 (ci-après dénommée «la Convention») au nom du Gouvernement:

.....
(Nom officiel complet du pays)

par

.....
(Titre officiel complet de la personne ou de l'organisme autorisé
en vertu des dispositions de la Convention)

Caractéristiques du navire

Nom du navire	
Numéro ou lettres distinctifs	
Port d'immatriculation	
Jauge brute	
Numéro OMI	
Nom et adresse du propriétaire du navire	
Numéro OMI d'identification du propriétaire inscrit	
Numéro OMI d'identification de la compagnie	
Date de construction	

Caractéristiques de la Partie I de l'Inventaire des matières potentiellement dangereuses

Numéro d'identification/de vérification de la Partie I de l'Inventaire des matières potentiellement dangereuses:

Note: La Partie I de l'Inventaire des matières potentiellement dangereuses, telle que prescrite par la règle 5 de l'Annexe à la Convention, est une composante essentielle du certificat international attestant que le navire possède un Inventaire des matières potentiellement dangereuses et doit toujours accompagner ce certificat. La Partie I de l'Inventaire des matières potentiellement dangereuses devrait être établie conformément au modèle type figurant dans les directives élaborées par l'Organisation.

Il est certifié:

1. que le navire a été visité conformément aux dispositions de la règle 10 de l'Annexe à la Convention; et
2. qu'à la suite de cette visite, il a été constaté que la Partie I de l'Inventaire des matières potentiellement dangereuses satisfaisait pleinement aux prescriptions applicables de la Convention.

Date d'achèvement de la visite sur la base de laquelle le présent certificat est délivré: (jj/mm/aaaa)

Le présent certificat est valable jusqu'au (jj/mm/aaaa)

Délivré à
(Lieu de délivrance du certificat)

Le (jj/mm/aaaa)
(Date de délivrance) (Signature de l'agent dûment autorisé qui délivre le certificat)

(Cachet ou tampon, selon le cas, de l'autorité)

Visa de prorogation du certificat, s'il est valable pour une durée inférieure à cinq ans, en cas d'application de la règle 11.6*

Le navire satisfait aux dispositions pertinentes de la Convention et le présent certificat, conformément à la règle 11.6 de l'Annexe à la Convention, est accepté comme valable jusqu'au (jj/mm/aaaa) :

Signé:
(Signature de l'agent dûment autorisé)

Lieu:

Date: (jj/mm/aaaa)

(Cachet ou tampon, selon le cas, de l'autorité)

Visa apposé après achèvement de la visite de renouvellement, en cas d'application de la règle 11.7*

Le navire satisfait aux dispositions pertinentes de la Convention et le présent certificat, conformément à la règle 11.7 de l'Annexe à la Convention, est accepté comme valable jusqu'au (jj/mm/aaaa) :

Signé:
(Signature de l'agent dûment autorisé)

Lieu:

Date: (jj/mm/aaaa)

(Cachet ou tampon, selon le cas, de l'autorité)

* Lors de la visite, une copie du présent visa doit être faite et être ajoutée au certificat si l'Administration le juge nécessaire.

Visa de prorogation de la validité du certificat jusqu'à l'arrivée au port de visite ou pour une période de grâce, en cas d'application de la règle 11.8 ou 11.9*

Le présent certificat, conformément à la règle 11.8 ou 11.9** de l'Annexe à la Convention, est accepté comme valable jusqu'au (jj/mm/aaaa):

Signé:
(Signature de l'agent dûment autorisé)

Lieu:

Date: (jj/mm/aaaa)

(Cachet ou tampon, selon le cas, de l'autorité)

Attestation de visite supplémentaire*

Lors d'une visite supplémentaire effectuée conformément à la règle 10 de l'Annexe à la Convention, il a été constaté que le navire satisfaisait aux dispositions pertinentes de la Convention.

Signé:
(Signature de l'agent dûment autorisé)

Lieu:

Date: (jj/mm/aaaa)

(Cachet ou tampon, selon le cas, de l'autorité)

* Lors de la visite, une copie du présent visa/de la présente attestation doit être faite et ajoutée au certificat si l'Administration le juge nécessaire.

** Biffer la mention inutile.

Appendice 4

Modèle
de certificat international attestant que le navire est prêt pour le recyclage

**Certificat international
attestant que le navire est prêt pour le recyclage**

(Note: Le présent certificat doit être accompagné de l'Inventaire des matières potentiellement dangereuses et du plan de recyclage du navire).

(Cachet officiel)

(État)

Délivré en vertu des dispositions de la Convention internationale de Hong Kong pour le recyclage sûr et écologiquement rationnel des navires, 2009 (ci-après dénommée «la Convention») au nom du Gouvernement:

.....
(Nom officiel complet du pays)

par

.....
(Titre officiel complet de la personne ou de l'organisme autorisé
en vertu des dispositions de la Convention)

Caractéristiques du navire

Nom du navire	
Numéro ou lettres distinctifs	
Port d'immatriculation	
Jauge brute	
Numéro OMI	
Nom et adresse du propriétaire du navire	
Numéro OMI d'identification du propriétaire inscrit	
Numéro OMI d'identification de la compagnie	
Date de construction	

Caractéristiques de l'installation ou des installations de recyclage des navires

Nom de l'installation de recyclage des navires	
Numéro d'identification distinctif de la compagnie de recyclage*	
Adresse complète	
Date d'expiration de l'autorisation	

* Ce numéro se trouve dans l'autorisation de procéder au recyclage des navires.

Caractéristiques de l'Inventaire des matières potentiellement dangereuses

Numéro d'identification/de vérification de l'Inventaire des matières potentiellement dangereuses:

Note: L'Inventaire des matières potentiellement dangereuses, tel que prescrit par la règle 5 de l'Annexe à la Convention, est une composante essentielle du certificat international attestant que le navire est prêt pour le recyclage et doit toujours accompagner ce certificat. L'Inventaire des matières potentiellement dangereuses devrait être établi conformément au modèle figurant dans les directives élaborées par l'Organisation.

Caractéristiques du plan de recyclage du navire

Numéro d'identification/de vérification du plan de recyclage du navire:

Note: Le plan de recyclage du navire, tel que prescrit par la règle 9 de l'Annexe à la Convention, est une composante essentielle du certificat international attestant que le navire est prêt pour le recyclage et doit toujours accompagner ce certificat.

Il est certifié:

- 1 que le navire a été visité conformément aux dispositions de la règle 10 de l'Annexe à la Convention;
- 2 que le navire possède un Inventaire des matières potentiellement dangereuses en cours de validité conforme aux dispositions de la règle 5 de l'Annexe à la Convention;
- 3 que le plan de recyclage du navire prescrit par la règle 9 reprend bien les renseignements figurant dans l'Inventaire des matières potentiellement dangereuses prescrit par la règle 5.4 et contient des renseignements sur la mise en place, le maintien et la surveillance des conditions de sécurité en vue de l'entrée dans un espace et du travail à chaud; et
- 4 que l'installation ou les installations de recyclage des navires où le présent navire doit être recyclé possèdent une autorisation en cours de validité conforme à la Convention.

Le présent certificat est valable jusqu'au (jj/mm/aaaa)
(Date)

Délivré à
(Lieu de délivrance du certificat)

Le (jj/mm/aaaa)
(Date de délivrance) (Signature de l'agent dûment autorisé qui délivre le certificat)

(Cachet ou tampon, selon le cas, de l'autorité)

Visa de prorogation de la validité du certificat jusqu'à l'arrivée au port de l'installation de recyclage des navires ou pour une période de grâce, en cas d'application de la règle 14.5*

Le présent certificat, conformément à la règle 14.5 de l'Annexe à la Convention, est accepté comme valable pour un voyage unique direct

du port de:

au port de:

Signé:
(Signature de l'agent dûment autorisé)

Lieu:

Date: (jj/mm/aaaa)

(Cachet ou tampon, selon le cas, de l'autorité)

* Lors de la visite, une copie du présent visa doit être faite et être ajoutée au certificat si l'Administration le juge nécessaire.

Appendice 5

Modèle
d'autorisation donnée aux installations de recyclage des navires

Autorisation de procéder au recyclage de navires conformément aux prescriptions de la Convention internationale de Hong Kong pour le recyclage sûr et écologiquement rationnel des navires, 2009

Délivrée en vertu des dispositions de la Convention internationale de Hong Kong pour le recyclage sûr et écologiquement rationnel des navires, 2009 (ci-après dénommée «la Convention») au nom du Gouvernement:

.....
(Nom officiel complet du pays)

par
(Titre officiel complet de l'Autorité compétente en vertu de la Convention)

Nom de l'installation de recyclage des navires	
Numéro d'identification distinctif de la compagnie de recyclage	
Adresse complète de l'installation de recyclage des navires	
Principal point de contact	
Numéro de téléphone	
Courriel	
Nom, adresse et coordonnées de la société mère	
Langue(s) de travail	

Il est vérifié que l'installation de recyclage des navires a mis en place des systèmes, procédures et techniques de gestion conformes aux chapitres 3 et 4 de l'Annexe à la Convention.

La présente autorisation est valable jusqu'au et est soumise aux restrictions énoncées dans le supplément joint.

La présente autorisation est susceptible d'être modifiée, suspendue, retirée ou renouvelée périodiquement conformément à la règle 16 de l'Annexe à la Convention.

Délivré à
(Lieu de délivrance de l'autorisation)

Le (jj/mm/aaaa)
(Date de délivrance) (Signature de l'agent dûment autorisé qui délivre l'autorisation)

.....
(Nom et fonction, en caractères d'imprimerie, de l'agent dûment autorisé qui délivre l'autorisation)

(Cachet ou tampon, selon le cas, de l'autorité)

**Supplément à:
l'autorisation de procéder au recyclage de navires conformément à
la Convention internationale de Hong Kong pour le recyclage sûr
et écologiquement rationnel des navires, 2009**

Notes:

- 1 La présente fiche doit être jointe en permanence à l'autorisation de procéder au recyclage des navires. L'autorisation doit pouvoir être consultée à tout moment à l'installation de recyclage des navires.
- 2 Les procédures, plans et autres documents fournis par l'installation de recyclage des navires et prescrits aux termes des conditions dans lesquelles l'autorisation a été délivrée doivent tous être disponibles dans la langue de travail de l'installation de recyclage des navires, ainsi qu'en anglais, en espagnol ou en français.
- 3 L'autorisation est soumise aux restrictions énoncées dans le présent supplément.

1 Conditions Générales

1.1 Prescriptions de la Convention

L'installation de recyclage des navires est conçue, construite et exploitée d'une manière sûre et écologiquement rationnelle conformément aux prescriptions de la Convention et satisfait aux prescriptions pertinentes ci-après:

- Règle 16 – Autorisation donnée aux installations de recyclage des navires
- Règle 17 – Prescriptions générales
- Règle 18 – Plan relatif à l'installation de recyclage des navires
- Règle 19 – Prévention des effets nocifs pour la santé de l'homme et l'environnement
- Règle 20 – Gestion sûre et écologiquement rationnelle des matières potentiellement dangereuses
- Règle 21 – Préparation et intervention en cas de situation d'urgence
- Règle 22 – Sécurité et formation des travailleurs
- Règle 23 – Compte rendu des incidents, accidents, maladies professionnelles et effets chroniques
- Règle 24 – Prescriptions relatives à la notification initiale et à l'établissement du rapport
- Règle 25 – Notification de l'achèvement du recyclage

Ces prescriptions sont imposées à l'installation de recyclage des navires au moyen de

.....
(Indiquer le permis, la licence, l'autorisation, les normes juridiques ou autre mécanisme qui est applicable)

Numéro d'identification/de vérification du plan relatif à l'installation de recyclage des navires

1.2 Acceptation des navires

En ce qui concerne les navires auxquels la Convention s'applique et les navires soumis au même traitement en vertu de l'article 3.4 de la Convention, l'installation de recyclage des navires ne peut accepter un navire en vue de le recycler que conformément à la règle 17 de l'Annexe à la Convention.

1.3 Conditions de sécurité en vue de l'entrée dans un espace et du travail à chaud

L'installation de recyclage des navires est capable de mettre en place, maintenir et surveiller les conditions de sécurité en vue de l'entrée dans un espace et du travail à chaud tout au long du processus de recyclage des navires.

1.4 Gestion des matières potentiellement dangereuses

L'installation de recyclage des navires est conçue, construite et exploitée et tenue de procéder à la gestion de toutes les matières potentiellement dangereuses d'une manière sûre et écologiquement rationnelle conformément à la Convention et à toutes les règles/prescriptions locales ou nationales pertinentes.

1.5 Carte et lieu des opérations de recyclage des navires

Une carte indiquant les limites de l'installation de recyclage des navires et le lieu des opérations de recyclage des navires effectuées dans son enceinte est jointe.

2 Capacité de l'installation de recyclage des navires

2.1 Dimensions des navires

L'installation de recyclage des navires est autorisée à accepter de recycler un navire dont les dimensions ne dépassent pas les limites suivantes:

Dimensions maximales		Autres restrictions
Longueur		
Largeur		
Poids lège		

2.2 Gestion sûre et écologiquement rationnelle des matières potentiellement dangereuses

L'installation de recyclage des navires est autorisée à accepter de recycler un navire qui contient les matières potentiellement dangereuses mentionnées dans le tableau suivant sous réserve des conditions indiquées ci-après:

Matière potentiellement dangereuse (*4)	Gestion des matières potentiellement dangereuses			Autorisation/Restrictions
	Élimination O/N (*2)	Stockage O/N	Traitement (*1) O/N (*3)	
Amiante				
Substances qui appauvrissent la couche d'ozone				
Polychlorobiphényles (PCB)				
Composés et systèmes antisalissure				
Cadmium et composés du cadmium				
Chrome hexavalent et composés de chrome hexavalent				
Plomb et composés du plomb				
Mercure et composés du mercure				
Biphényles polybromés (PBB)				
Éthers diphényles polybromés (PBDE)				
Naphtalènes polychlorés (plus de 3 atomes de chlore)				
Matières radioactives				
Certaines paraffines chlorées à chaîne courte (chloroalcanes C ₁₀ – C ₁₃)				
Liquides, résidus et sédiments potentiellement dangereux				
Peintures et revêtements qui sont hautement inflammables et/ou donnent lieu à des émanations toxiques				
Autres matières potentiellement dangereuses qui ne sont pas mentionnées ci-dessus et qui ne font pas partie de la structure du navire (préciser)				

Notes:

*1 Par traitement, il faut entendre le traitement des matières potentiellement dangereuses dans l'installation de recyclage des navires, tel que:

- a. l'incinération des matières potentiellement dangereuses;
- b. la récupération des matières potentiellement dangereuses; et
- c. le traitement des résidus d'hydrocarbures.

*2 Si oui (O), indiquer, dans le plan relatif à l'installation de recyclage des navires, le personnel responsable qui est autorisé à procéder à l'enlèvement, en précisant le numéro du certificat ou tout autre renseignement pertinent.

*3 Si non (N), indiquer, dans le plan de recyclage du navire, le lieu où les matières potentiellement dangereuses vont être traitées/éliminées.

*4 Ces matières potentiellement dangereuses sont mentionnées dans les appendices 1 et 2 et dans la règle 20 de la Convention.

Appendice 6

**Modèle
de notification du début escompté du recyclage du navire**

Le (La)
(Nom de l'installation de recyclage des navires)

situé(e) à
(Adresse complète de l'installation de recyclage des navires)

qui est autorisé(e), conformément aux prescriptions de la Convention internationale de Hong Kong pour le recyclage sûr et écologiquement rationnel des navires, 2009 (ci-après dénommée "la Convention"), à procéder au recyclage de navires au nom du Gouvernement:

.....
(Nom officiel complet du pays)

ainsi qu'il est indiqué dans l'autorisation de procéder au recyclage de navires

délivrée à
(Lieu de l'autorisation)

par
(Titre officiel complet de l'Autorité compétente en vertu de la Convention)

le (jj/mm/aaaa)
(Date de délivrance)

Notifie par la présente que l'installation de recyclage des navires est prête à tous égards à entreprendre le recyclage du navire
(Numéro IMO)

Le certificat international attestant que le navire est prêt pour le recyclage, qui a été délivré conformément aux dispositions de la Convention au nom du Gouvernement
.....
(Nom officiel complet du pays)

par
(Titre officiel complet de la personne ou de l'organisme reconnu autorisé en vertu des dispositions de la Convention)

le (jj/mm/aaaa)
(Date de délivrance)

est joint.

Signé

Appendice 7

Modèle
d'avis d'achèvement du recyclage du navire

Avis d'achèvement du recyclage du navire

Le présent document est un avis d'achèvement du recyclage du navire

.....
(Nom du navire à son arrivée en vue d'être recyclé/au moment de la radiation de l'immatriculation)

Caractéristiques du navire à son arrivée en vue d'être recyclé

Numéro ou lettres distinctifs	
Port d'immatriculation	
Jauge brute	
Numéro OMI	
Nom et adresse du propriétaire du navire	
Numéro OMI d'identification du propriétaire inscrit	
Numéro OMI d'identification de la compagnie	
Date de construction	

Il est confirmé:

que le navire a été recyclé conformément au plan de recyclage du navire dans le cadre de la Convention internationale de Hong Kong pour le recyclage sûr et écologiquement rationnel des navires, 2009 (ci-après dénommée «la Convention») à

.....
(Nom et emplacement de l'installation de recyclage des navires autorisée)

et que le recyclage du navire, tel que prescrit par la Convention, a été achevé le

..... (jj/mm/aaaa)

(Date d'achèvement)

Délivré à

(Lieu de délivrance de l'avis d'achèvement)

Le (jj/mm/aaaa)
(Date de délivrance)

.....
(Signature du propriétaire de l'installation de recyclage des navires
ou d'un représentant agissant en son nom)

Anhang 1

Beschränkung der gefährlichen Materialien

Gefährliches Material	Begriffsbestimmungen	Beschränkungsmaßnahmen
Asbest	Asbesthaltige Materialien	Bei allen Schiffen ist der Neueinbau von asbesthaltigen Materialien verboten.
Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen	<p>Der Ausdruck „Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen“ bezeichnet geregelte Stoffe im Sinne des Artikels 1 Nummer 4 des Montrealer Protokolls von 1987 über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen, welche in Anlage A, B, C oder E des genannten Protokolls in seiner zum Zeitpunkt der Anwendung oder Auslegung der vorliegenden Anlage geltenden Fassung aufgeführt sind.</p> <p>Zu den Stoffen, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen, welche an Bord von Schiffen vorkommen können, gehören unter anderem die folgenden:</p> <p>Halon 1211 Bromchlordifluormethan</p> <p>Halon 1301 Bromtrifluormethan</p> <p>Halon 2402 1,2-Dibrom-1,1,2,2-tetrafluorethan (auch unter der Bezeichnung Halon 114B2 bekannt)</p> <p>CFC-11 Trichlorfluormethan</p> <p>CFC-12 Dichlordifluormethan</p> <p>CFC-113 1,1,2-Trichlor-1,2,2-trifluorethan</p> <p>CFC-1,2-Dichlor-1,1,2,2-tetrafluorethan</p> <p>CFC-115 Chlorpentafluorethan</p>	Neueinbauten, die Stoffe enthalten, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen, sind auf allen Schiffen verboten; Neueinbauten, die teilhalogenierte Fluorchlorkohlenwasserstoffe enthalten, sind jedoch bis zum 1. Januar 2020 zulässig.
Polychlorierte Biphenyle (PCB)	Der Ausdruck „polychlorierte Biphenyle“ bezeichnet aromatische Verbindungen, die so zusammengesetzt sind, dass die Wasserstoffatome auf dem Biphenylmolekül (zwei Benzolringe, die durch eine Einfachverbindung von Kohlenstoffatomen verbunden sind) durch bis zu zehn Chloratome ersetzt werden können.	Bei allen Schiffen ist der Neueinbau von Materialien, die polychlorierte Biphenyle enthalten, verboten.
Verbindungen, die in Bewuchsschutzsystemen verwendet werden, und Bewuchsschutzsysteme	Verbindungen, die in Bewuchsschutzsystemen verwendet werden, und Bewuchsschutzsysteme im Sinne der Anlage I des Internationalen Übereinkommens von 2001 über die Beschränkung des Einsatzes schädlicher Bewuchsschutzsysteme auf Schiffen (AFS-Übereinkommen) in seiner zum Zeitpunkt der Anwendung oder Auslegung der vorliegenden Anlage geltenden Fassung.	<ol style="list-style-type: none"> 1. Auf keinem Schiff dürfen Bewuchsschutzsysteme, die zinnorganische Verbindungen als Biozide enthalten, oder andere Bewuchsschutzsysteme, deren Aufbringung oder Verwendung nach dem AFS-Übereinkommen verboten ist, aufgebracht werden. 2. Auf neuen Schiffen und bei Neueinbauten auf Schiffen dürfen Verbindungen, die in Bewuchsschutzsystemen verwendet werden, oder Bewuchsschutzsysteme nicht in einer Weise aufgebracht oder verwendet werden, die mit dem AFS-Übereinkommen unvereinbar ist.

Anhang 2

Liste von Einträgen, die mindestens im Bestandsverzeichnis
der gefährlichen Materialien enthalten sein müssen

Alle in Anhang 1 aufgeführten gefährlichen Materialien
Cadmium und Cadmiumverbindungen
Sechswertiges Chrom und sechswertige Chromverbindungen
Blei und Bleiverbindungen
Quecksilber und Quecksilberverbindungen
Polybromierte Biphenyle (PBB)
Polybromierte Diphenylether (PBDE)
Polychlorierte Naphtaline (mehr als 3 Chloratome)
Radioaktive Stoffe
Bestimmte kurzkettige chlorierte Paraffine (Alkane, C ₁₀ – C ₁₃ , Chlor)

Anhang 3

Muster

des Internationalen Zeugnisses über das Bestandsverzeichnis der gefährlichen Materialien

**Internationales Zeugnis
über das Bestandsverzeichnis der gefährlichen Materialien**

(Anmerkung: Dieses Zeugnis ist durch Teil I des Bestandsverzeichnisses der gefährlichen Materialien zu ergänzen.)

(Dienstsiegel)

(Staat)

Ausgestellt nach dem Internationalen Übereinkommen von Hongkong von 2009 über das sichere und umweltgerechte Recycling von Schiffen (im Folgenden als „Übereinkommen“ bezeichnet) im Namen der Regierung von

.....
(vollständige Bezeichnung des Staates)

durch
(vollständige Bezeichnung der nach dem Übereinkommen ermächtigten Person oder Stelle)

Angaben zum Schiff

Name des Schiffes	
Unterscheidungssignal	
Heimathafen	
Bruttoraumzahl/-gehalt	
IMO-Nummer	
Name und Anschrift des Schiffseigentümers	
IMO-Identifikationsnummer für eingetragene Eigentümer	
IMO-Identifikationsnummer für Unternehmen	
Baudatum	

Angaben zu Teil I des Bestandsverzeichnisses der gefährlichen Materialien

Identifikations-/Prüfnummer des Teiles I des Bestandsverzeichnisses der gefährlichen Materialien:

Anmerkung: Teil I des in Regel 5 der Anlage vorgeschriebenen Bestandsverzeichnisses der gefährlichen Materialien ist ein wesentlicher Bestandteil des Internationalen Zeugnisses über das Bestandsverzeichnis der gefährlichen Materialien und muss dem Internationalen Zeugnis über das Bestandsverzeichnis der gefährlichen Materialien immer beiliegen. Teil I des Bestandsverzeichnisses der gefährlichen Materialien soll auf der Grundlage des Standardformulars, das in den von der Organisation ausgearbeiteten Richtlinien enthalten ist, erstellt werden.

Hiermit wird bescheinigt, dass

1. das Schiff nach Regel 10 der Anlage des Übereinkommens besichtigt worden ist und
2. die Besichtigung ergeben hat, dass Teil I des Bestandsverzeichnisses der gefährlichen Materialien in jeder Hinsicht den anwendbaren Vorschriften dieses Übereinkommens entspricht.

Abschlussdatum der Besichtigung, auf der dieses Zeugnis beruht: (TT/MM/JJJJ)

Dieses Zeugnis gilt bis (TT/MM/JJJJ)

Ausgestellt in
(Ort der Ausstellung des Zeugnisses)

(TT/MM/JJJJ)
(Datum der Ausstellung) (Unterschrift des ordnungsgemäß ermächtigten Bediensteten, der das Zeugnis ausstellt)

(Siegel bzw. Stempel der Behörde)

Vermerk zur Verlängerung des Zeugnisses, wenn es weniger als fünf Jahre gültig ist und Regel 11 Absatz 6 Anwendung findet*

Das Schiff entspricht den einschlägigen Bestimmungen des Übereinkommens, und dieses Zeugnis wird nach Regel 11 Absatz 6 der Anlage des Übereinkommens bis zum (TT/MM/JJJJ) als gültig anerkannt.

gezeichnet:
(Unterschrift des ordnungsgemäß ermächtigten Bediensteten)

Ort:

Datum: (TT/MM/JJJJ)

(Siegel bzw. Stempel der Behörde)

Vermerk, wenn die Erneuerungsbesichtigung abgeschlossen worden ist und Regel 11 Absatz 7 Anwendung findet*

Das Schiff entspricht den einschlägigen Bestimmungen des Übereinkommens, und dieses Zeugnis wird nach Regel 11 Absatz 7 der Anlage des Übereinkommens bis zum (TT/MM/JJJJ) als gültig anerkannt.

gezeichnet:
(Unterschrift des ordnungsgemäß ermächtigten Bediensteten)

Ort:

Datum: (TT/MM/JJJJ)

(Siegel bzw. Stempel der Behörde)

* Diese Seite des Vermerks wird bei der Besichtigung kopiert und dem Zeugnis beigelegt, sofern die Verwaltung dies für notwendig hält.

Vermerk zur Verlängerung der Gültigkeit des Zeugnisses bis zum Erreichen des Besichtigungshafens oder um eine Nachfrist, wenn Regel 11 Absatz 8 oder 9 Anwendung findet*

Dieses Zeugnis wird nach Regel 11 Absatz 8 oder 9** der Anlage des Übereinkommens bis zum
(TT/MM/JJJJ) als gültig anerkannt.

gezeichnet:
(Unterschrift des ordnungsgemäß ermächtigten Bediensteten)

Ort:

Datum: (TT/MM/JJJJ)

(Siegel bzw. Stempel der Behörde)

Vermerk über eine zusätzliche Besichtigung*

Bei einer zusätzlichen Besichtigung nach Regel 10 der Anlage des Übereinkommens wurde festgestellt, dass das Schiff den einschlägigen Bestimmungen des Übereinkommens entspricht.

gezeichnet:
(Unterschrift des ordnungsgemäß ermächtigten Bediensteten)

Ort:

Datum: (TT/MM/JJJJ)

(Siegel bzw. Stempel der Behörde)

* Diese Seite des Vermerks wird bei der Besichtigung kopiert und dem Zeugnis beigelegt, sofern die Verwaltung dies für notwendig hält.

** Nichtzutreffendes streichen.

Anhang 4

Muster
des Internationalen Zeugnisses über die Recyclingfähigkeit

**Internationales Zeugnis
über die Recyclingfähigkeit**

(Anmerkung: Dieses Zeugnis ist durch das Bestandsverzeichnis der gefährlichen Materialien und den Schiffsrecyclingplan zu ergänzen.)

(Dienstsiegel)

(Staat)

Ausgestellt nach dem Internationalen Übereinkommen von Hongkong von 2009 über das sichere und umweltgerechte Recycling von Schiffen (im Folgenden als „Übereinkommen“ bezeichnet) im Namen der Regierung von

.....
(vollständige Bezeichnung des Staates)

durch
(vollständige Bezeichnung der nach dem Übereinkommen ermächtigten Person oder Stelle)

Angaben zum Schiff

Name des Schiffes	
Unterscheidungssignal	
Heimathafen	
Bruttoreaumzahl/-gehalt	
IMO-Nummer	
Name und Anschrift des Schiffseigentümers	
IMO-Identifikationsnummer für eingetragene Eigentümer	
IMO-Identifikationsnummer für Unternehmen	
Baudatum	

Angaben zu der Abwrackeinrichtung oder den Abwrackeinrichtungen

Name der Abwrackeinrichtung	
Kennnummer des Recyclingunternehmens*	
vollständige Anschrift	
Datum des Ablaufs der Zulassung	

* Diese Nummer ist in der Zulassung zur Durchführung des Recyclings von Schiffen enthalten.

Angaben zum Bestandsverzeichnis der gefährlichen Materialien

Identifikations-/Prüfnummer des Bestandsverzeichnisses der gefährlichen Materialien:

Anmerkung: Das in Regel 5 der Anlage des Übereinkommens vorgeschriebene Bestandsverzeichnis der gefährlichen Materialien ist ein wesentlicher Bestandteil des Internationalen Zeugnisses über die Recyclingfähigkeit und muss dem Internationalen Zeugnis über die Recyclingfähigkeit immer beiliegen. Das Bestandsverzeichnis der gefährlichen Materialien soll auf der Grundlage des Standardformulars, das in den von der Organisation ausgearbeiteten Richtlinien enthalten ist, erstellt werden.

Angaben zum Schiffsrecyclingplan

Identifikations-/Prüfnummer des Schiffsrecyclingplans:

Anmerkung: Der in Regel 9 der Anlage des Übereinkommens vorgeschriebene Schiffsrecyclingplan ist ein wesentlicher Bestandteil des Internationalen Zeugnisses über die Recyclingfähigkeit und muss dem Internationalen Zeugnis über die Recyclingfähigkeit immer beiliegen.

Hiermit wird bescheinigt, dass

- 1 das Schiff nach Regel 10 der Anlage des Übereinkommens besichtigt worden ist;
- 2 das Schiff über ein gültiges Bestandsverzeichnis der gefährlichen Materialien nach Regel 5 der Anlage des Übereinkommens verfügt;
- 3 der in Regel 9 vorgeschriebene Schiffsrecyclingplan die im in Regel 5 Absatz 4 vorgeschriebenen Bestandsverzeichnis der gefährlichen Materialien enthaltenen Angaben richtig wiedergibt und Angaben enthält, die die Festlegung, Aufrechterhaltung und Überwachung von Bedingungen betreffen, die ein sicheres Begehen und sichere feuergefährliche Arbeiten ermöglichen;
- 4 die Abwrackeinrichtung oder die Abwrackeinrichtungen, in denen das Schiff recycelt werden soll, über eine gültige Zulassung nach diesem Übereinkommen verfügen.

Dieses Zeugnis gilt bis (TT/MM/JJJJ)
(Datum)

Ausgestellt in
(Ort der Ausstellung des Zeugnisses)

(TT/MM/JJJJ)
(Datum der Ausstellung) (Unterschrift des ordnungsgemäß ermächtigten Bediensteten, der das Zeugnis ausstellt)

(Siegel bzw. Stempel der Behörde)

Vermerk zur Verlängerung der Gültigkeit des Zeugnisses bis zum Erreichen des Hafens der Abwrackeinrichtung bei einer Nachfrist, wenn Regel 14 Absatz 5 Anwendung findet*

Dieses Zeugnis wird nach Regel 14 Absatz 5 der Anlage des Übereinkommens für eine einzelne direkte Reise

vom Hafen

zum Hafen

als gültig anerkannt.

gezeichnet:
(Unterschrift des ordnungsgemäß ermächtigten Bediensteten)

Ort:

Datum: (TT/MM/JJJJ)

(Siegel bzw. Stempel der Behörde)

* Diese Seite der Bestätigung wird kopiert und dem Zeugnis beigelegt, sofern die Verwaltung dies für notwendig hält.

Anhang 5

Muster
der Zulassung von Abwrackeinrichtungen

**Zulassungsdokument für die Durchführung des Recyclings von Schiffen
nach Maßgabe des Internationalen Übereinkommens von Hongkong von 2009
über das sichere und umweltgerechte Recycling von Schiffen**

Erteilt nach dem Internationalen Übereinkommen von Hongkong von 2009 über das sichere und umweltgerechte Recycling von Schiffen (im Folgenden als „Übereinkommen“ bezeichnet) im Namen der Regierung von

.....
(vollständige Bezeichnung des Staates)

durch
(vollständige Bezeichnung der nach dem Übereinkommen zuständigen Behörde)

Name der Abwrackeinrichtung	
Kennnummer des Recyclingunternehmens	
Vollständige Anschrift der Abwrackeinrichtung	
Hauptansprechpartner	
Telefonnummer	
E-Mail-Adresse	
Name, Anschrift und Kontaktdaten des Inhaberunternehmens	
Arbeitssprache(n)	

Hiermit wird bestätigt, dass die Abwrackeinrichtung Managementsysteme, Verfahren und Techniken in Übereinstimmung mit den Kapiteln 3 und 4 der Anlage des Übereinkommens eingeführt hat.

Diese Zulassung gilt bis und unterliegt den in der angefügten Beilage aufgeführten Beschränkungen.

Diese Zulassung kann in Übereinstimmung mit Regel 16 der Anlage des Übereinkommens geändert, ausgesetzt, entzogen oder in regelmäßigen Abständen verlängert werden.

Erteilt in
(Ort der Erteilung der Zulassung)

(TT/MM/JJJJ)
(Datum der Erteilung) (Unterschrift des ordnungsgemäß ermächtigten Bediensteten, der die Zulassung erteilt)

.....
(Name und Amtsbezeichnung des ordnungsgemäß ermächtigten Bediensteten, der die Zulassung erteilt, in Maschinenschrift)

(Siegel bzw. Stempel der Behörde)

Beilage
zum Zulassungsdokument für die Durchführung
des Recyclings von Schiffen nach dem Internationalen Übereinkommen von Hongkong von 2009
über das sichere und umweltgerechte Recycling von Schiffen

- Anmerkungen:
- 1 Diese Aufzeichnung ist mit dem Zulassungsdokument fest zu verbinden. Das Zulassungsdokument muss jederzeit in der Abwrackeinrichtung verfügbar sein.
 - 2 Alle Verfahren, Pläne und anderen Dokumente, die von der Abwrackeinrichtung erstellt werden und aufgrund der Bedingungen, unter denen die Zulassung erteilt worden ist, erforderlich sind, müssen in der Arbeitssprache der Abwrackeinrichtung und in Englisch, Französisch oder Spanisch vorliegen.
 - 3 Die Zulassung unterliegt den in dieser Beilage festgelegten Beschränkungen.

1. Allgemeine Bedingungen

1.1 Vorschriften des Übereinkommens

Die Abwrackeinrichtung hält die Vorschriften ein, denen zufolge sie in Übereinstimmung mit dem Übereinkommen sicher und umweltgerecht entworfen, gebaut und betrieben werden muss; dies schließt die einschlägigen Vorschriften folgender Regeln ein:

- Regel 16 – Zulassung von Abwrackeinrichtungen
- Regel 17 – Allgemeine Vorschriften
- Regel 18 – Betriebsplan der Abwrackeinrichtung
- Regel 19 – Verhütung nachteiliger Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit und die Umwelt
- Regel 20 – Sichere und umweltgerechte Behandlung von gefährlichen Materialien
- Regel 21 – Notfallvorsorge und Notfallbekämpfung
- Regel 22 – Sicherheit und Schulung der Arbeiter
- Regel 23 – Meldung von Zwischenfällen, Unfällen, berufsbedingten Krankheiten und Langzeitauswirkungen
- Regel 24 – Erstmitteilung und Meldevorschriften
- Regel 25 – Meldung nach Abschluss der Arbeiten

Diese Vorschriften werden der Abwrackeinrichtung auferlegt durch:

.....
(Die Erlaubnis, Lizenz oder Zulassung sowie die Rechtsnormen oder eine sonstige geltende Regelung ist anzugeben)

Identifikations-/Prüfnummer des Betriebsplans der Abwrackeinrichtung:

1.2 Annahme von Schiffen

In Bezug auf Schiffe, auf die das Übereinkommen Anwendung findet, und Schiffe, die nach Artikel 3 Absatz 4 des Übereinkommens entsprechend behandelt werden, kann die Abwrackeinrichtung ein Schiff nur in Übereinstimmung mit Regel 17 der Anlage des Übereinkommens zum Recycling annehmen.

1.3 Bedingungen, die sichere feuergefährliche Arbeiten und ein sicheres Begehen ermöglichen

Die Abwrackeinrichtung ist in der Lage, während der gesamten Recyclingarbeiten Bedingungen festzulegen, aufrechtzuerhalten und zu überwachen, die sichere feuergefährliche Arbeiten und ein sicheres Begehen ermöglichen.

1.4 Behandlung von gefährlichen Materialien

Die Abwrackeinrichtung ist entworfen, gebaut, betrieben und dazu verpflichtet sicherzustellen, dass die Behandlung aller gefährlichen Materialien unter Einhaltung des Übereinkommens und aller einschlägigen örtlichen oder nationalen Regeln/Vorschriften sicher und umweltgerecht erfolgt.

1.5 Karte und Ort der Arbeiten im Zusammenhang mit dem Recycling von Schiffen

Eine Karte ist beigefügt, aus der die Begrenzung der Abwrackeinrichtung und der Ort innerhalb der Einrichtung ersichtlich werden, an dem Arbeiten im Zusammenhang mit dem Recycling von Schiffen durchgeführt werden.

2. Kapazität der Abwrackeinrichtung

2.1 Größe der Schiffe

Die Abwrackeinrichtung wird dafür zugelassen, ein Schiff zum Recycling anzunehmen, sofern folgende Größenbeschränkungen eingehalten werden:

	Höchstzulässige Größe	Sonstige Beschränkungen
Länge		
Breite		
Eigengewicht		

2.2 Sichere und umweltgerechte Behandlung von gefährlichen Materialien

Die Abwrackeinrichtung wird dafür zugelassen, ein Schiff, das die in der folgenden Tabelle aufgeführten gefährlichen Materialien enthält, zum Recycling anzunehmen, sofern die nachstehenden Bedingungen erfüllt werden:

Gefährliches Material (*4)	Behandlung von gefährlichen Materialien			Zulassung/Beschränkungen
	Entfernung J/N (*2)	Lagerung J/N	Verarbeitung (*1) J/N (*3)	
Asbest				
Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen				
Polychlorierte Biphenyle (PCB)				
Verbindungen, die in Bewuchsschutzsystemen verwendet werden, und Bewuchsschutzsysteme				
Cadmium und Cadmiumverbindungen				
Sechswertiges Chrom und sechswertige Chromverbindungen				
Blei und Bleiverbindungen				
Quecksilber und Quecksilberverbindungen				
Polybromierte Biphenyle (PBB)				
Polybromierte Diphenylether (PBDE)				
Polychlorierte Naphtaline (mehr als 3 Chloratome)				
Radioaktive Stoffe				
Bestimmte kurzkettige Chlorparaffine (Alkane, C ₁₀ – C ₁₃ , Chlor)				
Gefährliche Flüssigkeiten, Rückstände und Sedimente				
Farben und Beschichtungen, die hochentzündlich sind und/oder giftige Gase abgeben				
Sonstige hier nicht aufgeführte gefährliche Materialien, die nicht Teil des Schiffskörpers sind (genau angeben)				

Anmerkungen:

*1 Verarbeitung bezeichnet das Verarbeiten gefährlicher Materialien in der Abwrackeinrichtung, wie etwa

- a. die Verbrennung gefährlicher Materialien;
- b. die Rückgewinnung gefährlicher Materialien;
- c. die Behandlung ölhaltiger Rückstände.

*2 Falls ja (J), sind im Betriebsplan der Abwrackeinrichtung die zuständigen Mitarbeiter anzugeben, die ermächtigt sind, die Entfernung durchzuführen, zusammen mit der Zeugnisnummer oder sonstigen sachdienlichen Angaben.

*3 Falls nein (N), ist im Schiffsrecyclingplan anzugeben, wo die gefährlichen Materialien verarbeitet/entsorgt werden sollen.

*4 Diese gefährlichen Materialien sind in den Anhängen 1 und 2 und in Regel 20 des Übereinkommens aufgeführt.

Anhang 6

**Muster
der Meldung über den geplanten Beginn des Recyclings eines Schiffes**

Die
(Name der Abwrackeinrichtung)

in
(vollständige Anschrift der Abwrackeinrichtung)

die nach Maßgabe des Internationalen Übereinkommens von Hongkong von 2009 über das sichere und umweltgerechte Recycling von Schiffen (im Folgenden als „Übereinkommen“ bezeichnet) im Namen der Regierung von

.....
(vollständige Bezeichnung des Staates)

dafür zugelassen ist, das Recycling von Schiffen durchzuführen, wie aus der in

.....
(Ort der Erteilung der Zulassung)

durch
(vollständige Bezeichnung der nach dem Übereinkommen zuständigen Behörde)

am (TT/MM/JJJJ)
(Datum der Erteilung der Zulassung)

erteilten Zulassung für die Durchführung des Recyclings von Schiffen ersichtlich,
meldet hiermit, dass die Abwrackeinrichtung in jeder Hinsicht bereit ist, mit dem Recycling des Schiffes
zu beginnen. *(IMO-Nummer)*

Das Internationale Zeugnis über die Recyclingfähigkeit, das nach dem Übereinkommen im Namen der Regierung von
.....
(vollständige Bezeichnung des Staates)

durch
(vollständige Bezeichnung der nach dem Übereinkommen ermächtigten Person oder Stelle)

am (TT/MM/JJJJ) ausgestellt worden ist,
(Datum der Ausstellung)

ist beigefügt.

gezeichnet

Anhang 7

Muster
der Erklärung über den Abschluss des Recyclings eines Schiffes

Erklärung über den Abschluss des Recyclings eines Schiffes

Dieses Dokument ist eine Erklärung über den Abschluss des Recyclings des Schiffes

.....
(Name des Schiffes bei der Aufnahme zum Recycling/am Abmeldungsort)

Angaben zum Schiff bei der Aufnahme zum Recycling

Unterscheidungssignal	
Heimathafen	
Bruttoreaumzahl/-gehalt	
IMO-Nummer	
Name und Anschrift des Schiffseigentümers	
IMO-Identifikationsnummer für eingetragene Eigentümer	
IMO-Identifikationsnummer für Unternehmen	
Baudatum	

Hiermit wird bestätigt, dass

das Schiff in Übereinstimmung mit dem Schiffsrecyclingplan als Teil des Internationalen Übereinkommens von Hongkong von 2009 über das sichere und umweltgerechte Recycling von Schiffen (im Folgenden als „Übereinkommen“ bezeichnet) recycelt worden ist in

.....
(Name und Ort der zugelassenen Abwrackeinrichtung)

und das Recycling des Schiffes nach Maßgabe des Übereinkommens abgeschlossen wurde am

(TT/MM/JJJJ)
(Datum des Abschlusses des Recyclings)

Ausgestellt in
(Ort der Ausstellung der Erklärung über den Abschluss des Recyclings)

(TT/MM/JJJJ)
(Datum der Ausstellung)
(Unterschrift des Eigentümers der Abwrackeinrichtung oder eines Vertreters, der im Namen des Eigentümers handelt)

Denkschrift

I. Allgemeines

Die Internationale Konferenz über das sichere und umweltgerechte Recycling von Schiffen hat am 18. August 2009 das Internationale Übereinkommen von Hongkong von 2009 über das sichere und umweltgerechte Recycling von Schiffen (Übereinkommen von Hongkong) angenommen. Nach Artikel 17 Absatz 1 tritt das Übereinkommen 24 Monate nach dem Tag in Kraft, an dem mindestens 15 Staaten, deren Handelsflotten insgesamt mindestens 40 Prozent des Bruttoreumgehalts der Welthandelsflotte und deren Höchstvolumen ihres jährlichen Schiffsrecyclings während der vorangegangenen zehn Jahre insgesamt mindestens drei Prozent des gesamten Bruttoreumgehalts ihrer Handelsflotten ausmachen, das Übereinkommen ohne Vorbehalt der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung unterzeichnet oder die erforderliche Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde hinterlegt haben.

Bis April 2018 sind dem Übereinkommen von Hongkong sechs Staaten beigetreten – Belgien, Dänemark, Frankreich, Kongo, Norwegen und Panama. Sie repräsentieren 21,23 Prozent der Welthandelsflotte. Ihr Jahres-Höchstvolumen des Schiffsrecyclings aus den Jahren 2006 bis 2015 beträgt 112 161 Bruttoreumzahl (BRZ) und damit etwa 0,04 Prozent des Volumens ihrer Handelsflotte.

Die Ratifikation durch die Bundesrepublik Deutschland erhöht den Anteil der Welthandelsflotte um etwa 0,56 Prozent. Das Jahres-Höchstvolumen des Schiffsrecyclings der Bundesrepublik Deutschland wird in der letzten vorliegenden Statistik des Sekretariats der Internationalen Seeschiffahrts-Organisation (IMO) für den Zeitraum von 2006 – 2015 mit 274 BRZ angegeben.

Die Vorgaben des Übereinkommens von Hongkong sind für Deutschland im Wesentlichen bereits durch die Verordnung (EU) Nr. 1257/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. November 2013 über das Recycling von Schiffen und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1013/2006 und der Richtlinie 2009/16/EG (ABl. L 330 vom 10.12.2013, S. 1) (VO Nr. 1257/2013) verbindlich. Die Verordnung sieht vor, dass ihre Vorschriften spätestens ab dem 31. Dezember 2018 Anwendung finden. Mit Inkrafttreten der Vierten Verordnung zur Änderung umweltrechtlicher Vorschriften in der Seeschiffahrt vom 20. Februar 2018 (BGBl. I S. 210) am 21. Februar 2018 sind die Vorschriften der VO (EU) Nr. 1257/2013 für die Bundesrepublik Deutschland bereits übergangsweise anzuwenden (vgl. § 30 See-Umweltverhaltensverordnung (SeeUmwVerhVO)).

Gleichzeitig wurden die erforderlichen ergänzenden Vorschriften für die Umsetzung der VO (EU) Nr. 1257/2013 geschaffen. Wo die Vorgaben des Übereinkommens von Hongkong von den Vorschriften der VO (EU) Nr. 1257/2013 abweichen, wurden besondere Vorschriften für die Umsetzung des Übereinkommens von Hongkong geschaffen. Im Folgenden wird für die Umsetzung der Vorgaben des Übereinkommens von Hongkong auf die entsprechenden Vorschriften in der SeeUmwVerhVO verwiesen. Sofern sich die entsprechenden Verpflichtungen unmittelbar aus dem Unionsrecht ergeben, wird auf die geltenden Vorschriften der VO (EU) Nr. 1257/2013 verwiesen.

Die Ratifizierung des Übereinkommens von Hongkong unterstreicht und bestätigt auch die herausragende Position der IMO als zuständige Organisation für die Regelung von umweltrechtlichen Vorgaben für die Seeschiffahrt. Gleichzeitig sind die Mitgliedstaaten der Europäischen Union durch Beschluss des Rates vom 14. April 2014 (2014/241/EU) aufgefordert und ermächtigt dem Übereinkommen von Hongkong beizutreten. Die Europäische Union selbst kann dem Übereinkommen nicht beitreten, da nur Staaten Vertragsparteien des Übereinkommens sein können.

II. Zu den einzelnen Vorschriften des Übereinkommens von Hongkong

Das Übereinkommen von Hongkong besteht aus einer Präambel, 21 Artikeln und einer Anlage mit sieben Anhängen. Sechs Entschlüsse des Umweltausschusses der IMO (MEPC) enthalten Leitlinien, die die Vorgaben des Übereinkommens erläutern und ergänzen:

- MEPC.196(62) – Richtlinien von 2011 für die Erstellung eines Schiffsrecyclingplans;
- MEPC.210(63) – Richtlinien von 2012 für das sichere und umweltgerechte Recycling von Schiffen;
- MEPC.211(63) – Richtlinien von 2012 für die Zulassung von Abwrackeinrichtungen;
- MEPC.222(64) – Richtlinien von 2012 für die Besichtigung von Schiffen und die Zeugniserteilung an Schiffe im Rahmen des Übereinkommens von Hongkong;
- MEPC.223(64) – Richtlinien von 2012 für die Überprüfung von Schiffen im Rahmen des Übereinkommens von Hongkong;
- MEPC.269 (68) – Richtlinien von 2015 für die Erstellung des Bestandsverzeichnisses der gefährlichen Materialien.¹

Zur Präambel

Die Präambel enthält die Erwägungsgründe, die zur Erarbeitung des Übereinkommens geführt haben. Sie verweist insbesondere auf die wachsende Besorgnis über die Sicherheit, die Gesundheit, die Umwelt und soziale Fragen in der Schiffsrecyclingindustrie.

Zu Artikel 1 (Allgemeine Verpflichtungen):

Die Vorschrift regelt die allgemeinen Verpflichtungen der Vertragsparteien zur Durchführung, Durchsetzung und Einhaltung des Übereinkommens sowie zur Zusammenarbeit mit anderen Vertragsparteien.

Die allgemeinen Verpflichtungen der Vertragsparteien bestehen vor allem darin, den Bestimmungen des Übereinkommens in vollem Umfang Wirksamkeit zu verleihen und die weitere Entwicklung von Technologien und Verfahrensweisen zu fördern, die zu einem sicheren und umweltgerechten Recycling von Schiffen beitragen. Gleichzeitig wird klargestellt, dass Vertragsparteien, einzeln oder mit anderen zusammen, nicht gehindert sind, strengere völkerrechtskonforme Maßnahmen zu ergreifen.

¹ Veröffentlicht im Verkehrsblatt Heft 10-2018, Nr. 88 bis 93, S. 370 bis 459.

Zu Artikel 2 (Begriffsbestimmungen):

Die Vorschrift enthält die für die Zwecke dieses Übereinkommens erforderlichen Begriffsbestimmungen.

Zu Artikel 3 (Anwendungsbereich):

Die Vorschrift regelt den sachlichen Anwendungsbereich des Übereinkommens. Die Verpflichtungen, die sich aus den Vorschriften ergeben, betreffen vor allem Schiffe und Abwrackeinrichtungen. Vom Anwendungsbereich ausgenommen sind Schiffe mit einer BRZ unter 500 und Schiffe, die während ihrer gesamten Betriebsdauer nur in Gewässern unter der Hoheitsgewalt ihres Flaggenstaates betrieben werden. Ausgenommen vom Anwendungsbereich sind zudem Kriegsschiffe, Flottenhilfsschiffe oder sonstige einer Vertragspartei gehörende oder von ihr eingesetzte Schiffe, die nicht für Handelszwecke genutzt werden. Dennoch obliegt es der Vertragspartei sicherzustellen, dass auch diese Schiffe, soweit zumutbar und durchführbar, in Übereinstimmung mit den Vorgaben des Übereinkommens handeln.

Schiffe im Bundeseigentum werden in der Regel über das Verwertungsunternehmen des Bundes (VEBEG) verwertet.

Schiffe, die den Vorschriften des Kriegswaffenkontrollgesetzes unterliegen, werden daher in der Regel demilitarisiert und als Abfall deklariert veräußert. Der Käufer wird entsprechend verpflichtet, diese Schiffe abzuwracken. Damit finden im Fall der Verbringung zwischen Mitgliedstaaten der EU, in die oder aus der EU für diese Schiffe die Vorschriften der Verordnung (EG) Nr. 1013/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Juni 2006 über die Verbringung von Abfällen (ABl. L 190 vom 12.7.2006, S. 1) Anwendung. In diesen Fällen wird der Käufer üblicherweise verpflichtet, für die Abfallverwertung die Beförderungsgenehmigung des Bundesministeriums des Inneren (BMI) nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz und die Zustimmungen zur grenzüberschreitenden Abfallverbringung nach der Verordnung (EG) Nr. 1013/2006 einzuholen. Die Abfallverbringung aus der EU darf entsprechend nur in einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder einen OECD-Staat erfolgen.

Bei Schiffen, die in der Zuständigkeit des BMI betrieben werden, werden die Gefahrstoffe im Rahmen der Vorbereitung der Verwertung in Anlehnung an Anhang 1 des Übereinkommens deklariert.

Schiffe, die in der Zuständigkeit des Bundesministeriums der Verteidigung betrieben werden, werden vor der Verwertung auf gefährliche, verbotene und radioaktive Stoffe geprüft sowie auf Einrichtungen, die ionisierende Strahlen oder Laserstrahlen aussenden. Sofern solche Stoffe gefunden werden, werden sie vor der Verwertung entnommen.

In den Fällen, in denen die Schiffe als fahrtüchtige Fahrzeuge – und damit nicht als Abfälle – veräußert werden, obliegt es dem jeweiligen Käufer bzw. neuen Eigentümer, im Rahmen der Entsorgung nach Gebrauch die geltenden Vorschriften zum Schiffsrecycling einzuhalten. Der Verkauf fahrtüchtiger Schiffe erfolgt insbesondere bei solchen Schiffen, die im Bereich des Zivilschutzes, vor allem der Länder, eingesetzt wurden.

Die Einhaltung der Vorgaben des Übereinkommens durch die Bundesrepublik Deutschland nach Maßgabe dieses Artikels wäre nur dann relevant, wenn der Bund oder ein Land die Veräußerung eines Schiffes zum Zwecke der Entsorgung an eine Abwrackeinrichtung selbst vornimmt.

Obwohl dies nicht den Regelfall darstellt, wird das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur nach Ausfertigung des Gesetzes ein Schreiben an alle Ressorts und Länder verfassen und auf die Einhaltung der Vorgaben des Übereinkommens hinweisen, sofern dies in der Praxis zumutbar und durchführbar ist.

Absatz 4 bestimmt, dass Schiffe von Nichtvertragsparteien nicht günstiger als Schiffe der Vertragsparteien behandelt werden dürfen. Das bedeutet unter anderem, dass auch Schiffe von Nichtvertragsparteien über entsprechende Bescheinigungen ihres Flaggenstaates verfügen müssen.

Zu Artikel 4 (Kontrollen im Zusammenhang mit dem Recycling von Schiffen):

Jede Vertragspartei schreibt den Schiffen unter ihrer Flagge und den Abwrackeinrichtungen in ihrem Hoheitsgebiet vor, die Vorgaben des Übereinkommens einzuhalten. Die Vertragspartei ergreift wirksame Maßnahmen, um dies sicherzustellen. Entsprechende nationale Vorschriften finden sich in Abschnitt 4a der SeeUmwVerhVO.

Zu Artikel 5 (Besichtigungen und Zeugniserteilung):

Die Vorschrift enthält die flaggenstaatliche Verpflichtung der Vertragsparteien, Schiffe nach den Vorgaben des Teils C der Anlage zu besichtigen und ihnen die entsprechenden Zeugnisse auszustellen.

Die Zuständigkeit der Berufsgenossenschaft Verkehrswirtschaft Post-Logistik Telekommunikation (BG Verkehr) ergibt sich aus § 6 Absatz 1 in Verbindung mit § 1 Nummer 4d des Seeaufgabengesetzes (SeeAufgG). Die §§ 23 und 24 SeeUmwVerhVO enthalten ergänzende Regelungen.

Für das Verfahren gilt § 9 Absatz 1 der Schiffssicherheitsverordnung (SchSV) vom 18. September 1998 (BGBl. I S. 3013, 3023), der zuletzt durch Artikel 8 Nummer 3 des Gesetzes zur Änderung seeverkehrsrechtlicher, verkehrsrechtlicher und anderer Vorschriften mit Bezug zum Seerecht vom 8. April 2008 (BGBl. I S. 706) geändert worden ist. Dies setzt jedoch voraus, dass das Übereinkommen in den Abschnitt A der Anlage zum Schiffssicherheitsgesetz aufgenommen wird, damit es innerstaatlich zum Bestand der internationalen Regelungen zur Schiffssicherheit und zum Umweltschutz auf See gehört. Darüber hinaus müssen Abschnitt A und B der Anlage 2 zu § 9 der SchSV angepasst werden. Die notwendigen Ergänzungen der SchSV werden im Nachgang des Vertragsgesetzes eingeleitet.

Zu Artikel 6 (Zulassung von Abwrackeinrichtungen):

Die Vorschrift verpflichtet die Vertragsstaaten sicherzustellen, dass Abwrackeinrichtungen in ihrem Hoheitsgebiet, in denen einschlägige Schiffe recycelt werden, nach den Vorgaben der Anlage zugelassen worden sind. Für die Zulassung von Abwrackeinrichtungen auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland gelten die Ver-

ordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2017 (BGBl. I S. 1440) in Verbindung mit den für genehmigungsbedürftige Anlagen einschlägigen Regelungen des Bundes-Immissionsschutzgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 18. Juli 2017 (BGBl. I S. 2771) geändert worden ist.

Zu Artikel 7 (Austausch von Informationen):

Auf Ersuchen der IMO oder einer anderen Vertragspartei sind Informationen zur Zulassung von Abwrackeinrichtungen zur Verfügung zu stellen. Das Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie (BSH) ist gemäß § 26 Absatz 2 SeeUmwVerhVO zuständig für den Informationsaustausch nach Artikel 7 des Übereinkommens. Da die Zulassung von Abwrackeinrichtungen durch die Länder erfolgt, obliegt es dem BSH, bei Anfragen die benötigten Informationen bei den entsprechenden Länderbehörden einzuholen.

Zu Artikel 8 (Überprüfungen von Schiffen):

Dieser Artikel regelt die hafensstaatliche Kontrolle von Schiffen, die zunächst auf die Feststellung beschränkt ist, ob das Internationale Zeugnis über das Bestandsverzeichnis der gefährlichen Materialien oder das Internationale Zeugnis über die Recyclingfähigkeit (s. Muster in Anhang 3 und 4 der Anlage) an Bord mitgeführt wird. Sofern kein Zeugnis mitgeführt wird oder Grund zur Annahme besteht, dass Teil I des Bestandsverzeichnisses der gefährlichen Materialien im Wesentlichen nicht dem Zustand des Schiffes oder seiner Ausrüstung entspricht bzw. kein Verfahren zur Aktualisierung des Bestandsverzeichnisses angewandt wird, kann eine gründliche Überprüfung durchgeführt werden.

Für die Hafenstaatkontrolle ist gemäß § 12 Absatz 1 SchSV in Verbindung mit § 6 Absatz 1 SeeAufgG die BG Verkehr zuständig.

Zu Artikel 9 (Aufdecken von Verstößen):

Die Vorschrift regelt das Verfahren der Zusammenarbeit der Vertragsparteien bei der Aufdeckung von Verstößen gegen die Vorgaben des Übereinkommens.

Sofern ausreichende Beweise für einen Verstoß gegen die Regelungen des Übereinkommens vorliegen, kann eine Vertragspartei von einer anderen Vertragspartei die Untersuchung des betreffenden Schiffes verlangen, sofern das Schiff einen ihrer Häfen oder einen ihrer Offshore-Umschlagplätze anläuft. Wird ein Verstoß festgestellt, kann das Schiff verwahrt, festgehalten oder des Hafens verwiesen werden. Dem Schiff kann ferner auch verboten werden, Häfen dieser Vertragspartei anzulaufen. Der Bericht über die Untersuchung wird der ersuchenden Vertragspartei, der Flaggenstaatsverwaltung und der IMO zugeleitet. Ein Bericht über ergriffene Maßnahmen erfolgt an die Flaggenstaatsverwaltung und die IMO.

Entsprechend kann eine Vertragspartei bei Vorliegen ausreichender Beweise dafür, dass der Verstoß bezüglich einer Abwrackeinrichtung vorliegt, die Vertragspartei in deren Hoheitsbereich die Abwrackeinrichtung betrieben wird, um eine Untersuchung ersuchen. Der Bericht über die Untersuchung und die ergriffenen Maßnahmen wird der ersuchenden Vertragspartei und der IMO zugeleitet.

Das BSH ist gemäß § 26 Absatz 1 SeeUmwVerhVO einzige Kontaktstelle im Sinne von Regel 15 Absatz 4 der Anlage des Übereinkommens. Das Ersuchen einer Vertragspartei ist entsprechend dort einzureichen. Das Verlangen einer Vertragspartei, eine Untersuchung des Schiffes durchzuführen, ist an die BG Verkehr als zuständige Stelle für die Hafenstaatkontrolle weiterzuleiten. Das Verlangen einer Vertragspartei, die Untersuchung einer Abwrackeinrichtung vorzunehmen, ist an die zuständige Behörde des Landes weiterzuleiten, in deren Gebiet sich die Abwrackeinrichtung befindet. Die in Artikel 9 genannten Berichte sind an das BSH zu übersenden. Das BSH leitet die Berichte an die ersuchende Vertragspartei, den Flaggenstaat und die IMO weiter.

Zu Artikel 10 (Verstöße):

Die Vorschrift verlangt von Vertragsparteien, Verstöße gegen das Übereinkommen zu verbieten und entsprechende Strafvorschriften zu erlassen.

Im Wesentlichen kommen drei Arten von Verstößen gegen die Vorgaben des Übereinkommens in Betracht:

- Verstöße gegen die Verpflichtung, ein (gültiges, vollständiges und aktuelles) Bestandsverzeichnis der gefährlichen Materialien oder ein (gültiges) internationales Zeugnis über die Recyclingfähigkeit zu führen;
- Verstöße gegen die Verpflichtung, ein Schiff entsprechend einem genehmigten Schiffsrecyclingplan abzuwracken;
- Verstöße der Abwrackeinrichtung gegen Vorgaben des Übereinkommens, z. B. zu Verfahren oder Ausrüstung der Arbeiter.

Nationale Vorschriften zur Bewehrung von Verstößen gegen Bauvorgaben, d. h. Verwendung von gefährlichen Materialien entgegen Regel 4 der Anlage in Verbindung mit Anhang I, sind nicht erforderlich. Die BG Verkehr als Flaggenstaatsbehörde wird Schiffe, die diese Vorgaben nicht erfüllen, nicht zulassen bzw. nicht einflaggen. Auf Grund der Vorschriften der VO (EU) Nr. 1257/2013 prüft die BG Verkehr bereits, ob Schiffe unter der Flagge eines Mitgliedstaats der Europäischen Union die entsprechenden unionsrechtlichen Vorgaben einhalten. Mit Inkrafttreten des Übereinkommens wird die BG Verkehr diese Prüfung auf alle Schiffe ausweiten. Schiffe, die von der BG Verkehr auf Grund von Mängeln in der Konstruktion nicht zugelassen bzw. eingeflaggt werden, unterliegen dann entsprechend nicht der Hoheitsgewalt der Bundesrepublik Deutschland.

Zu Artikel 11 (Unangemessenes Aufhalten oder Festhalten von Schiffen):

Absatz 1 verlangt von den Vertragsstaaten, bei Überprüfungen sowie bei festgestellten Verstößen und deren Ahndung zu vermeiden, dass das betroffene Schiff in unangemessener Weise fest- oder aufgehalten wird. Andernfalls ist nach Absatz 2 der erlittene Schaden auszugleichen.

Zu Artikel 12 (Übermittlung von Informationen):

Die Vorschrift sieht den Austausch von Informationen vor, und zwar bezüglich

- zugelassener und im Hoheitsbereich der Vertragspartei betriebener Abwrackeinrichtungen;

- Kontaktinformationen der zuständigen Behörde(n), einschließlich der sogenannten einzigen Kontaktstelle (nach Regel 15 Absatz 4);
- anerkannter Stellen und ernannter Besichtiger, die zum Zwecke der Kontrolle des Recyclings von Schiffen für die Vertragspartei tätig werden dürfen, einschließlich der Verantwortlichkeiten und Bedingungen, die im Zusammenhang mit dieser Tätigkeit bestehen;
- Schiffen unter der Flagge einer Vertragspartei, denen ein Internationales Zeugnis über die Recyclingfähigkeit ausgestellt wurde, einschließlich des Namens des Recyclingunternehmens und des Standorts der Abwrackeinrichtung entsprechend der Eintragung im Zeugnis;
- der im Hoheitsbereich der Vertragspartei jährlich recycelten Schiffe;
- Verstößen gegen das Übereinkommen und
- der Maßnahmen, die gegen Schiffe und Abwrackeinrichtungen im Hoheitsbereich einer Vertragspartei ergriffen wurden.

An der nationalen Umsetzung des Übereinkommens wie auch der Anwendung der VO (EU) Nr. 1257/2013 sind unterschiedliche Behörden beteiligt: die jeweils zuständigen Länderbehörden für die Zulassung von Abwrackeinrichtungen und Schiffsrecyclingplänen, die BG Verkehr für flaggenstaatliche Aufgaben, wie Besichtigungen und Ausstellung von Zeugnissen, und gleichzeitig für hafensstaatliche Kontrollen sowie das BSH als einzige Kontaktstelle. § 26 Absatz 4 SeeUmwVerhVO regelt, dass das BSH den Bericht nach Artikel 12 des Übereinkommens erstellt. Es bündelt die ihm von den Länderbehörden und der BG Verkehr zur Verfügung gestellten Informationen. Die Verpflichtung der BG Verkehr zur Übermittlung der erforderlichen Informationen ergibt sich aus § 27 Absatz 2 SeeUmwVerhVO. Für die den zuständigen Länderbehörden möglicherweise vorliegenden Informationen wird eine entsprechende Abfrage unmittelbar durch das BSH bei den Ländern erfolgen, in denen Abwrackeinrichtungen zugelassen wurden.

Der vom BSH erstellte Bericht wird dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur vorgelegt, der diesen Bericht an die IMO weiterleitet (§ 26 Absatz 4 SeeUmwVerhVO).

Zu Artikel 13 (Technische Hilfe und Zusammenarbeit):

Die Absätze 1 und 2 verpflichten die Vertragsparteien, darum ersuchende andere Vertragsparteien durch technische Hilfe zu unterstützen und mit ihnen im Rahmen ihrer innerstaatlichen Gesetze und Politiken zusammenzuarbeiten.

Diese Verpflichtungen gelten hauptsächlich gegenüber Entwicklungsländern, wobei es sich nicht um eine Anspruchsgrundlage gegenüber anderen Vertragsparteien, sondern um die Selbstverpflichtung einer Vertragspartei im Rahmen ihrer politischen, fachlichen und finanziellen Möglichkeiten handelt. Es ist zu erwarten, dass mögliche Ersuchen über die IMO gestellt und dort vorgeprüft werden, um zu ermitteln, welche Vertragspartei im konkreten Fall für eine Hilfestellung in Betracht kommt. Richtet sich ein solches Ersuchen an die Bundesrepublik Deutschland, wird geprüft, ob Mittel dafür zur Verfügung gestellt werden können oder ob weitere Verhandlungen aufge-

nommen werden sollen. Von unerwarteten finanziellen Belastungen durch die Selbstverpflichtung kann deshalb nicht ausgegangen werden.

Zu Artikel 14 (Beilegung von Streitigkeiten):

Die Vorschrift bestimmt, wie Streitigkeiten zwischen Vertragsparteien über das Übereinkommen beizulegen sind. Eine besondere gesetzliche Regelung, die die Bundesregierung in der Wahl der nach Artikel 15 in Betracht kommenden Mittel beschränkt, ist nicht erforderlich.

Zu Artikel 15 (Verhältnis zum Völkerrecht und zu anderen völkerrechtlichen Übereinkünften):

Die Vorschrift stellt klar, dass das Übereinkommen keinen Vorrang vor dem Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen von 1982, dem Seevölkergewohnheitsrecht oder den Rechten und Pflichten der Vertragsparteien aus anderen einschlägigen und anwendbaren völkerrechtlichen Übereinkünften beansprucht.

Zu Artikel 16 (Unterzeichnung, Ratifikation, Annahme, Genehmigung und Beitritt):

Die Vorschrift regelt, wie und unter welchen Bedingungen ein Staat Vertragsstaat des Übereinkommens werden kann.

Zu Artikel 17 (Inkrafttreten):

Die Vorschrift regelt, wann und unter welchen Umständen das Übereinkommen in Kraft tritt.

Zu Artikel 18 (Änderungen):

Die Vorschrift regelt die Verfahren für Änderungen des Übereinkommens und seiner Anhänge und die Bedingungen und Umstände für deren Inkrafttreten.

Zu Artikel 19 (Kündigung):

Die Vorschrift lässt die Kündigung des Übereinkommens frühestens zwei Jahre nach seinem Inkrafttreten zu und bestimmt das dafür einzuhaltende Verfahren.

Zu Artikel 20 (Verwahrer):

Die Vorschrift bestimmt den Generalsekretär der IMO als Verwahrer und bestimmt seine ihm nach diesem Übereinkommen obliegenden Aufgaben.

Zu Artikel 21 (Sprachen):

Die Vorschrift enthält die übliche Regelung über die verbindlichen (sechs) Sprachen des Übereinkommens.

Zur Anlage (Regeln für das sichere und umweltgerechte Recycling von Schiffen):

Kapitel 1 – Allgemeine Bestimmungen

Zu Regel 1 – Begriffsbestimmungen:

Diese Vorschrift enthält die für die Anlage erforderlichen Begriffsbestimmungen.

Zu Regel 2 – Allgemeine Anwendbarkeit:

Die Vorschrift enthält das Gebot, dass Entwurf, Bau, Besichtigungen, Zeugniserteilungen, Betrieb und Recycling

von Schiffen nur nach Maßgabe der Anlage des Übereinkommens erfolgen dürfen.

Zu Regel 3 – Verhältnis zu anderen Normen, Empfehlungen und Richtlinien:

Die Vorschrift verpflichtet die Vertragsparteien, Maßnahmen zur Durchführung der Regeln der Anlage zu ergreifen und dabei die einschlägigen und geltenden Normen, Empfehlungen und Richtlinien der Internationalen Arbeitsorganisation und die einschlägigen geltenden technischen Normen, Empfehlungen und Richtlinien im Rahmen des Basler Übereinkommens, zu berücksichtigen.

Kapitel 2 – Anforderungen für Schiffe

Teil A – Entwurf, Bau, Betrieb und Instandhaltung von Schiffen

Zu Regel 4 – Beschränkung der gefährlichen Materialien an Bord von Schiffen:

Die Vorschrift verpflichtet die Vertragsparteien, nach Maßgabe des Anhangs 1 des Übereinkommens den Einbau oder die Verwendung der dort genannten gefährlichen Materialien auf Schiffen unter ihrer Flagge oder auf Schiffen während des Aufenthalts in ihren Häfen, Werften, Reparaturwerften oder Offshore-Umschlagplätze zu verbieten und/oder zu beschränken. Die Vertragspartei wird weiterhin verpflichtet, wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass die Vorschriften eingehalten werden.

Zu Regel 5 – Bestandsverzeichnis der gefährlichen Materialien:

Nach Absatz 1 muss jedes neue Schiff ein Bestandsverzeichnis der gefährlichen Materialien an Bord mitführen. Das Bestandsverzeichnis ist durch die Flaggenstaatsverwaltung oder einer von ihr ermächtigten Person oder Stelle und unter Berücksichtigung der einschlägigen IMO-Richtlinien zu prüfen. Das Verzeichnis muss in seinem Teil I bezeichnen, ob, an welcher Stelle im Schiff und in welcher Menge die in den Anhängen 1 und 2 des Übereinkommens aufgeführten gefährlichen Materialien vorhanden sind. Die Überprüfung des Bestandsverzeichnisses eines neuen Schiffes erfolgt im Rahmen der erstmaligen Besichtigung gemäß Regel 10 Absatz 1. Sofern die Überprüfung ergibt, dass das Bestandsverzeichnis die Vorgaben des Übereinkommens erfüllt, wird das Internationale Zeugnis über das Bestandsverzeichnis der gefährlichen Materialien (gemäß Muster in Anhang 3) ausgestellt.

Absatz 2 regelt die Verpflichtung aus Absatz 1 entsprechend für vorhandene Schiffe. Sie müssen, sofern praktisch durchführbar, innerhalb von fünf Jahren nach Inkrafttreten des Übereinkommens oder vor dem Recycling, sofern dies der frühere Zeitpunkt ist, die Vorgabe des Absatzes 1 erfüllen.

Absatz 3 sieht vor, dass das Bestandsverzeichnis während der gesamten Betriebsdauer des Schiffes nach neuen Einbauten und Änderungen am Schiffskörper unter Berücksichtigung der IMO-Richtlinien aktualisiert wird.

Absatz 4 regelt, dass das aktuelle Bestandsverzeichnis vor dem Recycling um einen Teil II für Betriebsabfälle und einen Teil III für Vorräte ergänzt und überprüft wird.

Zu Regel 6 – Verfahren für Vorschläge zur Änderung der Anhänge 1 und 2:

Die Vorschrift regelt das Verfahren für Vorschläge zur Änderung der Liste der gefährlichen Materialien, die beschränkt oder verboten sind, oder die im Bestandsverzeichnis aufzuführen sind. Die Prüfung der Anträge erfolgt durch eine Facharbeitsgruppe.

Zu Regel 7 – Facharbeitsgruppen:

Die Vorschrift regelt die Zusammensetzung der Facharbeitsgruppen. Der Meeresumweltausschuss der IMO beschließt den Arbeitsauftrag, die Organisation, die Beteiligung und die Arbeitsweise der Facharbeitsgruppen.

Teil B – Vorbereitung für das Recycling von Schiffen

Zu Regel 8 – Allgemeine Vorschriften:

Absatz 1 der Vorschrift regelt, dass Schiffe nur in Abwrackeinrichtungen recycelt werden dürfen, die nach dem Übereinkommen und uneingeschränkt für alle im Schiffsrecyclingplan festgelegten Recyclingvorgänge zugelassen sind.

Schiffe sollen vor der Ankunft in einer Abwrackeinrichtung so betrieben werden, dass Ladungsrückstände, ölhaltiger Brennstoff und Abfälle auf ein Mindestmaß reduziert werden (Absatz 2). Für Tankschiffe gilt gesondert, dass Ladetanks und Pumpenräume als „sicher zum Begehen“ und „sicher für feuergefährliche Arbeiten“ bezeichnet werden können (Absatz 3).

Im Übrigen sind der Abwrackeinrichtung alle verfügbaren Informationen für die Erstellung des Schiffsrecyclingplans zur Verfügung zu stellen, die Bestandsliste nach Regel 5 vollständig zu erstellen sowie eine Recyclingfähigkeitsbescheinigung des Flaggenstaates einzuholen (Absätze 4 bis 6).

Zu Regel 9 – Schiffsrecyclingplan:

Vor dem Beginn des Recyclings erstellt die Abwrackeinrichtung unter Berücksichtigung der IMO-Richtlinien und der vom Schiffseigentümer zur Verfügung gestellten Informationen einen schiffsspezifischen Schiffsrecyclingplan.

Die Absätze 2 und 3 enthalten weitere inhaltliche Vorgaben zu Sprache, Arbeitsbedingungen und der geplanten Behandlung der gefährlichen Materialien.

Der Schiffsrecyclingplan ist nach Absatz 4 von der Behörde, die die Abwrackeinrichtung zugelassen hat, stillschweigend oder ausdrücklich zu genehmigen. Die Entscheidung für eine ausdrückliche oder stillschweigende Genehmigung des Schiffsrecyclingplans obliegt den Ländern. Eine Abfrage im Rahmen der Länderanhörung hat ergeben, dass Schiffsrecyclingpläne in Deutschland ausdrücklich genehmigt werden sollen. Eine entsprechende Protokollerklärung wird bei Hinterlegung der Ratifizierungsurkunde abgegeben werden. Absatz 4 enthält zudem genaue Vorgaben für den Ablauf des Genehmigungsverfahrens. Abwrackeinrichtungen als genehmigungsbedürftige Anlagen werden gemäß der Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2017 (BGBl. I S. 1440) nach Maßgabe des Bundes-Immissionsschutzgesetzes von den jeweils zuständigen Länderbehörden genehmigt.

Im Zusammenhang mit der Umsetzung der VO (EU) Nr. 1257/2013 und den Vorgaben des Übereinkommens in der SeeUmwVerhVO hat das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) die Länderministerien auf ihre diesbezüglichen Pflichten hingewiesen.

Teil C – Besichtigungen und Zeugniserteilung

Zu Regel 10 – Besichtigungen:

Schiffe, auf die das Übereinkommen Anwendung findet, unterliegen den folgenden Besichtigungen:

- erstmalige Besichtigung vor Indienststellung des Schiffes (bei neuen Schiffen) oder Erteilung des Internationalen Zeugnisses über das Bestandsverzeichnis der gefährlichen Materialien (bei vorhandenen Schiffen),
- Erneuerungsbesichtigung, spätestens alle fünf Jahre (der Zeitraum liegt im Ermessen der Flaggenstaatsverwaltung),
- zusätzliche Besichtigung auf Ersuchen des Schiffseigentümers nach wesentlichen Änderungen oder Umbauten am Schiff oder seiner Ausrüstung, und
- abschließende Besichtigung vor Außerbetriebnahme.

Die Besichtigungen werden von der Flaggenstaatsverwaltung und/oder ermächtigten Besichtigern oder Stellen durchgeführt. Dabei ist sicherzustellen, dass die ermächtigten Besichtigter oder Stellen die Vorgaben des Übereinkommens einhalten und Besichtigungen und Überprüfungen auch auf Ersuchen einer Behörde eines Hafenstaats, der Vertragspartei ist, durchführen.

§ 23 Absatz 1 SeeUmwVerhVO verpflichtet die BG Verkehr, Besichtigungen gemäß dem Übereinkommen selbst durchzuführen oder hierfür anerkannte Organisationen zu ermächtigen. Dabei ist sichergestellt, dass die anerkannte Organisation Besichtigungen und Überprüfungen auch auf Ersuchen einer Vertragspartei und entsprechend der IMO-Richtlinien durchführt (§ 23 Absatz 2 SeeUmwVerhVO). § 23 Absatz 3 SeeUmwVerhVO konkretisiert das der Flaggenstaatsverwaltung übertragene Ermessen und setzt den Zeitraum für eine Erneuerungsbesichtigung auf fünf Jahre fest.

Zu Regel 11 – Ausstellung und Bestätigung von Zeugnissen:

Absatz 1 regelt, dass die Flaggenstaatsverwaltung oder die von ihr ermächtigte Person oder Stelle nach erfolgreicher Durchführung einer erstmaligen Besichtigung oder einer Erneuerungsbesichtigung ein Internationales Zeugnis über das Bestandsverzeichnis der gefährlichen Materialien ausstellt. Eine Ausnahme gilt, wenn die erstmalige und die abschließende Besichtigung gleichzeitig durchgeführt werden. Bei der Ausstellung des Zeugnisses sind die entsprechenden IMO-Richtlinien zu beachten. Das Zeugnis wird nach dem Muster in Anhang 3 ausgestellt.

Ebenso wird gemäß Absatz 2 das Internationale Zeugnis über das Bestandsverzeichnis der gefährlichen Materialien nach erfolgreicher Durchführung einer zusätzlichen Besichtigung auf Ersuchen des Schiffseigentümers ausgestellt.

Die Absätze 3 bis 5 regeln Fälle, in denen die Erneuerungsbesichtigung vor oder nach Ablauf des vor-

handenen Zeugnisses durchgeführt wird und legen für diese Fälle jeweils den Gültigkeitszeitraum des neuen Zeugnisses fest. Die Regelungen der Absätze 3 bis 5 entsprechen den Vorschriften der Artikel 9 Absatz 3 VO (EU) Nr. 1257/2013.

Absatz 6 regelt die Verlängerung von Zeugnissen in Fällen, in denen es für einen kürzeren Zeitraum als fünf Jahre ausgestellt wird. Diese Vorschrift ist für die deutsche Flaggenstaatsverwaltung nicht anwendbar, da die Inventarbescheinigung nach der VO (EU) Nr. 1257/2013, die dem Zeugnis über das Bestandsverzeichnis der gefährlichen Materialien entspricht, gemäß § 24 Absatz 1 Satz 2 SeeUmwVerhVO für einen Zeitraum von fünf Jahren ausgestellt wird.

Absatz 7 regelt den Fall, dass eine Erneuerungsbesichtigung erfolgreich abgeschlossen wurde, das Zeugnis jedoch nicht vor Ablauf des Datums des vorhandenen Zeugnisses ausgestellt oder an Bord gebracht werden kann. In diesem Fall ist das vorhandene Zeugnis zu bestätigen, das für weitere fünf Monate als gültig anerkannt wird. Diese Regelung entspricht der Vorschrift des Artikels 9 Absatz 4 VO (EU) Nr. 1257/2013.

Absatz 8 regelt den Fall, dass ein Schiff sich zu dem Zeitpunkt, zu dem sein Zeugnis abläuft, nicht in dem Hafen befindet, in dem die Besichtigung stattfinden soll. In diesem Fall kann die Geltungsdauer des bestehenden Zeugnisses um höchstens drei Monate verlängert werden. Nach Ankunft im Besichtigungshafen ist das Schiff jedoch nicht berechtigt, den Hafen aufgrund der erteilten Verlängerung zu verlassen. Diese Regelung entspricht der Vorschrift des Artikels 9 Absatz 7 VO (EU) Nr. 1257/2013.

Abweichend von Absatz 8 kann ein Zeugnis gemäß Absatz 9 für ein Schiff, das Reisen von kurzer Dauer durchführt, für längstens einen Monat verlängert werden. Diese Regelung entspricht der Vorschrift des Artikels 9 Absatz 8 VO (EU) Nr. 1257/2013.

Gemäß Absatz 10 kann die Flaggenstaatsverwaltung unter besonderen Umständen von den Vorgaben der Absätze 4, 8 oder 9 abweichen, sofern dort vorgesehen ist, dass das neue Zeugnis ab dem Tag des Ablaufs des vorhandenen Zeugnisses gültig ist. Diese Regelung entspricht der Vorschrift des Artikels 9 Absatz 6 VO (EU) Nr. 1257/2013.

Absatz 11 sieht vor, dass die Flaggenstaatsverwaltung oder eine von ihr ermächtigte Person oder Stelle nach erfolgreicher Durchführung einer abschließenden Besichtigung ein Internationales Zeugnis über die Recyclingfähigkeit ausstellt. Dabei sind die entsprechenden IMO-Richtlinien zu beachten. Das Zeugnis wird nach dem Muster in Anhang 4 der Anlage ausgestellt.

Absatz 12 regelt die gegenseitige Anerkennung der von den Vertragsparteien ausgestellten Zeugnisse.

Zu Regel 12 – Ausstellung oder Bestätigung eines Zeugnisses durch eine andere Vertragspartei:

Diese Vorschrift regelt das Vorgehen bei einer Besichtigung und Zeugnisausstellung auf Ersuchen einer anderen Vertragspartei.

Zu Regel 13 – Form der Zeugnisse:

Zeugnisse sind entsprechend den Mustern in den Anhängen 3 und 4 der Anlage abzufassen. Sie sind mindestens

in Englisch, Französisch oder Spanisch auszustellen. Die Verwaltung kann Zeugnisse ausnahmsweise nur in ihrer Amtssprache ausstellen für Schiffe, die ihrer Hoheitsgewalt unterliegen und keine Reisen zu Häfen oder Offshore-Umschlagplätzen durchführen oder in Abwrackeinrichtungen recycelt werden, die in ihrem Hoheitsbereich liegen.

Zu Regel 14 – Geltungsdauer und Gültigkeit der Zeugnisse:

Absatz 1 regelt die Fälle, in denen das Zeugnis über das Bestandsverzeichnis der gefährlichen Materialien ungültig wird.

Absatz 2 sieht vor, dass das Zeugnis über das Bestandsverzeichnis der gefährlichen Materialien für einen von der Flaggenstaatsverwaltung festgesetzten Zeitraum, jedoch höchstens fünf Jahre, ausgestellt werden kann. Diese Regelung entspricht den Vorschriften des Artikels 10 Absatz 1 VO (EU) Nr. 1257/2013. Das der Verwaltung eingeräumte Ermessen hat der Verordnungsgeber in § 24 Absatz 1 Satz 2 SeeUmwVerhVO verbindlich ausgeübt.

Absatz 3 regelt, dass ein Internationales Zeugnis über die Recyclingfähigkeit für einen von der Verwaltung bestimmten Zeitraum, jedoch höchstens drei Monate, ausgestellt werden kann. Diese Regelung entspricht der Vorschrift des Artikels 9 Absatz 3 VO (EU) Nr. 1257/2013. Das Ermessen der Verwaltung liegt hier bei der BG Verkehr. Der Verordnungsgeber hat das Ermessen der Verwaltung hier nicht verbindlich ausgeübt, damit hinreichender Spielraum für die Beurteilung des Einzelfalles besteht.

Absatz 4 sieht vor, dass das Internationale Zeugnis über die Recyclingfähigkeit seine Gültigkeit verliert, wenn der Zustand des Schiffes den Angaben in dem Zeugnis im Wesentlichen widerspricht. Diese Regelung entspricht der Vorschrift des Artikels 10 Absatz 4 VO (EU) Nr. 1257/2013.

Absatz 5 sieht vor, dass das Internationale Zeugnis über die Recyclingfähigkeit für eine einzelne Fahrt zu einer Abwrackeinrichtung verlängert werden kann. Diese Regelung entspricht der Vorschrift des Artikels 10 Absatz 5 VO (EU) Nr. 1257/2013.

Kapitel 3 – Vorschriften für Abwrackeinrichtungen:

Zu Regel 15 – Regelungen betreffend Abwrackeinrichtungen:

Jede Vertragspartei hat mit den entsprechenden gesetzlichen Vorgaben und mit der Ausgestaltung des Verfahrens sicherzustellen, dass Abwrackeinrichtungen die Vorgaben des Übereinkommens einhalten (Absatz 1 bis 3).

Absatz 4 sieht vor, dass jede Vertragspartei eine sogenannte einzige Kontaktstelle benennt, an die sich die IMO, Vertragsparteien und andere Beteiligte in Angelegenheiten im Zusammenhang mit Abwrackeinrichtungen in ihrem Hoheitsgebiet wenden können. Gemäß § 26 Absatz 1 SeeUmwVerhVO übernimmt das Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie die Aufgabe der einzigen Kontaktstelle. Sie soll Schnittstelle sein zwischen der BG Verkehr, den für die Zulassung von Abwrackeinrichtungen zuständigen Länderbehörden und dem BMVI. Sie soll ein-

gehende Anfragen gegebenenfalls an die zuständigen Stellen weiterleiten.

Zu Regel 16 – Zulassung von Abwrackeinrichtungen:

Abwrackeinrichtungen sind von den Vertragsparteien entsprechend der von der IMO erarbeiteten Richtlinien zuzulassen (Absatz 1). Die zuständige Behörde prüft für eine Zulassung die in dem Übereinkommen vorgeschriebenen Unterlagen und führt eine Vor-Ort-Kontrolle durch (Absatz 2). Sofern eine andere Stelle mit der Zulassung beauftragt ist, teilt die Vertragspartei der IMO die genauen Verantwortlichkeiten und Bedingungen mit, die sich aus der Übertragung der Aufgabe ergeben (Absatz 3).

Die Zulassung erfolgt nach dem Muster in Anhang 5 der Anlage des Übereinkommens und muss mindestens eine Fassung in Englisch, Französisch oder Spanisch enthalten (Absatz 4). Die Zulassung erfolgt für einen Zeitraum von höchstens fünf Jahren. Die Vertragspartei legt fest, in welchen Fällen die Zulassung erteilt, entzogen, ausgesetzt, geändert oder verlängert wird und teilt dies der Abwrackeinrichtung mit. Sofern die Abwrackeinrichtung eine Überprüfung ablehnt, wird die Zulassung ausgesetzt oder entzogen (Absatz 5).

Sofern Zwischenfälle oder Maßnahmen zur Folge haben, dass die Bedingungen der Zulassung nicht mehr erfüllt sind, unterrichtet die Abwrackeinrichtung die zuständige(n) Behörde(n). Diese entscheidet/entscheiden über die Aussetzung oder Entziehung der Zulassung oder Abhilfemaßnahmen (Absatz 6).

Zu Regel 17 – Allgemeine Vorschriften:

Absatz 1 verpflichtet zugelassene Abwrackeinrichtungen, Managementsysteme, Verfahren und Techniken einzuführen, die durch das Recycling verursachte nachteilige Umweltauswirkungen verhüten, auf ein Mindestmaß beschränken und, soweit praktisch durchführbar, beheben. Dabei dürfen sie weder für die betroffenen Arbeiter noch für die Bevölkerung in der Umgebung ein gesundheitliches Risiko darstellen und müssen die von der IMO ausgearbeiteten Richtlinien berücksichtigen.

Absatz 2 regelt die Verpflichtung der Abwrackeinrichtungen, nur Schiffe zum Recycling anzunehmen, die den Vorschriften des Übereinkommens entsprechen bzw. diese einhalten und für deren Recycling sie zugelassen sind. Abwrackeinrichtungen haben die Unterlagen der Zulassung für interessierte Schiffseigentümer bereitzuhalten.

Zu Regel 18 – Betriebsplan der Abwrackeinrichtung:

Die Abwrackeinrichtung ist verpflichtet, einen Betriebsplan zu erstellen. Dabei sind die von der IMO ausgearbeiteten Richtlinien zu berücksichtigen. Der Betriebsplan enthält vor allem Maßnahmen zur Sicherheit der Arbeiter und zum Schutz der menschlichen Gesundheit und der Umwelt.

Zu Regel 19 – Verhütung nachteiliger Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit und die Umwelt:

Die Abwrackeinrichtungen sind verpflichtet Verfahren einzuführen und anzuwenden, die Schäden auf Grund mangelhafter Sicherheitsbedingungen verhüten. Dabei

sind die von der IMO ausgearbeiteten Richtlinien zu berücksichtigen.

Zu Regel 20 – Sichere und umweltgerechte Behandlung von gefährlichen Materialien:

Absatz 1 regelt die Verpflichtung der Abwrackeinrichtung, die sichere und umweltgerechte Entfernung der nach Regel 11 und 12 dokumentierten gefährlichen Materialien zu gewährleisten.

Alle im Bestandsverzeichnis ausgeführten gefährlichen Materialien, insbesondere die in Absatz 2 aufgeführten, sind vor Durchführung von Schneidarbeiten zu ermitteln, zu kennzeichnen, zu verpacken und zu entfernen. Dabei sind die von der IMO ausgearbeiteten Richtlinien zu berücksichtigen.

Die entfernten gefährlichen Materialien und Abfälle sind gemäß Absatz 3 sicher und umweltgerecht zu entsorgen.

Absatz 4 regelt, dass entstehende Abfälle zu kennzeichnen sind, auf welche Weise sie getrennt zu halten und zu lagern sind, und dass diese nur an nachgeschaltete Abfallbehandlungsanlagen zu verbringen sind, die eine Zulassung für eine sichere und umweltgerechte Entsorgung haben.

Zu Regel 21 – Notfallvorsorge und Notfallbekämpfung:

Die Abwrackeinrichtung hat einen Notfallplan zu erstellen und diesen bei Bedarf zu aktualisieren. Der Plan hat den Standort und die Umgebung der Abwrackeinrichtung zu berücksichtigen sowie den Umfang und die Art der mit jedem Schiffsrecyclingvorgang verbundenen Tätigkeiten. Die Vorschrift enthält weitere konkrete Anforderungen an den Notfallplan.

Zu Regel 22 – Sicherheit und Schulung der Arbeiter:

Die Sicherheit der Arbeiter der Abwrackeinrichtung soll unter anderem durch Schulungen und entsprechende persönliche Schutzkleidung und Schutzausrüstung sichergestellt werden. Die Vorschrift enthält die Mindest-

anforderungen an die Schutzausrüstung und an die durchzuführenden Schulungsprogramme.

Zu Regel 23 – Meldung von Zwischenfällen, Unfällen, berufsbedingten Krankheiten und Langzeitauswirkungen:

Abwrackeinrichtungen haben Zwischenfälle, Unfälle, berufsbedingte Krankheiten und Langzeitauswirkungen, die eine Gefahr für die Sicherheit der Arbeiter, die menschliche Gesundheit oder die Umwelt darstellen, der zuständigen Behörde zu melden. Die Ursache, die ergriffenen Maßnahmen und deren Folgen, und die zu ergreifenden Abhilfemaßnahmen sind dabei ebenfalls zu melden.

Kapitel 4 – Meldevorschriften

Zu Regel 24 – Erstmitteilung und Meldevorschriften:

Bereits im Vorfeld des beabsichtigten Recyclings eines Schiffes haben Schiffseigentümer und Abwrackeinrichtungen Mitteilungspflichten einzuhalten. Dabei erfolgt die Absichtserklärung des Schiffseigentümers gegenüber der Flaggenstaatsverwaltung und die Absichtserklärung der Abwrackeinrichtung gegenüber der zuständigen Behörde. Zusätzlich meldet die Abwrackeinrichtung der zuständigen Behörde den geplanten Beginn des Recyclings, wenn für das zum Recycling bestimmte Schiff ein Zeugnis über die Recyclingfähigkeit ausgestellt worden ist. Diese Meldung erfolgt entsprechend dem Muster in Anhang 6.

Zu Regel 25 – Meldung und Abschluss der Arbeiten:

Nach Abschluss der Recyclingarbeiten erstellt die Abwrackeinrichtung innerhalb von 14 Tagen eine Erklärung über den Abschluss der Arbeiten nach dem Muster des Anhangs 7 und leitet diese an die zuständige Behörde weiter. Die Mitteilung enthält einen Bericht über etwaige Zwischenfälle und Unfälle, die die menschliche Gesundheit und/oder die Umwelt schädigen. Die zuständige Behörde übermittelt eine Kopie an die Flaggenstaatsverwaltung, die das Internationale Zeugnis über die Recyclingfähigkeit erteilt hat.

